

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement 1.00 Brl. monatlich 1.50 Brl.
wöchentlich 30 Brl. per 10 Brl.
Einsende Nummer 5 Brl. Sonntags-
nummer mit Illustration Sonntags-
Beilage 'Die Neue Welt' 10 Brl.
Abonnement 1.50 Brl. pro Monat
eingetragen in die Post-Verkehrs-
Verordnung unter Nummer 10 für
Deutschland und Österreich Ungarn
2.00 Brl. für das übrige Ausland
4 Brl. pro Monat. Postabonnements
nehmen an Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen
jede ober dem Raum 60 Brl. für
politische und gewerkschaftliche Beiträge
und Berichtigungs-Anzeigen 30 Brl.
'Kleine Anzeigen', das ist jede Zeile
je nach der Wichtigkeit 10 Brl. (jeweils 2
Zeilen) je nach der Wichtigkeit 10 Brl.
Einsende- und Geschäfts-Anzeigen
je nach der Wichtigkeit 10 Brl. je nach
der Wichtigkeit 5 Brl. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse:
'Sozialdemokrat Berlin'.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 16. Februar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Einstellung der dänischen Seeschiffahrt.

Zwischen Armentières und Arras Auf-
klärungsgefechte — Fliegerkämpfe im
ganzen Westen — Deutscher Sturm-
truppvorstoß nördlich der Zloczow-
Tarnopol-Bahn — Beschließung von Galatz.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 15. Fe-
bruar 1917. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht
In der letzten Zeit haben sich an der Front zwischen Armentières und Arras zahlreiche Gefechte von Aufklärungsabteilungen abgepielt. Der Gegner hat bei seinen häufigen, teils mit, teils ohne Feuerbereitung angelegten Unternehmungen beträchtliche Verluste gehabt. In unserer Hand gefessene Gefangene brachten wertvolle Aufschlüsse, die durch die Ergebnisse vieler eigener mit Geschütz durchgeführter Erkundungsvorstöße ergänzt worden sind. Gefessenen war zwischen Serre und Somme unter Einsatz vieler schwerer Geschütze der Artilleriekampf vornehmlich in den Abendstunden fort. Infanterieangriffe erfolgten nicht; es kamen in unserem wirksamen Feuer nur kleine Teilvorstöße gegen einige unserer vorgeschobenen Posten zustande, die beschlößgemäß auf unsere Hauptkampfstellung anwiesen.

Der Kanal bis zu den Bogenen begünstigte Nare Luft die Fliegerbetätigt.

Die Gegner verloren gestern 7 Flugzeuge, von denen zwei-
tausend u. Richtofen zwei — sein 20. und 21. Sieg im Luftkampf
— abfiel.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

An der Bahn von Kowel nach Luck überfiel eine unserer
Streifabteilungen eine russische Feldwache und brachte 11 Ge-
fangene zurück.

Südwestlich davon, bei Nijelien, hatten Stütztrupp 30 Russen
und 1 Maschinengewehr aus der feindlichen Stellung.

Nördlich der Bahn von Zloczow nach Tarnopol glückte ein
gut angelegtes, mit Schweiß durchgeführtes Unternehmen in vollem
Umfange. Nach kurzer Feuerwirkung drangen Sturmtrupp etwa
100 Meter tief in die russischen Linien ein, nahmen die Befehls-
haber von 6 Offizieren und 275 Mann gefangen und hielten sich fünf
Stunden in den feindlichen Gräben. Inzwischen gelang es den
Minoren, die ausgedehnten Minengänge zu zerstören und unter
unserer Stellung geführt, geladene Stollen unschädlich zu machen.

Front des Generalsoberst Erzherzog Joseph.
Keine besonderen Ereignisse.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

An der Putna wurde ein russischer Posten aufgehoben, am
Serech der Vorstoß mehrerer Kompagnien zurückgewiesen.

Der Hafen und militärisch wichtige Anlagen von Galatz
wurden wirkungsvoll beschossen.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister,
Ludendorff.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, den 15. Februar. Abends.

Zwischen Somme und Aisne lebhaftes Ar-
tillerietätigkeit.

In der Champagne südlich von Ripont
entwickelten sich Infanteriekämpfe, die für uns
günstig verliefen.

Im Osten nichts Besonderes.

Amlich. Berlin, 15. Februar. Unsere Marine-
flugzeuge besetzten am 14. Februar morgens die Flugplätze
bei Dünkirchen und Cozyde ausgiebig mit Bomben. Die
Einschläge lagen gut. Außerdem hat ein Wasserflugzeug die in
den Tonns liegenden Handelsschiffe mit gutem Erfolge mit
Bomben beworfen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 15. Februar 1917. (W. Z. S.) Amlich wird
verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei Jasjani wiefen wir einige russische Kompagnien ab.
An der Putna betätigten sich unsere Patrouillen mit Erfolg im
Sorgegebiete.

Seeresfront des Generalsoberst Erzherzog
Joseph.

Südlich des Meseranejei-Tunnels wurde ein russischer
Vorstoß vereitelt.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leopold von Bayern.

Nördlich der Bahn Zloczow-Tarnopol und bei
Swidawki in Wolhynien überfiel Stütztrupp die russischen
Gräben. Die Unternehmungen glückten. Der Feind erlitt starke
Einbuße an Menschen und Kriegsmaterial. Südlich von Zloczow
wurden überdies 6 russische Offiziere und 275 Mann als Ge-
fangene abgeführt.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.
Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes,
v. Haefer, Feldmarschallsleutnant.

Die Anregung in Washington.

Bern, 14. Februar. Eine redaktionelle Bemerkung des
'Bund' besagt: Wie wir aus zuverlässiger, nicht deutscher,
Quelle erfahren, ist die Erklärung der deutschen
Regierung, daß sie zu Verhandlungen mit
Amerika bereit sei unter der Voraussetzung der Auf-
rechterhaltung der Handelsbarriere, lediglich eine Antwort auf
eine ihr durch den schweizerischen Gesandten in Washington
zugegangene Anregung gewesen. Von wenn diese Anregung
in Washington ausgegangen ist, war aus der Mitteilung des
schweizerischen Gesandten nicht ersichtlich.

China gegen die deutsche Seesperre.

Berlin, 15. Februar. (W. Z. S.) Der hiesige chinesische
Gesandte hat gestern dem Staatssekretär des Auswärtigen
Amtes Abschrift einer Note überreicht, die seine Re-
gierung dem kaiserlichen Gesandten in Peking am 9. d. Mis.
hat zugehen lassen, und in der gegen die neuen Maßnahmen
für den U-Boot-Krieg nachdrücklich Einspruch erhoben wird.
Die Meldung feindlicher Tagesblätter, daß die chinesische
Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen habe, oder daß ein
solcher Schritt unmittelbar zu erwarten sei, ist unzu-
treffend.

Die Einstellung der dänischen Schiffahrt.

Kopenhagen, 15. Februar. (W. Z. S.) Die Ver-
handlungen zwischen Reedern und Seelenten
wegen Erhöhung der Kriegszulagen und Versicherungssummen
sind gescheitert. Dies bedeutet die vollständige
Einstellung der dänischen Schiffahrt.

Ueber den Inhalt der Verhandlungen unterrichtet folgen-
des Telegramm aus Kopenhagen: Fünf Seelente-
organisationen, deren Mitglieder alle Klassen von
Schiffsbesatzungen umfassen, beschloßen in gemeinsamer Sitzung,
für Fahrten nach Amerika und England, da die Gefahren unter
den jetzigen Verhältnissen auf See größer seien, die Ver-
doppelung der Unfallversicherungsbeiträge
sowie der Kriegszulagen zu fordern. Ferner beschloßen
sie mit Rücksicht auf die Gefahren durch treibende Minen, die
gleiche Kriegszulage und Unfallversicherung auch für Inlands-
fahrten zu fordern, die bisher für die Nordsee galten.

Aus Kopenhagen wird von gestern weiter berichtet: Die
Matrosen und Heizer in Kopenhagen und Arhus
verweigern die Annäherung für Reisen außerhalb Standi-
naviens wegen Lebensgefahr; innerhalb skandinavischer Meeren
verlangen sie die doppelte Summe in der Unfallversicherung,
und zwar 1000 Kronen für Matrosen und Heizer.

Die internationale Gewerkschafts-
konferenz verschoben.

Amsterdam, 14. Februar. 'Der Volk' erzählt, daß die
internationale Gewerkschaftskonferenz vorläufig unmöglich
ist. Die Verschärfung des U-Boot-Krieges soll die Ursache
der Verschiebung der Konferenz sein.

Wilson's Politik.

Von Heinrich Cunow.

Die eigenartige moralisierende Haltung der Wilsonischen
Noten hat vielfach in Deutschland die Vorstellung erweckt, als
sei Wilson ein grübelnder, von des 'Gedankens Blässe' an-
gegränkelter Professor jener Art, wie sie früher unsere Wirt-
schaftler mit Vorliebe zu zeichnen pflegten, ein ethisch-beda-
uenerlicher Philosoph, auf den der Schillerische Vers paßt: 'Nächste-
lang schon bedien' ich mich meiner Nase zum Riechen, hab' ich
denn wirklich an sie auch ein erweisliches Recht?'

Das ist eine entschiedene Unterschätzung des Mannes, der
an der Spitze des nordamerikanischen Freistaates steht. Die
Bereinigten Staaten haben, seit sie sich von England los-
gerissen haben, manche Männer als Präsidenten gehabt, denen
man Selbstsucht, Eigensinn, Rücksichtslosigkeit, vielleicht auch
Brutalität in der Verfolgung ihrer Ziele nachsagen kann; ide-
ologische Träumer, die sich lediglich von ethischen Begriffen und
Gefühlen leiten ließen, nicht. Das hindert nicht, daß nicht nur
Wilson's Notizen, sondern auch die Erlasse, Ankündigungen,
Reden vieler früherer Präsidenten stark mit schönen Rechts-
grundsätzen und allerlei Berufungen auf die überlieferten
Freiheiten und die sogenannten natürlichen Rechte des ameri-
kanischen Volkes durchsetzt sind. Schon in den amerikanischen
Verfassungs- und Freiheitsverkündigungen aus der Zeit des ame-
rikanischen Unabhängigkeitskampfes finden wir das Bestehen,
selbst die eigenständigen, nachdrücklichen Interessenforderungen
ethisch zu verbrämen und auf allerhand ewige Rechte des In-
dividuum und der Völker zurückzuführen — weit mehr noch,
als in den Menschenrechtsbegründungen rousseauistischer Red-
ner der französischen Nationalversammlung und des Konvents.
Wie aber hinter den französischen philosophisch-ethischen Er-
örterungen aus den Tagen der großen französischen Revolution
durchweg sehr reale politische und wirtschaftliche Bestrebungen
stehen, so nicht minder hinter den schönen Regierungserklä-
rungen, die uns die amerikanische Geschichte überliefert hat,
steht auch die Redeweise Wilson's mehr staatsphilosophisch ver-
schmückt, als die mancher seiner Vorgänger, so folgt sie doch
im ganzen durchaus den Bahnen der amerikanischen Tradition
und erklärt sich zur Genüge aus dem amerikanischen Staats-
und Verfassungsleben, wie es sich historisch entwickelt hat. In
die Stellung eines Präsidenten der Union im weitesten Maße
auf Volksgunft beruht und er, wenn auch nicht nominell, so
doch faktisch, Sachwalter der Partei bleibt, die ihm sein Amt
verliehen hat, so steht er sich ganz naturgemäß genötigt, auf
die öffentliche Stimmung, besonders die seiner Partei, größte
Rücksicht zu nehmen und wichtige politische Maßnahmen, die er
vorschlägt oder einleitet, als Ausfluß der Rechte und der Frei-
heiten des amerikanischen Volkes zu rechtfertigen, sie gewisser-
maßen als notwendige Akte zur Aufrechterhaltung der ameri-
kanischen Freiheitsrechte und zur Innehaltung der historischen
Mission darzustellen, zu der sich das amerikanische Volk berufen
glaubt.

Daß war schon immer so, nur daß vielleicht die Ausfüh-
rungen Wilson's uns heute, nachdem der Krieg uns vielfach
eine realistischere Betrachtungsweise aufgezwungen hat, etwas
philosophisch veridanteller erscheinen, als die einzelner seiner
Vorgänger. Diese dufferliche Haltung erklärt sich aber daraus,
daß Mr. Thomas Woodrow Wilson, der von schottischer Ge-
burt ist und einst als Professor an der Wesleyan-Universität
Geschichte, dann an der Princeton-Universität Rechts-
und Staatsphilosophie gelehrt hat, als Historiker und Rechtsphilo-
soph mit beiden Beinen in der ethisch-utilitaristischen Anschau-
ung steht, wie sie im englischen Liberalismus um die Mitte
des vorigen Jahrhunderts vorherrschten. Vornehmlich hat die
Schule Richard Cobdens auf ihn einen starken Einfluß aus-
geübt. Der die Auffassungen und ethischen Begründungen
dieses Liberalismus näher kennt, stößt überall bei Wilson auf
Abfektantes.

Aber wie man nicht den Charakter einer Perion danach
beurteilen darf, wie sie sich äußerlich gibt oder wie sie anderen
erscheinen möchte, so darf man auch nicht die Politik Wilson's
und im weiteren der ganzen amerikanischen Regierung nach
solchen äußerlichkeiten beurteilen. Hinter dem, wenn man so
sagen darf, ideologischen Aufsat stehen sehr reale wirtschaftliche
und materielle Interessen, und Wilson hat durchaus recht,
wenn er in seiner Friedensnote den Vorwurf, unklare Welt-
verbesserungspläne zu verfolgen, zurückweist und erklärt, daß
das Volk und die Regierung der Vereinigten Staaten an den
Maßnahmen, die in der Zukunft den Frieden der Welt sicher-
stellen sollen, ein ebenso dringendes und unmittelbares Inter-
esse hätten, wie die kriegführenden Länder. — Dieses Inter-
esse ist nach den Worten der Wilsonischen Friedensnote sogar so
stark, daß die Vereinigten Staaten baldigt genötigt sein könn-
ten, Bestimmungen über den bestmöglichen Schutz ihrer
Interessen zu treffen, falls der Krieg fort dauern sollte.

Offen wird hier zugestanden, wenn auch in diplomatische Redewendungen eingehüllt, daß die Vereinigten Staaten sich in ihrer Stellungnahme zum Weltkrieg nur von ihren eigenen Interessen leiten lassen — genau wie die übrigen auch. Damit ist noch nicht gesagt, daß Wilson und die amerikanische Regierung sich nun alle die einzelnen wirtschaftlichen Interessen vorbehalten, sie gegenseitig sorgfältig abwägen und dann ausschließlich nach dem Ergebnis ihre Entscheidung treffen. Dieserart verfährt der einzelne auch nicht. Er handelt immer mehr oder weniger unter dem Einfluß des ihn umgebenden Lebenskreises, des sogenannten Milieus. Und ebenso handelt auch eine Regierung, und vor allem eine Regierung, die so stark unter öffentlichen Einwirkungen steht, wie die amerikanische, unter dem Einfluß der Volksstimmung und Volksparteinahme; aber hinter diesem Einfluß — und darum handelt es sich — stehen als Faktoren bestimmte wirtschaftliche und politische Interessen.

Solange die nordamerikanische Union oder vielmehr ihre maßgebenden Schichten Vorteile vom Kriege hatten, hat die amerikanische Union nichts getan, die Beendigung des Krieges herbeizuführen. Sie hätte die Ausfuhr von Munition und anderen Kriegsmaterialien verbieten können, wie sie dies mehrfach bei dem Ausbruch revolutionärer Unruhen in Mexiko getan hat; aber sie unterließ alle wirksamen Maßnahmen, die dem fürchtbaren Ringen Einhalt gebieten konnten. Selbst gegen die englische Blockadepolitik, die das Recht der amerikanischen Bürger, Handel mit den Mittelmächten zu treiben, kurzweg aufhob, gegen die Erklärung der Nordsee als Kriegsgelände, die Vorkriegs-England von der Londoner Seerechtsdeklaration, die Überwachung des neutralen Güterverkehrs, die Postübergriffe usw. brachte sie nur nichtssagende laihme Proteste auf, während sie andererseits energisch für die amerikanischen Bürger das heilige Recht in Anspruch nahm, nach Belieben auf mit Panzern beladenen und bewaffneten Handelsschiffen zu fahren. Für das, was den Vereinigten Staaten durch die Verhinderung des Handelsverkehrs mit Deutschland entging, boten ihnen ja die profitablen Kriegsmateriallieferungen die günstige Gelegenheit, auf den mittel- und südamerikanischen Märkten die deutsche und englische Handelskonkurrenz zurückzudrängen, das südamerikanische Bankeinvermögen an sich zu bringen, New-Yorks Bedeutung als Zentralgeldmarkt enorm zu steigern, die ins Ausland gegangenen amerikanischen Wertpapiere, vornehmlich die amerikanischen Eisenbahnwerte, zurückzuführen und sich eine ansehnliche Handelsliste zu schaffen, reichlichen Ertrag. Die Ausfuhr, die im Finanzjahr 1913/14 nur 2180 Millionen Dollar betragen hatte, wies 1915/16 auf 4345 Millionen Dollar, der Ausfuhrüberschuß von 436 auf 2265 Millionen Dollar. Und gleichzeitig fiel ein großer Teil des Goldstroms fort, der sich früher alljährlich infolge der Europareisen der Amerikaner, der Geldsendungen ausländischer Arbeiter, des Indienstes usw. aus den Vereinigten Staaten nach Europa ergossen hatte. Zudem wirkte auch der flotte Außenhandel zunächst belebend auf den inneren Geschäftsverkehr zurück, so daß die Zunahme des amerikanischen Nationalvermögens vom Beginn des Krieges bis zum 1. Oktober 1916 auf mehr als 21 Milliarden Dollar, also ungefähr 90 Milliarden Mark gleichkommt.

Ein brillantes Geschäft, das aber in letzter Zeit einen starken Rückgang erlitten hat. Zwar die amerikanische Eisen- und Munitionsindustrie ist noch immer beträchtlich an der Lieferungen von Kriegsmaterialien interessiert, wenn auch die Größe dieser Lieferungen abgenommen hat, da England und Frankreich in steigendem Maße dazu übergehen, selbst ihren Bedarf an Munition usw. herzustellen; aber eine ganze Reihe anderer Industriezweige fühlt sich durch den Krieg in ihrem Absatz beeinträchtigt, und überdies hat die starke Ausfuhr von Lebensmitteln aller Art nach den Ententeländern nach und nach eine Leerung erzeugt, die in den Kreisen der kleinen Geschäftsleute und der Arbeiter bitter empfunden wird und den Wunsch, der Krieg in Europa möchte endlich zu Ende gehen, immer lebhafter gestaltet hat. Auch die Bankfinanz, soweit sie nicht, wie der Morgan-Klingel, direkt im Dienste Englands steht, hat kein wesentliches finanzielles Interesse mehr an der Fortführung des Krieges. Die zukünftige Stellung des New-Yorker Geldmarktes ist gesichert, die finanzielle Okkupation der südamerikanischen Märkte, soweit sie zurzeit möglich und nützlich ist, gelungen. Eine weitere Ausbreitung ist dort unter dem jetzigen Kriegsdruk kaum möglich. Um aber das Erreichte zu konsolidieren und für die Zukunft zu sichern, wäre jetzt eine Rückkehr zur Friedenswirtschaft weit günstiger. Zudem fürchtet man in amerikanischen kapitalistischen Kreisen vielfach, daß eine weitere einseitige Forcierung der Kriegsindustrie und der Kreditwirtschaft leicht zu einer schweren Krise nach dem Kriege führen könnte.

Dadurch hat das Drängen nach baldiger Beendigung des europäischen Krieges in der amerikanischen Bevölkerung, auch in manchen großkapitalistischen Kreisen, stark zugenommen. In keinem Fall aber darf nach der Ansicht der meisten Amerikaner England unterliegen oder auch nur so geschwächt werden, daß es seine dominierende Stellung in Europa verliert. Erblickt man drüben auch vielfach in England einen wirtschaftlichen Rivalen, so fühlt man sich doch durch die Sprache, Literatur, durch politische und wissenschaftliche Anschauungen mit England verbunden. Besonders die wissenschaftlichen Kreise der Vereinigten Staaten denken fast sämtlich proenglich. England ist eben das eigentliche moderne, solide Kulturland Europas, Deutschland hingegen ein militärischer Erobererstaat, der überall, auch in Ostasien und selbst in Süd- und Mittelamerika, nach neuen Völkern sucht.

Dazu kommen zwei andere Gründe, weshalb nach Ansicht der amerikanischen Kapitalisten Englands Stellung nicht geschwächt werden darf. Mehr als man in Europa denkt, hält man in Amerika einen zukünftigen Krieg mit Japan für unvermeidlich und rechnet dafür auf die Unterstützung Englands und seiner mächtigen Flotte. Ferner aber hat die Entente nicht nur während des Krieges Milliardenanleihen in den Vereinigten Staaten aufgenommen, es befinden sich auch sonst ansehnliche Posten englischer Wertpapiere in Yankeehänden, und alle diese Werte würden wahrscheinlich beträchtliche Verluste erleiden, wenn England eine Niederlage erlitt. — Also Frieden, baldigen Frieden — aber in keinem Fall eine Niederlage oder auch nur nochhaltige Schwächung Englands! Das ist die Forderung der drüben politisch maßgebenden Schichten. Von diesen Gesichtspunkten aus ist auch die

Willsonische und die ganze amerikanische Regierungspolitik geleitet. Daraus erklärt sich sowohl die Nachgiebigkeit gegen Englands Seerechtsverletzungen wie das Hin- und Herschwanzen zwischen allerlei Friedensforderungen und der Unterstützung der englischen Kriegführung. Stände der Kampf so, daß Deutschlands baldige Niederlage gewiß wäre, Herr Wilson würde seine Friedensnote schwerlich verfaßt haben.

Der skandinavische Protest zur deutschen Seesperre.

Kopenhagen, 14. Februar. (Melbung des Niskanen Bureaus.) Die dänische, die norwegische und die schwedische Regierung sind übereingekommen, folgende Mitteilung zu veröffentlichen:

Die dänische, die norwegische und die schwedische Regierung haben am Dienstag dem deutschen und dem österreichisch-ungarischen Gelanden Noten gleichen Wortlauts überreicht, welche gegen die von Deutschland und Österreich-Ungarn geplante Sperre gewisser Seegebiete Einspruch erheben. Die Note beginnt damit, an die Tatsache zu erinnern, daß die Regierungen sich während des Krieges zu wiederholten Malen gegenseitig gesehen haben, formellen Einspruch gegen schwere Beeinträchtigungen der Rechte der Neutralen durch Maßnahmen der verschiedenen Kriegführenden Mächte zu erheben. Sodann hebt die Note hervor, daß die Regierungen, deren Schritte sich bei diesen verschiedenen Gelegenheiten, wie immer, vom Geist der vollständigen und lokalen Unparteilichkeit haben leiten lassen, sich darauf beschränkt haben, die unantastbaren Rechte der Neutralen zu verteidigen. Nachdem die Note hervorgehoben hat, daß die Regierungen bei früheren Gelegenheiten gegen die Maßnahmen der Kriegführenden Einspruch erhoben haben, welche darauf abzielten, das freie Meer für die Benutzung durch die Neutralen zu verengen, geht sie dazu über, zu betonen, daß die Regierungen sich diesmal um so mehr in die Notwendigkeit versetzt sehen, bei denselben Gesichtspunkten zu verharren, als die der neutralen Schifffahrt bereiteten Hindernisse jetzt eine noch beträchtlichere Ausdehnung und Schwere haben.

Dann lenkt die Note die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß die einzigen völkerrechtlichen Vorschriften, welche als Stütze für die Maßnahmen angesehen werden könnten, deren Zweck es sei, allen Handel und alle Schifffahrt zum Feinde zu verhindern, die Vorschriften über die Blockade zur See seien. Ferner stellt die Note fest, wie weit ein Kriegführender das Recht haben kann, der friedlichen Schifffahrt die Durchfahrt durch die Zonen zu verbieten, deren Grenzen von den feindlichen Küsten sehr entfernt sind, die allein in berechtigter Form blockiert werden könnten.

Schließlich erinnern die Regierungen an den allgemein anerkannten Grundsatz über die Seesperre, wonach ein neutrales Schiff nicht aufgebracht werden kann, wenn es sich eines Versuches, die Sperre zu brechen, enthält und wonach es im Falle seiner Aufbringung entsprechend den allgemeinen Vorschriften vor ein Preisgericht gebracht werden muß. Die Regierungen erklären hiermit, daß ihre Beforgnis über die angelegentlichsten Maßnahmen nach durch die Tatsache verschärft werden, daß die als gefährlich bezeichneten Zonen dem Anschein nach ausschließlich von Unterseebooten bewacht werden werden, deren Tätigkeit für die Angehörigen neutraler Staaten eine große Gefahr mit sich bringt, wie dies durch die im Laufe des Krieges gemachten Erfahrungen bergelegt worden ist.

Inseln hebt die Note die Tatsache hervor, daß die angelegentlichsten Maßnahmen um so mehr den Grundfäden des Völkerrechtes widersprechen, als sie, wie die der Inhalt der Mitteilung der Kaiserlichen Regierungen anzudeuten scheint, ohne Unterschied auf alle Schiffe angewandt werden würden, die in die bezeichneten Zonen einfahren, also auch auf diejenigen, die nicht nach einem feindlichen Hafen bestimmt sind, sondern nur auf der Fahrt zwischen zwei neutralen Häfen befinden. Zudem sie sich auf die Grundlage der obigen Erwägungen stellen, protestieren die Regierungen in aller Form gegen die vom Deutschen Reich und Österreich-Ungarn getroffenen Maßnahmen und machen alle Vorbehalte hinsichtlich etwaiger Verluste an Menschenleben und materieller Schäden.

Kopenhagen, 15. Februar. „Berlingske Tidende“ knüpft an die skandinavische Note an Deutschland Bemerkungen, die folgendermaßen schließen: Es ist naheliegend, daß die neutralen Staaten nicht anders konnten, als mit Bestimmtheit gegen den Eingriff in die Freiheit des Meeres zu protestieren, der in den letzten Maßnahmen in einer für diese Staaten besonders schädlichen und im ganzen genommen besonders unangenehmen und ersten Form enthalten ist. Es ist nicht notwendig und nicht berechtigt, etwas anderes oder mehr in die Note hineinzulegen zu wollen, als sie nach dem amtlichen Bericht enthält. Ihre Begründung mit bisher anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen kommt uns unangenehm vor, und ihr Ton ist würdig und von unverkennbarer Bestimmtheit.

Englisch-Russisches von der Petersburger Konferenz.

Die Petersburger Konferenz der Ententemächte zieht sich übermäßig in die Länge. Das fiel längst auf und legte die Vermutung nahe, daß sich Steine auf dem Wege gezeigt haben, die sich nicht mit einem kühnen Warenauswange überturnen lassen. Was jetzt schwedische Blätter über die sehr geheim gehaltenen Verhandlungen erfahren haben wollen, deutet in der Tat auf solche Schwierigkeiten hin, und sie liegen auch dort, wo man sie auch ohne diese angeblich aus „durchaus zuverlässiger Quelle“, nämlich von einem Teilnehmer an der Konferenz selbst, ankommenden Mitteilungen vorweg sehen würde. Die Stockholmer Blätter sagen:

Bei dieser Konferenz steht die Lösung finanzieller Probleme für Russland im Vordergrund. Es will und muß Geld von England bekommen, und zwar bald. Daher ist es begreiflich, daß der russische Finanzminister die finanziellen Fragen ebenso wie die militärischen gleich endgültig geregelt sehen will. Lord Milner setzt diesen Vorstellungen Widerstand entgegen und will die russischen Wünsche lediglich ad referendum nehmen. Russland verlangt natürlich, eine möglichst hohe finanzielle Unterstützung zu erreichen. Die Gegenseite aber will die Leistungen an Bedingungen knüpfen, die sich auf eine den Engländern genehme Orientierung der inneren Politik Russlands und auf die Garantien für die Verwendung der gelieferten Mittel beziehen. Den englischen Delegierten scheint der Gedanke vor, die Kräfte zu benutzen, um auf den Jaren hinsichtlich der inneren Lage einzuwirken. Der Botschafter Buchanan hat das bekanntlich schon öfter getan. Die Delegierten haben den Auftrag, sich Gewißheit über die Verwendung von Munition und Artillerie in Russland zu verschaffen, um zu beurteilen, ob man sie nicht besser auf anderen Fronten verwenden, anstatt sie nach Russland zu schicken. Ueber die definitiven Forderungen, die England bei diesem Anloß an Russland stellt, ver-

lautet ganz authentisch folgendes: England verlangt: 1. Kontrolle der Verwendung des Geldes durch englische Agenten, 2. Änderung der inneren Politik Russlands nach englischen Wünschen, 3. Befestigung der russischen maßgebenden Regierungstellen durch Männer, die der englischen Regierung genehm sind.

Die englische Kriegspolitik braucht die russischen Massenheere, und die russische Finanzpolitik sucht diese Zwangslage des Bundesgenossen auszunutzen. Aber England will Sicherheiten, daß sein Geld seinem Ziele gemäß angelegt wird. Seinen Wunsch nach Kontrolle kennt Russland längst; es hat diesem Wunsch während des Krieges schon erhebliche Teile der Selbständigkeit seines Finanzregimes opfern müssen. Aber das genügt England noch nicht; es will den russischen Helfer noch fester in der Hand haben, will noch sicherer bestimmen können, was es von ihm erwartet und verlangt, und in dieser Richtung wird nun vermutlich das bekannte Idealziel der „Einheitsaktion“ eingestrichelt werden, um eine weitere unmittelbare Beeinflussung der russischen Kriegsbeteiligung möglich zu machen.

Daß dieser Versuch, dem zaristischen Regiment die Alleinherrschaft über die wichtigste Stütze seiner Macht zu verfrachten, nicht klatt geden will, erscheint allerdings sehr verständlich. Denn wenn der Versuch glückte, so würde er Wirkungen haben, die den Bau des zaristischen Regimes in seinem ganzen Bestande treffen. Ist es ein Zufall, daß gerade jetzt in Italien Neugerungen laut werden, die sich gegen das Ziel der einseitigen militärischen Leitung wenden, die, wie ein Mailänder Blatt sagt, praktisch ein Ding der Unmöglichkeit sei? Ist genug hat Italien sich hervorgetan durch seinen besonderen Eifer, die Stange Russlands zu halten.

Der Wirrwarr der russischen Lebensmittelversorgung.

Kopenhagen, 14. Februar. (W. T. B.) Nach den neuesten Darstellungen der russischen Presse nimmt der Mangel und die Desorganisation in der Nahrungsmittelversorgung für die Armee und die Zivilbevölkerung einen erschreckenden Umfang an. Die Blätter kritisieren scharf die Art der Verteilung der Getreidelieferung und das Fehlen einer Zentralstelle, die den Lebensmittelverkehr zu überwinden und zu leiten habe. Man bezweifelt überall die Wichtigkeit des von der Nahrungsmittelkommission veröffentlichten Ergebnisses des Einkaufs von Getreide für die Armee. Der bisherige Anfall an zu lieferndem Getreide beträgt nicht weniger als hundert Millionen Pud. An vielen Orten mußte man Zwangsmittel anwenden, um die Verwaltungen der Dörfer zur Herausgabe des Getreides zu bewegen. Vielfach helfen auch Zwangsmittel nicht, da die Dorfverwaltungen nichts abzugeben hatten. Laut Mitteilungen der Semstwoverwaltungen sind in Zukunft noch größere Schwierigkeiten zu erwarten; auch Mangel an Futtermitteln macht sich immer mehr fühlbar. Selbst aus vielen sonst getreidereicheren Gouvernements laufen Nachrichten von schweren Lebensmittelkrisen ein.

Troelstra zum verschärften U-Boot-Krieg.

Die der Haager Korrespondent der Kopenhagener „Politiken“ berichtet, sagte der holländische Sozialistenführer Troelstra in einer Unterredung, daß er wie auch die ganze holländische Sozialdemokratie — und sicherlich auch das holländische Volk — der von der holländischen Regierung erteilten Antwort, daß Holland dem Beispiel Amerikas nicht folgen könne, zustimme. „Am ganzen griechen,“ sagt die Sozialdemokratie volles Vertrauen zur auswärtigen Politik der Regierung. In Wirklichkeit ist der holländische Kriegsminister der Mann im Lande gewesen, der in seiner ganzen Tätigkeit am Kräftigsten für den Frieden gearbeitet hat. Auf Grund dieses Vertrauensverhältnisses hat sich die Sozialdemokratie damit abfinden können, daß die Regierung nicht, wie dies in Dänemark der Fall ist, in ständiger Fühlung mit dem Parlamente war.

Gegenwärtig führe die Regierung eifrige Verhandlungen sowohl mit England wie mit Deutschland, um die Maßnahmen, die eine Verbindung Hollands mit Amerika und den Kolonien des Landes unmöglich machen, zu beseitigen. Die Aufrechterhaltung dieser Verbindungen ist nämlich für Holland eine Lebensbedingung. Da indessen England sowie Deutschland während des Krieges sehr freundschaftliche Gefühle gegenüber Holland gehabt haben, hoffte Troelstra, daß die Verhandlungen zu einem Ausweg führen würden. Gegenüber Deutschlands Note über den verschärften Landboottkrieg würde Holland protestieren.

Troelstra glaubte nicht, daß die Regierung selbst im Falle, daß ein holländisches Schiff ohne Warnung torpediert würde, eine andere Politik als die bisher befolgte einschlagen würde. Natürlich könnte eine solche Lage entstehen, daß Holland in der Verweigerung zu Waffen greifen müßte, er sei jedoch überzeugt, daß es dazu nicht kommen werde. Holland hat es bisher verstanden, sich Schritt für Schritt durchzumandrieren. (2)

Der Krieg auf den Meeren.

In einer Woche 146 Schiffe Verlust.

Amsterdam, 15. Februar. Bis zum 8. Februar einschließlich waren bei Lloyd's Meldungen über den Verlust von 146 Schiffen eingelaufen, die seit dem 1. Februar versenkt oder verunglückt sind.

Rochester und Orleans fahren noch nicht.

Bern, 15. Februar. Der „Temps“ sagt: Nach bestimmten Informationen haben Rochester und Orleans die amerikanischen Gewässer noch nicht verlassen.

Versenkt.

London, 15. Februar. Lloyd's Bureau meldet, daß der englische Dampfer Fishbowen Heat (3050 Tonnen), der Segler Endora und der Dampfer Suzul versenkt wurden.

Cagliari, 15. Februar. „Stefani“ meldet: Der amerikanische Dampfer Lyman R. Vos war mit Gefächschaften beladen. Er befuhr in der Nacht zum 12. Februar auf der Höhe der Sardinischen Küste einem feindlichen U-Boot das ihn in Brand schoß und versenkte. Die aus zehn Mann, darunter acht Amerikanern, bestehende Besatzung landete in Cagliari.

Washington, 14. Februar. Meldung des Reuterschen Bureaus. Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist das vor Cagliari versenkte Schiff Lyman R. Vos nur ein Schoner. Es wurde durch die Bombe eines österreichisch-ungarischen Unterseebootes in Brand gesetzt, das keine Platte gelüht hatte. Es sind keine Menschenleben verloren gegangen.

Annemarie.

Von Anna Mosegaard.

Den ganzen lieben, langen Tag stand sie am Schreibtisch, sah nichts als den unruhigen, hastenden Gang der Maschinen, hörte nur immer ihr lärmendes, rasselndes Toben.

Wenn am Sonntag irgendwo die Hiedel erklang, dann war Annemarie zur Stelle. Die Hiedel trugen sie häßlich ganz von selbst hin.

So ist so gekommen, wie man sich's im Bedesale oft zugehörnt hat. Mit achtzehn und einem halben Jahre hatte die Annemarie ihr erstes Kind.

Da brach der Weltkrieg aus. Auch Franz mußte fort. Der und still ward es mit einem Male in dem kleinen Häuschen draußen vor der Stadt.

Im Juli war's. Annemarie sah im Gärtchen auf der Kleinen Wand und ließ ihren Blick auf den Anien reiten.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeieroman von Gabriela Sapsiska.

XI.

Zuzia, Dienstmädchen in Horst's Suite. — Die Alten und die Jungen. — Das Projekt des Protesses reist.

Nachdem Josselle Pintas seine „Geschäfte“ bei dem Polizeimeister erledigt hatte, eilte er wie auf Flügeln ins Hotel.

Josselle Pintas begegnete vor dem Tore Barlamow. Der Polizist war grimmig, nicht ausgeglichen und schleppte mit Mühe seinen unförmigen Bauch.

„Zdrastwujto (Guten Tag), Barlamow!“ rief er, „gehen Sie heute lieber nicht zum Herrn Polizeimeister, Markowoff sagte mir, er sei Ihnen böse.“

Barlamow hörte gleichgültig zu und sagte: „Naplowat! (Ist mir schnuppe).“

„Du?“ „Du gewiß, ich war's doch, der den Herrn Polizeikommissar und den Herrn Markowoff benachrichtigt hat und den Herrn aus Krakau so lange durch den Schlamm geschleppt, bis die anderen von Muttern ausgekiffen waren.“

Barlamow seufzte, griff in die Tasche und schüttelte Pintas ein paar Kupfermünzen in die Hand.

des Baben Schopf. Sofort waren zwei kleine, dicke Patschbändchen da, um mit Wärme in der welligen Haut zu zupfen.

Was weiter geschah? — Annemarie konnte sich's nicht mehr so recht erinnern, als sie sich noch wochenlangen Krankenlager wieder erhob und nach dem Baben verlangte.

Zwei Jahre Weltkrieg. Am Ende der Stadt liegt eine große Fingel. Der hohe Schornstein raucht wie immer, die schweren Schiedlarren mit der Stein- und Schmelzlast beladen.

Annemarie! Bist Du es wirklich, Annemarie? Sinnend steht sie auf die Schaukel geföhrt und fixiert in den Hölleblick.

„Was ist das für ein Mensch?“ dachte sie, „er sieht aus wie ein Kind.“

„Wart war, mein Junge, ich geh gleich Deine Mutter holen.“

„Guten Tag, mein Liebling!“ Lachend tritt Annemarie her aus. „Bringt Deiner Mutter solch schöne rote Beeren mit.“

„Lange noch, nachdem die beiden gegangen sind, steht sie am Tor und sieht die Allee entlang.“

„Ei, Barlamow, Sie sind geizig geworden! Das ist schlecht!“

„Aber er konnte nicht weiterprechen, denn vom Ball her erkante ein gellender Schrei.“

„Sind heute unsere Leute bei der Arbeit?“ fragte Pintas leise Barlamow.

Der Polizist nickte mit dem Kopf. „Sie machen nicht viel. Nur ein kleines Kunststückchen.“

„Wer bin ich?“ Inzwischen sucht ihm ein anderer die Taschen ab.“

„Ein Mordster! Was der für Ideen hat!“

Der Schrei wiederholte sich aber. Die Passanten achteien nicht einmal darauf.

Barlamow schickte sich an zu gehen. „Leb wohl, Jude.“

„Dieser hörte aber nicht mehr auf ihn, denn seine Aufmerksamkeit wurde durch eine Frauengefährte, die sich dem Hotel näherte, in Anspruch genommen.“

„Was geht das dich an, räudiger Kerl?“

„Aber Josselle blieb höflich.“

„Wenn ich nicht gekommen bin, hätte ich eben keine Lust.“

Der Photograph der Planeten.

Unter den zahlreichen bedeutenden amerikanischen Astronomen nahm der sechsten im Alter von 81 Jahren verlebte Professor Dr. Percival Lowell, der Direktor der Flagstaff-Sternwarte in Arizona, eine besondere Stellung ein.

Ein Jubiläum der Steinkohle.

Es ist ein eigenartiges Zusammenreffen, daß gerade in diesem Jahre, wo die Kohlenknappheit sich so unangenehm fühlbar macht, das 600jährige Jubiläum der Steinkohle in Essen gefeiert werden konnte.

Zufolge der Zunahme der Bevölkerung und des Aufkommens des Schmelzwerkes war Holz mangel engetreten, und dadurch wurde der Kohlenbergbau gefördert.

„Du, das kann sein.“ erwiderte Josselle, „aber sie sollten es nicht tun, Fräulein, er hat Sie aus dem Restaurant der Metolowske Losgekauft.“

„Sieh mal an, ein großes Bild!“ prahlte Juzia. „Dort haben sich die Studenten und Offiziere meinetwegen geschossen!“

„Sie wissen doch, Fräulein Juzia, es ist nur vorübergehend.“

„Ach, Vögel auf dem Dach!“

„Ni, ich garantiere, er ist ein anständiger Mann! Gehen Sie noch heute zu ihm, Fräulein!“

„Ich kann ja nicht, wir haben Besuch. Der Herr aus Krakau ist bei uns zu Tisch geladen.“

„Ni, ni. Also gut! Dann müssen Sie die Ohren spitzen und scharf aufpassen.“

„Bis jetzt habe ich noch nichts gehört. Sie nehmen sich sehr in acht.“

„Passen Sie nur gut auf, dann wird Ihnen alles Maßnahmen nichts helfen.“

„Zwischen hatte Fräulein Juzia den Flur betreten und klopfte an Nikits Tür.“

„Nikits sprang aus dem Bett und nahm Juzia durch die Türpalte den Brief ab.“

„Wenn ich nicht gekommen bin, hätte ich eben keine Lust.“

(Fortf. folgt.)

Direktion Max Reinhardt:
Deutsches Theater.
7 1/2 Uhr: Figaros Hochzeit
Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Das Konzert.
Theater am Götterplatz.
7 1/2 Uhr: Macbeth.

Theater i. d. Königgrätzerstr.
Dir. O. Meinhard - R. Bernauer.
7 1/2 Uhr: Jan der Wunderbare
Komödienhaus
7 1/2 Uhr: Die verlorene Tochter.
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Auf Flügeln des Gesanges.

Theater für Freitag, 16. Februar.
Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
6 1/2 Uhr: Lohengrin.
Friedrich-Wilhelmstadt, Theater.
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Gebr. Herrnsfeld-Theater
Heute 7 1/2 Uhr zum ersten Male:
Der Stolz der Familie.
Schwank mit Gesang in 3 Akten.
Kleines Theater
6 Uhr: Am Teetisch.
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Der Puszta-Kavaliar.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Heimat.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die schöne Kubanerin.
Neues Operettenhaus
Kassentelephon: Norden 281.
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Circus Busch
Heute sowie täglich 7 1/2 Uhr
die von Publikum und Presse
überaus beif. aufgenommenen
Riesen-Pracht-Wasser-Pantomime
Die versunkene Stadt
in 1 Vorsp. u. 4 Akten nach der
Vinstalegende frei bearbeitet u.
inszeniert v. Paula Busch.
Besonders hervorzuheben:
D. gr. Sturzwasserfall u. d. Zirkus-
kuppel u. Untergang der Stadt.
Das myst. Wiederauftauchen ders.
Die Bewohner m. all. Getier, Inb.
Hühnern, Katzen usw. ansteig.
wohl u. munter der Unterwelt.

Neu! Kolossaler Manège-Wasser-Effekt Neu!
Das Nixe-Ballett im
wallenbewegten Wasser der Arena
(patentamtl. gesch.).
Vorh. das gr. Zirkusprogramm.

WINTERGARTEN
Lillebil's Hochzeitreise.
Aegypt. Burleske in 7 Bildern.
Inszenierung von
Max Reinhardt.
Hauptdarsteller:
Hans Wassmann,
Lillebil Christensen,
Katta Sterna, Ernst Matray.
Hierzu das
große Variété-Programm.

Spolito
FRIEDRICHSTR. AN DER KOCHSTR.
Anfang 7 1/2 Uhr.
**Neues
Februarprogramm.**
Dazu
Neptun auf Reisen.
Ausstattungsposse i. 3 Bildern
Stürmische Heiterkeit!
Prachtv. Kostüme u. Dekorationen.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
„Cabaret Feldgrün“
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag
nachmitt. 3 Uhr:
Vorstellung zu
ermäß. Preisen!
Neues Programm

Berliner Konzerthaus.
Hagerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: Großes Konzert
zum Besten des Berliner Komopathischen Kranken-
hauses, Berlin-Lichterfelde, Carstennstraße 58
Mitwirkende: Frau Agnes Hönel-Tallard, Konzertsängerin. Fr. Lucia
Glowicki, Konzertsängerin. Fr. Joanne Robert, Rezitation. Herr Paul
Schmidt, Meisterharmonium, „Diminutor“, Quell-Verein, Chormeister:
Kgl. Hof- und Domorganist Herr Georg Müller.
Berliner Konzerthaus-Orchester. Leiter: Komponist Frz. v. Blon.
— **Künstlerische Leitung: Fr. Henriette Liebert.**
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf. und 1 M. für reservierten Platz.
Alle Vergünstigungen aufgehoben!

Lessing-Theater.
Direktion Victor Barnowsky.
7 Uhr: Egmont. Musik von
Sonnabend: Egmont. Boethoven.
Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Der Reisebegleiter.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Der Balkanzug
und die befreite Donau.

Metropol-Theater
7 Uhr: Die Garsdasfürstin.
Sonntag 7 1/2 Uhr: Die Kaiserin.
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Die Warschauer Zitadelle.
Schiller-Theater 0.
7 1/2 Uhr: Der Familientag.
Schiller-Th. Charlottenbg.
7 1/2 Uhr: Will und Wiebke.
Thalia-Theater.
7 1/2 Uhr: Das Vagabundenmädchel.
Theater am Volendortpl.
7 1/2 Uhr: Blaue Jungens.
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Die Fahrt ins Glück
mit Guido Thielscher.
Trianon-Theater
7 1/2 Uhr: Willis Hochzeitstag.

Zirkus A. Schumann
Der Zirkus ist gut geholt.
Heute u. täglich abds. 7 1/2 Uhr
(Einlaß 7 Uhr):
Das große glänzende Zirkus-
programm und die großartig
inszenierte Anst.-Pantomime
Die Seeräuber
m. d. prächt. u. märchenhaften
Prunkfest.
Jed. Sonntag 2 gr. Vorstellungen.
3 Uhr u. 7 1/2 Uhr.
Nachmittags 1 Kind frei.
Billets ab Freitag an der
Zirkuskasse zu haben.

VIKTORIA-THEATER
(Saussoeul) Kottbuser Str. 6
Telephon Hebbhn-Hlnt.
Moritzpl. 14514 Kottbus. Tor

HAGENBECK
Täglich Abendvorstellung
um 7 1/2 Uhr.
Mittw., Sonnabds., Sonntags
je 2 Vorstellungen. 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr.
Wochentags nachmittags
Vorzugspreise.
Vorverkauf: Hagenbeckkassa
Kottbus. St. 6 u. Worthelm.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Zum ersten Male:
Der fidele Bauer.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: Zum ersten Male:
Das Glücksmädchel.

Casino-Theater
Lothring. Str. 37. Täglich 7 1/2 Uhr.
Um 7 1/2 Uhr: Quantes Programm.
Um 9 1/2 Uhr: Die Schlingerpöffe
Ginny in Bron-Berlin

Zwei helle Berliner
Berliner Humor - Berliner Figuren
Sonntag 4 Uhr: Einer vom U-Boot

Possen-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:

Der Niegende Holländer.
Der alte Wolf.

Admiralspalast.
Schlittschuhläufer - Ballett
a. d. Oper „Der Prophet“
und
Frau Fantasie.
Vorzügl. Küche. Anfang 7 1/2.

8 National-Theater 48pendler
Str. 68
Studentenliebchen.
Operette m. 4 Akt. Auf. u. Bromme.
Anweis. gült. f. 1-6 Pers. b. 17. Febr.
Eintritt 0,75. Sessel 1.-.
Orchester-Sessel 1,50.
Vorpost. ab 1/2, 11-2 u. ab 6 1/2 abds.

Palast
Tägl. 7 1/2. Sonnt. 8 1/2 u. 7 1/2
Der effektvolle Telefonschurz:
„Hallo, wer dort?“
Dazu: Berl. Typen m. R. Steidl
und Anna Müller-Lincke
u. d. neue Febr.-Progr.

Gewerkschaftshaus.
Sonntag, den 18. Februar 1917, im großen Saal:
Frühlingsfest
des Berliner Sängerkhors
zum Besten der im Felde stehenden Mitglieder.
Gesungen von 60 Sängern.
Du fernes Land von Uthmann.
Auf dem Meer von Heineemann.
Babylische Volkstänze von Soltram.
Mitwirkende: **Das Keckertrio. Max Arras am Flügel, Gerdi
Gold, Sioline, Gesang: Frau, Gella.**
**Im
Vorterrasse-Saal: Nilly-Taber-Quartett, Fränzi Boré,
Irma Traum, Giovanni Tarisi, Unübertroffen.**
Sonntag mittag:
Hühnersuppe 0,25
Kaffee 0,25
Dufumet Kraut mit Beilage 2,00
Bayr. Leberknödel m. Sauerkohl 2,00
Rehrbraten 2,50
Bierkander Ente 2,50
Saut 0,30, Rste 0,75

Ein sehr billiger Schnellverkauf.
Heute von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends
kommen ein großer Vorrat Fettgäuse und Holländer Fett-
hühner zu den niedrigsten Tagespreisen zum Verkauf.
Täglich ein großes Quantum Hühnerbräse à Liter 60 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1289, 1067, 9714.

Sonntag, den 17. Februar, vormittags 10 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15, Saal 1:
Verammlung
aller Kollegen, welche in den zur
Orts-Krankenkasse der Schlosser und verwandten Gewerbe
gehörenden Betriebe beschäftigt sind.

Tagesordnung:
1. Die Krankenversicherung - Mitgliederliste vor, während und
nach dem Kriege. Referent: Reichstagsabgeordneter D. B. S. h. u. e.
2. Aufstellung der Kandidaten zur Kandidaturwahl.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht
jedes Kollegen, pünktlich zu erscheinen.
Werte Kollegen!
Durch Einberufung zum Militär ist die Zahl der Ausfüh-
rungsmitglieder der Orts-Krankenkasse der Schlosser unter das ge-
eigentlich vorgeschriebene Mindestmaß zusammengesunken, deshalb ist es
notwendig, daß Ersatzwahlen stattfinden.
In der Voraussetzung, daß die alten Mitglieder der Kranken-
kasse Interesse daran haben, daß geeignete Kollegen in den Ausfüh-
rungsstellen, die sich bereit erklären, das Amt anzunehmen, in der Ver-
sammlung vorzuschlagen und entsprechendes Formular dabeifst aus-
füllt abzugeben.

Sonntag, den 18. Februar 1917, vormittags 10 Uhr,
in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, groß. Saal:
Branchen-Verammlung
der Werkzeugmacher, Werkzeugschleifer, Einrichter sowie
aller als Zigarettenmaschinenführer beschäftigt. Kollegen.

Tagesordnung:
Fortsetzung der vertagten Branchen-Verammlung vom
28. Januar 1917.
Lohne Mitgliederbuch kein Eintritt.
Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt
erforderlich.

Sonntag, den 18. Februar 1917, vormittags 10 Uhr,
im Lokal von Giesing, Waffertor-Straße Nr. 68:
Verammlung
aller in Zinkzundergießereien beschäftigten Gießer,
Abschneider, Schmelzer, Arbeiter u. sonst. Beschäftigten.

Tagesordnung:
1. Erhalten wir bei Materialmangel eine Entschädigung?
2. Besondere- und Branchenanliegenheiten.
3. Verschiedenes.
Vollzähliges Erscheinen ist dringend notwendig.

Sonntag, den 18. Februar 1917, vormittags 9 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelfufer Nr. 15, Saal 4:
Allgemeine Branchen-Verammlung
der Rohrleger und Helfer
Tagesordnung:
Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeit-
gebern wegen Verlängerung des Tarifvertrages.
Zahlreiches Erscheinen aller Kollegen erwartet
Die Ernterverwaltung.



Möbelfabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigauer Str. 71-73a
empfiehlt gute preiswerte Möbel
noch zu billigen Preisen.
154 Musterräume.
Lagerräume: 6696 q-Meter groß.
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
Illustrirter Katalog Nr. 13 gratis und franko!
Sonntags v. 12-2 Uhr geöffnet.

Verkäufe
Veisgarnituren! Stuhlholas!
Ruchgarnituren! Chosumholas!
Ruffen! Bettenderlau! Herrenscher-
robel! Uhrenschrank! Sammelkasten!
Paran aller Art! Akerbüchse! Preise!
Veisbau! Vorderstraße 7.
Veisbau-Thomas, Oranienstr. 44
Ivortbillig herbeierholte Leiside,
Gardinen, Vorwärtsleien 5 Prozent
Gitararabatt 64°
Veisbau Morisplan 58a ver-
kauft Stuhlholas, Ruffen, Herber,
Kerz, Kassa, Glas- und Weisfische,
Veisbüchel, Bogenpelle, Tisch,
u. Vitroamandiel, Koffime, Ulter.
Gelegenheitsläufe von Kavalieren
im Verlag gewesene Nadeln, Kof-
Kinzige, Ulter, teils auf Seide,
Eggra-Kingehat in Lombard gemeiner
Leppide, Gardinen, Vorhieren, Seiten,
Ulter, Brillanten, enorm billig. Veis-
haus Kottbusstr. 88a.
Veisgarnituren! Stuhlholas!
Stuhlholas, Gelmurgen, Bettens-
erlauf, Herrenscherobel, Schmel-
faden, alles erprobillig. Veisbau
Rottbinderdamm 2, neben Jander.
**Gubnerstr., Heidemann, Ruffen,
Sofin, Gubnerstr. 28. 11/17°**
**Leppide, Vorhieren, Steppdecken,
Gardinen, Tischdecken, Dinnabeden,
billig, Vorwärtsleier Gitararabatt,
Vordamerstraße 109, Jücher.**

Möbel
Vornehmer, elegantes Herren-
zimmer, beste Tischlerarbeit, mit sehr
reicher Schnitzerei und Kristall-
verglasung billig abzugeben. Ber-
liner Möbelhaus, Stalingerstraße 25,
Dachbahn Rottbinderstr.

**Vornehmes elegantes Herren-
zimmer, nach Künstlerentwurf, kom-
plett 1905, - Unübertroffen. Speise-
zimmer, ganz rinde moderne Form,
komplett 1198, - Regide bedeutend
reiner. Beschligung lohnt. Möbel-
haus Olen, zur Lind-eaststraße 30.**

Violine, erhaltillig, verkauft billig
Bogdan, Säulmstr. 82 1.
**Mandoline 18,-, erhaltillig Aus-
führung 30,-, Kottbusstr. 45,-
Gitarren 12,-, prima Qualität 25,-,
Unterhalt 6,-, Romantikonar,
Kottbusstr., erprobillig. Duffel-
gerige mit Juchel 30,-, Sola-
violine 50,-, Grnt, Dranien-
str. 166 III.**

**Paranimo, ohne Notenleim-
nisse sofort spielbar, billig, erprobillig**
Kottbusstr., Oranienstraße 166 III.

Kaufgesuche
Violinabfälle: Stimm bis 7,50.
Jahrgänge! Schmelzfaden! Seiten!
Kinge! Klüsterfellen! Gießtrumpf-
schale! Klüsterfellen! höchstbillig!
Süderhämmerer, Metall- u. Eisen-
waren, Weisstr. 31, Telephon
Norden 4243. 5°
Verabilligme Cohn laut auf
Schmelzfaden! Gießtrumpf-
schale! Klüsterfellen! Seiten!
Kinge! um höchstbillig. Gämber
Borungsdrehe! Brunnenstraße 25 und
Reudlin, Berlinerstraße 76.

**Veisbüchse, Eisenwaren, rein,
Borag, Kassa, Jevelin, Kassa,
Küttliche Dellede, Schmelz, Terpen-
tiniering und ähnliches laut, höchste
Preise abgeben, Welter, Tharstr. 6,
Rottbinder 3353.**
**Veisbüchse, sito 8 Mark, sowie
Standl, Rild 8 Mark, Gasa, Gecia,
Vorwärts laut höchstbillig, teils
heishe Mengen, Akerbüchse, Ver-
gänger-Str. 210, zwischen Waffertor-
str. und Kleberdammstr.**

Sparmetalle! Kupfer! Messing!
Antimon! Jinn! laut für Kriegs-
lieferung der Kriegsmetall- u. Aker-
griechen!, außerdem laute Jah-
rgänge! Klüsterfellen! 7,50. Schmelze
Christiant, Köpenderstraße 210
gegenüber Rautenfeldestr. 5°
**Lade jeder Art, auch Umhüller,
Rild 4 Mark, laut, teils heishe
Mengen, Akerbüchse, Ver-
gänger-Str. 210, zwischen Waffertor-
str. und Kleberdammstr.**

Möbelfabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigauer Str. 71-73a
empfiehlt gute preiswerte Möbel
noch zu billigen Preisen.
154 Musterräume.
Lagerräume: 6696 q-Meter groß.
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
Illustrirter Katalog Nr. 13 gratis und franko!
Sonntags v. 12-2 Uhr geöffnet.

Veisgarnituren! Stuhlholas!
Ruchgarnituren! Chosumholas!
Ruffen! Bettenderlau! Herrenscher-
robel! Uhrenschrank! Sammelkasten!
Paran aller Art! Akerbüchse! Preise!
Veisbau! Vorderstraße 7.
Veisbau-Thomas, Oranienstr. 44
Ivortbillig herbeierholte Leiside,
Gardinen, Vorwärtsleien 5 Prozent
Gitararabatt 64°
Veisbau Morisplan 58a ver-
kauft Stuhlholas, Ruffen, Herber,
Kerz, Kassa, Glas- und Weisfische,
Veisbüchel, Bogenpelle, Tisch,
u. Vitroamandiel, Koffime, Ulter.
Gelegenheitsläufe von Kavalieren
im Verlag gewesene Nadeln, Kof-
Kinzige, Ulter, teils auf Seide,
Eggra-Kingehat in Lombard gemeiner
Leppide, Gardinen, Vorhieren, Seiten,
Ulter, Brillanten, enorm billig. Veis-
haus Kottbusstr. 88a.

Veisgarnituren! Stuhlholas!
Stuhlholas, Gelmurgen, Bettens-
erlauf, Herrenscherobel, Schmel-
faden, alles erprobillig. Veisbau
Rottbinderdamm 2, neben Jander.
**Gubnerstr., Heidemann, Ruffen,
Sofin, Gubnerstr. 28. 11/17°**
**Leppide, Vorhieren, Steppdecken,
Gardinen, Tischdecken, Dinnabeden,
billig, Vorwärtsleier Gitararabatt,
Vordamerstraße 109, Jücher.**

Möbel
Vornehmer, elegantes Herren-
zimmer, beste Tischlerarbeit, mit sehr
reicher Schnitzerei und Kristall-
verglasung billig abzugeben. Ber-
liner Möbelhaus, Stalingerstraße 25,
Dachbahn Rottbinderstr.

**Vornehmes elegantes Herren-
zimmer, nach Künstlerentwurf, kom-
plett 1905, - Unübertroffen. Speise-
zimmer, ganz rinde moderne Form,
komplett 1198, - Regide bedeutend
reiner. Beschligung lohnt. Möbel-
haus Olen, zur Lind-eaststraße 30.**

Violine, erhaltillig, verkauft billig
Bogdan, Säulmstr. 82 1.
**Mandoline 18,-, erhaltillig Aus-
führung 30,-, Kottbusstr. 45,-
Gitarren 12,-, prima Qualität 25,-,
Unterhalt 6,-, Romantikonar,
Kottbusstr., erprobillig. Duffel-
gerige mit Juchel 30,-, Sola-
violine 50,-, Grnt, Dranien-
str. 166 III.**

**Paranimo, ohne Notenleim-
nisse sofort spielbar, billig, erprobillig**
Kottbusstr., Oranienstraße 166 III.

Kaufgesuche
Violinabfälle: Stimm bis 7,50.
Jahrgänge! Schmelzfaden! Seiten!
Kinge! Klüsterfellen! Gießtrumpf-
schale! Klüsterfellen! höchstbillig!
Süderhämmerer, Metall- u. Eisen-
waren, Weisstr. 31, Telephon
Norden 4243. 5°
Verabilligme Cohn laut auf
Schmelzfaden! Gießtrumpf-
schale! Klüsterfellen! Seiten!
Kinge! um höchstbillig. Gämber
Borungsdrehe! Brunnenstraße 25 und
Reudlin, Berlinerstraße 76.

**Veisbüchse, Eisenwaren, rein,
Borag, Kassa, Jevelin, Kassa,
Küttliche Dellede, Schmelz, Terpen-
tiniering und ähnliches laut, höchste
Preise abgeben, Welter, Tharstr. 6,
Rottbinder 3353.**
**Veisbüchse, sito 8 Mark, sowie
Standl, Rild 8 Mark, Gasa, Gecia,
Vorwärts laut höchstbillig, teils
heishe Mengen, Akerbüchse, Ver-
gänger-Str. 210, zwischen Waffertor-
str. und Kleberdammstr.**

Sparmetalle! Kupfer! Messing!
Antimon! Jinn! laut für Kriegs-
lieferung der Kriegsmetall- u. Aker-
griechen!, außerdem laute Jah-
rgänge! Klüsterfellen! 7,50. Schmelze
Christiant, Köpenderstraße 210
gegenüber Rautenfeldestr. 5°
**Lade jeder Art, auch Umhüller,
Rild 4 Mark, laut, teils heishe
Mengen, Akerbüchse, Ver-
gänger-Str. 210, zwischen Waffertor-
str. und Kleberdammstr.**

Veisgarnituren! Stuhlholas!
Ruchgarnituren! Chosumholas!
Ruffen! Bettenderlau! Herrenscher-
robel! Uhrenschrank! Sammelkasten!
Paran aller Art! Akerbüchse! Preise!
Veisbau! Vorderstraße 7.
Veisbau-Thomas, Oranienstr. 44
Ivortbillig herbeierholte Leiside,
Gardinen, Vorwärtsleien 5 Prozent
Gitararabatt 64°
Veisbau Morisplan 58a ver-
kauft Stuhlholas, Ruffen, Herber,
Kerz, Kassa, Glas- und Weisfische,
Veisbüchel, Bogenpelle, Tisch,
u. Vitroamandiel, Koffime, Ulter.
Gelegenheitsläufe von Kavalieren
im Verlag gewesene Nadeln, Kof-
Kinzige, Ulter, teils auf Seide,
Eggra-Kingehat in Lombard gemeiner
Leppide, Gardinen, Vorhieren, Seiten,
Ulter, Brillanten, enorm billig. Veis-
haus Kottbusstr. 88a.

Veisgarnituren! Stuhlholas!
Ruchgarnituren! Chosumholas!
Ruffen! Bettenderlau! Herrenscher-
robel! Uhrenschrank! Sammelkasten!
Paran aller Art! Akerbüchse! Preise!
Veisbau! Vorderstraße 7.
Veisbau-Thomas, Oranienstr. 44
Ivortbillig herbeierholte Leiside,
Gardinen, Vorwärtsleien 5 Prozent
Gitararabatt 64°
Veisbau Morisplan 58a ver-
kauft Stuhlholas, Ruffen, Herber,
Kerz, Kassa, Glas- und Weisfische,
Veisbüchel, Bogenpelle, Tisch,
u. Vitroamandiel, Koffime, Ulter.
Gelegenheitsläufe von Kavalieren
im Verlag gewesene Nadeln, Kof-
Kinzige, Ulter, teils auf Seide,
Eggra-Kingehat in Lombard gemeiner
Leppide, Gardinen, Vorhieren, Seiten,
Ulter, Brillanten, enorm billig. Veis-
haus Kottbusstr. 88a.

Veisgarnituren! Stuhlholas!
Stuhlholas, Gelmurgen, Bettens-
erlauf, Herrenscherobel, Schmel-
faden, alles erprobillig. Veisbau
Rottbinderdamm 2, neben Jander.
**Gubnerstr., Heidemann, Ruffen,
Sofin, Gubnerstr. 28. 11/17°**
**Leppide, Vorhieren, Steppdecken,
Gardinen, Tischdecken, Dinnabeden,
billig, Vorwärtsleier Gitararabatt,
Vordamerstraße 109, Jücher.**

Möbel
Vornehmer, elegantes Herren-
zimmer, beste Tischlerarbeit, mit sehr
reicher Schnitzerei und Kristall-
verglasung billig abzugeben. Ber-
liner Möbelhaus, Stalingerstraße 25,
Dachbahn Rottbinderstr.

**Vornehmes elegantes Herren-
zimmer, nach Künstlerentwurf, kom-
plett 1905, - Unübertroffen. Speise-
zimmer, ganz rinde moderne Form,
komplett 1198, - Regide bedeutend
reiner. Beschligung lohnt. Möbel-
haus Olen, zur Lind-eaststraße 30.**

Violine, erhaltillig, verkauft billig
Bogdan, Säulmstr. 82 1.
**Mandoline 18,-, erhaltillig Aus-
führung 30,-, Kottbusstr. 45,-
Gitarren 12,-, prima Qualität 25,-,
Unterhalt 6,-, Romantikonar,
Kottbusstr., erprobillig. Duffel-
gerige mit Juchel 30,-, Sola-
violine 50,-, Grnt, Dranien-
str. 166 III.**

**Paranimo, ohne Notenleim-
nisse sofort spielbar, billig, erprobillig**
Kottbusstr., Oranienstraße 166 III.

Kaufgesuche
Violinabfälle: Stimm bis 7,50.
Jahrgänge! Schmelzfaden! Seiten!
Kinge! Klüsterfellen! Gießtrumpf-
schale! Klüsterfellen! höchstbillig!
Süderhämmerer, Metall- u. Eisen-
waren, Weisstr. 31, Telephon
Norden 4243. 5°
Verabilligme Cohn laut auf
Schmelzfaden! Gießtrumpf-
schale! Klüsterfellen! Seiten!
Kinge! um höchstbillig. Gämber
Borungsdrehe! Brunnenstraße 25 und
Reudlin, Berlinerstraße 76.

**Veisbüchse, Eisenwaren, rein,
Borag, Kassa, Jevelin, Kassa,
Küttliche Dellede, Schmelz, Terpen-
tiniering und ähnliches laut, höchste
Preise abgeben, Welter, Tharstr. 6,
Rottbinder 3353.**
**Veisbüchse, sito 8 Mark, sowie
Standl, Rild 8 Mark, Gasa, Gecia,
Vorwärts laut höchstbillig, teils
heishe Mengen, Akerbüchse, Ver-
gänger-Str. 210, zwischen Waffertor-
str. und Kleberdammstr.**

Sparmetalle! Kupfer! Messing!
Antimon! Jinn! laut für Kriegs-
lieferung der Kriegsmetall- u. Aker-
griechen!, außerdem laute Jah-
rgänge! Klüsterfellen! 7,50. Schmelze
Christiant, Köpenderstraße 210
gegenüber Rautenfeldestr. 5°
**Lade jeder Art, auch Umhüller,
Rild 4 Mark, laut, teils heishe
Mengen, Akerbüchse, Ver-
gänger-Str. 210, zwischen Waffertor-
str. und Kleberdammstr.**

Veisgarnituren! Stuhlholas!
Ruchgarnituren! Chosumholas!
Ruffen! Bettenderlau! Herrenscher-
robel! Uhrenschrank! Sammelkasten!
Paran aller Art! Akerbüchse! Preise!
Veisbau! Vorderstraße 7.
Veisbau-Thomas, Oranienstr. 44
Ivortbillig herbeierholte Leiside,
Gardinen, Vorwärtsleien 5 Prozent
Gitararabatt 64°
Veisbau Morisplan 58a ver-
kauft Stuhlholas, Ruffen, Herber,
Kerz, Kassa, Glas- und Weisfische,
Veisbüchel, Bogenpelle, Tisch,
u. Vitroamandiel, Koffime, Ulter.
Gelegenheitsläufe von Kavalieren
im Verlag gewesene Nadeln, Kof-
Kinzige, Ulter, teils auf Seide,
Eggra-Kingehat in Lombard gemeiner
Leppide, Gardinen, Vorhieren, Seiten,
Ulter, Brillanten, enorm billig. Veis-
haus Kottbusstr. 88a.

Veisgarnituren! Stuhlholas!
Stuhlholas, Gelmurgen, Bettens-
erlauf, Herrenscherobel, Schmel-
faden, alles erprobillig. Veisbau
Rottbinderdamm 2, neben Jander.
**Gubnerstr., Heidemann, Ruffen,
Sofin, Gubnerstr. 28. 11/17°**
**Leppide, Vorhieren, Steppdecken,
Gardinen, Tischdecken, Dinnabeden,
billig, Vorwärtsleier Gitararabatt,
Vordamerstraße 109, Jücher.**

Möbel
Vornehmer, elegantes Herren-
zimmer, beste Tischlerarbeit, mit sehr
reicher Schnitzerei und Kristall-
verglasung billig abzugeben. Ber-
liner Möbelhaus, Stalingerstraße 25,
Dachbahn Rottbinderstr.

Die Wirkungen der Seesperre.

Ein U-Boot vernichtet 35 000 Tonnen.

Berlin, 15. Februar. Das U-Boot, dessen bisherigen Erfolge am 9. Februar mit 16 000 Tonn bekanntgegeben wurden, hat im ganzen 35 000 Brutto-Registertonnen versenkt.

Erlaß des Kaisers zum U-Boot-Krieg.

Berlin, 15. Februar. Das „Marineverordnungsblatt“ vom 15. Februar veröffentlicht folgenden Befehl Sr. Majestät des Kaisers: An Meine Marine!

In dem bevorstehenden Entscheidungskampfe fällt Meiner Marine die Aufgabe zu, das englische Kriegsmittel der Ausschaltung, mit dem unser gefährlichster und hartnäckigster Feind das deutsche Volk niederdwingen will, gegen ihn und seine Verbündeten zu kämpfen durch Bekämpfung ihres Seeverkehrs mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Hierbei werden die Unterseeboote in erster Reihe stehen. Ich erwarte, daß diese in weiser Voraussicht technisch überlegen entwickelte, auf leistungsfähige und leistungsfähige Weisen gestützte Waffe, im Zusammenwirken mit allen anderen Kampfmitteln der Marine und getragen von dem Geiste, der sie im ganzen Verlaufe des Krieges zu glänzenden Taten befähigt hat, den Kriegswillen unserer Gegner brechen wird.

Großes Hauptquartier, den 1. Februar 1917.

Wilhelm.

Die Güterstauung in amerikanischen Häfen und Bahnhöfen.

London, 15. Februar. Die „Times“ erzählt aus New York, daß in den amerikanischen Häfen und Bahnhöfen infolge der Weigerung der amerikanischen und anderer neutraler Schiffe, über den Ozean zu fahren, eine gewaltige Güterstauung eingetreten sei. Man glaubt, daß ungefähr eine Million Tonnen Stahl in New York lagert. Diese Güterzüge können nicht ausgeladen werden, weil keine Schiffe zur Verfügung stehen. Schon früher herrschte Wagenmangel und das hat sich jetzt noch verschlimmert. Der Getreidetransport hat vollständig versagt. In Chicago liegt ein Weizenvorrat, der viermal so groß ist wie der normale Vorrat für diese Saison. In Boston lagert soviel Getreide, daß nicht mehr in die Stadt hinein kann. Die Delaware-Lasawanna-Eisenbahn und die Pennsylvania und New York Central-Bahn haben bekannt gemacht, daß sie vorläufig keine Gütertransporte von den Westhäfen mehr annehmen.

Schiffraum um jeden Preis.

London, 15. Februar. (Neutermeldung.) Sir C. G. Monag erklärte im Unterhause im Namen des Schiffskontrollors, daß jetzt in den britischen Schiffswerften vierzehntausend Mann mehr arbeiten als zu Beginn des Krieges.

Lord Curzon zum U-Boot-Krieg.

Lord Curzon sagte, wie Renner mitteilt, in der U-Bootdebatte im englischen Oberhause: Im Juli 1914 war die Zahl der britischen Handelsschiffe über 1600 Tonn mit einem Gesamtinhalt von 16 550 000 Bruttotonnen, am 31. Januar 1917 war die Zahl 8540 mit einem Gesamtinhalt von 16 000 000 Bruttotonnen. Der „New York Times“ meldet, Lord Curzon habe mitgeteilt, daß die Zahl der bewaffneten Handelsschiffe schon jetzt 40 bis 50 Prozent größer sei, als Anfang Dezember. Was den Bau von neuen Schiffen betreffe, so sei man damit beschäftigt ein größeres Bauprogramm durchzuführen. Außerdem gebe man sich alle Mühe, um durch Abkommen mit den überseeischen Dominions, den Kolonien, den Alliierten und mit neutralen Staaten neue Schiffe zu bekommen. Durch den Bau von Standardschiffen hoffe man, 500 000 Tonn für die Handelsflotte zu gewinnen. Auch indirekt fördere man die Schnelligkeit des Baues dadurch, daß man in den Werften auf Stahl arbeiten lasse. Außerdem werde ein Plan ausgearbeitet, um die Einfuhr aller Artikel, die nicht unbedingt notwendig sind, zu verbieten.

Arbeitseinstellung in der dänischen Textilindustrie.

Kopenhagen, 14. Februar. Die dänische Textilindustrie steht, der Zeitung „Politiken“ zufolge, vor einer Katastrophe, da der Mangel an Rohstoffen die meisten Betriebe zwingen wird, im Laufe der nächsten beiden Wochen die Arbeit einzustellen. Die Zufuhr an Rohbaumwolle sei schon seit langem so gering gewesen, daß die Lager jetzt schon vollständig geräumt seien. Auch die Baumwollspinnereien und -Webereien, die schon seit langem ihre Arbeitskräfte einzusparen genötigt waren, werden Ende Februar vollständig schließen müssen. Das Ministerium des Handels verhandelt zurzeit, um Betriebs-einstellungen zu vermeiden; die Aussichten für ein günstiges Ergebnis sind jedoch gering.

Löschzwang und Ladezwang für schwedische Schiffe in England.

Stockholm, 16. Februar. „Svenska Dagbladet“ meldet, daß drei schwedische in England festgekaltene Dampfer von den englischen Behörden gezwungen wurden, ihre Ladung zu löschen. Diese besteht insgesamt aus 16 500 Tonn Schiffs-Salzpester. Der englische Eingriff bedeutet, nach einer Aeuherung des Sekretärs des Landwirtschaftsbundes, eine schwere Schädigung für die schwedische Landwirtschaft.

Stockholm, 15. Februar. „Aha Dagligt Allehanda“ erklärt aus Haver Lulea, daß England die Abfahrt schwedischer Schiffe aus englischen Häfen nur unter der Bedingung gestatte, daß das Schiff sich verpflichte, die nächste Reise für England oder Frankreich zu machen. Nach Beendigung dieser Reise wird Ladung und Passagiere nur dann verabschiedet, wenn das Schiff sich zu weiteren Fahrten in englischen Diensten verpflichtet. Die schwedische Tonnage in englischen Häfen beträgt nach Angabe der Zeitung 200 000 Tonn. Umkehrschiffe auf atlantischen englischen Stationen oder englischen Kolonien ist nur für solche Schiffe erhältlich, die Fahrten zwischen Häfen der Antente ausführen.

Holländische Schiffe fahren aus.

Amsterdam, 15. Februar. Die Dampfer „Blieckstroom“ und „Scheldestroom“ von der holländischen Dampfschiffahrtsgesellschaft erhielten Erlaubnis zur Ausfahrt und sind Mittwoch abend nach Veltj bezw. Hull abgefahren.

„Die große Gefahr des U-Boot-Krieges“.

Bern, 14. Februar. Ein Vertreter des „Zeit Pariser“ hatte eine Unterredung mit dem ersten Vize der Admiralität Sir Edward

Carson, der über den U-Boot-Krieg sagte: Ich kann Ihnen die große Gefahr des U-Boot-Krieges nicht verhehlen. Diese barbarischen Angriffe schaffen uns das schwerste, ernsteste Problem. Es gibt weder auf dem Meere einen einzigen britischen Seemann, noch in der Admiralität ein einziges Mitglied des Admiralsstabes, das nicht Tag und Nacht arbeitet mit der Hoffnung, es zu lösen. Unsere Sorgen dienen nur dazu, und zu dauernder Anstrengung anzustreben.

Kriegsverstaatlichung der englischen Kohlengruben.

London, 15. Februar. Wie amtlich mitgeteilt wird, be-
schloß das Handelsamt, alle Kohlengruben für die Dauer des Krieges unter staatliche Verwaltung zu stellen.

Aufstand auf Kuba.

London, 15. Februar. Aus Washington wird der „Times“ gemeldet: Die Lage auf Kuba und in Mexiko erweckt in den Vereinigten Staaten große Besorgnis. Auf Kuba ist eine ernsthafte Rebellion unter der Führung des früheren konservativen Präsidenten Gomez ausgebrochen, der zusammen mit dem konservativen Kandidaten J. M. G. dem liberalen Monocal die Präsidentschaft streitig macht. Die amerikanische Regierung sympathisiert mit Monocal, der mit Washington gute Beziehungen unterhält. Die Unionsregierung hat eine ernsthafte Warnung an die Rebellen gerichtet. Wenn die kubanische Regierung nicht imstande sein würde, die Ordnung wiederherzustellen, werde Amerika eingreifen. Ebenso hat Lansing eine Mitteilung nach Kuba gelangen lassen, worin er erklärt, Amerika würde sich weigern müssen, eine Regierung anzuerkennen, die durch eine Revolution zur Herrschaft gelangt wäre.

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhaus.

Das Wahlrecht vor Friedensschluß!

Diese Forderung erhob in kategorischer Form der Fortschrittler Cassel am gestrigen zweiten Tage der innerpolitischen Debatte des preussischen Abgeordnetenhauses. Mit denselben Gründen, die als erster Redner des Tages Genosse Veinert für das gleiche Recht der gleiche Opfer bringenden, gleiche Leiden tragenden und gleicher Gefahr ins Auge blickenden Kriegsteilnehmer ins Feld geführt hatte, trat auch Cassel für die Uebertragung des Reichswahlrechts auf die preussischen Landtagswähler ein, und mit einer Fülle durchschlagender politischer Ausführungen begründete er die Forderung, daß die Reform nicht verschleppt werden dürfe. Veinerts Rede beschränkte sich natürlich nicht auf die Wahlrechtsfrage, wenn diese auch den Hauptinhalt bildete; er unterließ nicht, das Nötige über die Notwendigkeiten zu sagen, die es auf dem Gebiet der Volksernährung zu erfüllen gilt, nicht zuletzt der Säumnigkeit der Produzenten und der Mangelhaftigkeit eines gewissenlosen Gänblerturns gegenüber. Unser Redner stellte auch fest, was die Mitharbeit der Arbeiter und der Werkstätten für den Krieg und nach ihm für das Land bedeutet, er forderte nachdrücklich die Vereinfachung der Befehlsordnung und als einzig berechtigte Reform des Herrenhauses seine Abschaffung. In allseitiger Beseitigung gegen die etwas dunklen Schlüsse des Herrn v. D. Oden am Vortage entwickelte Veinert die Friedensbedingungen der deutschen Sozialdemokratie, um den Staatsmann des Volkes des Volkes zu versichern, der ihm bald den Frieden bringe, nicht den Frieden um jeden Preis, sondern den, der uns und unsere zukünftige Entwicklungsfreiheit sichert.

Zwischen die Reden Veinerts und Cassels, der sich auch in der Ernährungsfrage auf demselben Boden bewegte, wie der Sozialdemokrat, gegen die in neuer Blüte vragenden Ausführenden der Kreis Stieling nahm und sich eingehend mit der Verwaltungsreform beschäftigte, aber auch zum Ausdruck brachte, daß seine Partei — wohl bis auf Herrn Traub! — so ziemlich dasselbe Friedensprogramm hat, wie wir, schloß sich eine neue Auseinandersetzung über die Polenfrage. Der Abg. v. Trompsdorff machte sich die feinerzeit vom Minister so scharf zurückgewiesenen Ausführungen Korsanths zu eigen, fand in der rechtlichen Behandlung der russisch-polnischen Arbeiter und der polnischen Anstaltungs-willigen im Osten die Veranlassung dafür, daß die Ausnahmebehandlung der Polen noch andanere und hatte für das Polenmanifest der Zentralmächte anstatt der vom Minister erwarteten Dankagung nur eine logischen wissenschaftlich-objektive Würdigung. Er schloß mit der Erklärung, daß die Polen mit den Deutschen als freie neben freien leben wollen. Der Minister unterließ es, der Einladung zur Ausprache zu folgen; er begnügte sich damit, die Behandlung der russisch-polnischen Arbeiter zu rechtfertigen und seine wiederholte Erklärung zu wiederholen, daß die Staatsregierung schon jetzt die Polen milde behandle und gewillt sei, nach dem Kriege die Ausnahmebestimmungen zu liquidieren.

Herr Cassel meinte nachher, bei aller Begierde gegen die früher getriebene Polenpolitik müsse er den Polen doch raten, nicht selbst durch ihr Auftreten die Erfüllung der ihnen gemachten Zusagen zu erschweren. Es läßt sich nicht leugnen, daß Trompsdorff und Voebell einigermassen aneinander vorbeigeredet haben.

Heute Freitag geht die Debatte weiter.

Die neuen Kriegskredite.

Verschiedene Blätter wissen zu melden, daß die neue Kreditvorlage die Höhe von 15 Milliarden Mark erreichen wird. Das ist nicht unwahrscheinlich und stimmt auch mit unserer gestrigen Bemerkung, wonach die neue Kreditvorlage die letzte von 12 Milliarden noch übersteigen dürfte, überein. Doch ist unseres Wissens eine endgültige Entscheidung hierüber noch nicht getroffen. — Bisher wurden an Kriegskrediten bewilligt:

1914 August . . .	5 Milliarden Mark
1914 Dezember . . .	5 Milliarden Mark
1915 März . . .	10 Milliarden Mark
1915 August . . .	10 Milliarden Mark
1915 Dezember . . .	10 Milliarden Mark
1916 Juni . . .	12 Milliarden Mark
1916 Oktober . . .	12 Milliarden Mark
zusammen	64 Milliarden Mark

Eine alldeutsche Verlagsgesellschaft.

Eine alldeutsche Redaktionsgemeinschaft ist dieser Tage in Berlin unter dem Namen „Neuzeitliche Verlags- und Treuhandgesellschaft m. b. H.“ beschlossen worden. Nach Ausweis des Handelsregisters bezweckt das Unternehmen Verlagsunternehmungen aller Art, gegebenenfalls auch den Betrieb einer Druckerei; das Kapital beträgt 2 000 000 M. An der Spitze der Gründerliste steht der bekannte Vorsitzende des alldeutschen Verbandes, Reichs-

anwalt Claß, derselbe wird auch als Vorsitzender des Ausschusses genannt. Hauptgeschäftsführer ist Herr von Vietinghoff-Scheel, der gleichfalls im alldeutschen Verband eine führende Rolle spielt. Auch sonst tauchen in der Gründerliste politische Bekannte Namen auf, wie Landgerichtsdirektor Lohmann, Professor Theodor Jaentich und andere mehr. Wie das „V. L.“ erzählt, sollen bereits die „Berliner Neuesten Nachrichten“ und die „Deutsche Zeitung“ von der neuen Gesellschaft erworben worden sein. Beide Blätter spielen im Zeitungsleben nur eine untergeordnete Rolle, das erstgenannte hat bisher durch extreme Vertretung des Arbeitgeberstandpunktes von sich reden gemacht.

Bundesratsarbeit. In der Bundesratsitzung vom Donnerstag gelangten zur Annahme: der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1917, der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Einberufung von Hilfsrichtern zum Reichsmilitärgericht, der Entwurf einer Bekanntmachung über Wohlfahrtspflege während des Krieges, der Entwurf einer Bekanntmachung über den Verkehr mit Knochen usw., der Entwurf einer Bekanntmachung über Druckerarbeiten, die Vorlage über Errichtung von Kriegswirtschaftsräten, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend die Verpachtung der Stunden in der Zeit vom 16. April bis 17. September 1917, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend die Prägung von Pfünzpfennigstücken aus Aluminium, eine Änderung des Artikels 1 der Verordnung, betreffend Loggelde, Fuhrkosten und Umzugskosten der Beamten der Militär- und Marineverwaltung vom 16. Juli 1915, und der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Festlegung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für 1916.

Letzte Nachrichten.

Noch kein preussischer Lebensmitteldirektor ernannt.

Berlin, 15. Februar. W. L. B. meldet: Entgegen den Mitteilungen in der Presse ist über die Ernennung des preussischen Staatskommissars für die Ernährungsfragen noch keine Entscheidung getroffen.

In verschiedenen Blättern war der Name des Unterstaatssekretärs Michaelis genannt worden.

In drei Tagen 75 000 Tonn.

Haag, 15. Februar. Nach einer Berechnung Rotterdammer Reichkreise sind in den letzten drei Tagen 21 Schiffe mit 75 000 Tonn versenkt worden.

Die Versenkung der Sagonian.

London, 15. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nach den zuletzt eingetroffenen Nachrichten über den Untergang des Dampfers Sagonian, der, wie schon gemeldet, versenkt worden ist, ergibt sich, daß 25 Granaten auf das Schiff abgefeuert wurden, bevor es sank. Der Kapitän wurde gefangen genommen, ein Bootsmann ist an den Verletzungen gestorben. Unter den vier Mann der Besatzung, die verwundet wurden, befand sich der amerikanische Staatsangehörige Schgard. Obwohl es 250 Kellen bis zur nächsten Küste war, wurde die Besatzung gezwungen, das Schiff in zwei Booten zu verlassen, die das Land erreichten, nachdem das eine 60 und das andere 25 Stunden auf See gewesen war. Zwei andere amerikanische Staatsangehörige, Elmwood More und John Safford, befinden sich unter den Ueberlebenden, die sämtlich schwer zu leiden hatten, ehe sie gerettet wurden.

Obwohl Renner hierüber vorläufig nichts erwähnt, so scheint doch aus den Einzelheiten seines Berichtes hervorzugehen, daß die Mannschaft des Schiffes bewaffneten Widerstand geleistet und hierdurch selbst ihr Schicksal verschuldet hat.

Neue U-Boot-Erfolge.

London, 15. Februar. London meldet: Die englischen Dampfer „Gileia“ und „Haga“ wurden versenkt. Die Besatzungen wurden gerettet. Renner meldet, daß der englische Fischdampfer „King Alfred“ von einem deutschen U-Boot versenkt wurde. Neun Mann der Besatzung wurden gerettet. Der Kapitän wurde gefangen genommen.

Ausweisung eines deutschen Journalisten aus Amerika.

Bern, 15. Februar. Die Agentur „Radio“ meldet aus Washington: Der Korrespondent der „Allied Press“ in Washington ist ausgewiesen worden, weil er die amtliche Funktion dazu benutzt hat, Pläne einer fremden Regierung zu untersuchen, zu der die Regierung der Vereinigten Staaten die Beziehungen abgebrochen hat. Wilson hat eine Untersuchung angeordnet, weil die Marineverwaltung von verschiedenen Blättern deswegen angegriffen worden ist.

Zur Bewaffnung amerikanischer Handelsschiffe.

London, 15. Februar. „Morningpost“ meldet aus Washington, daß im Kabinett wegen der Bewaffnung der Handelsschiffe Meinungsverschiedenheiten herrschen. Nindens zwei Mitglieder des Kabinetts fürchteten, daß eine solche Bewaffnung einen deutschen Angriff hervorrufen würde. Der Präsident selbst werde über die Frage entscheiden.

Störung der englischen Kohlenausfuhr.

Amsterdam, 15. Februar. In der letzten Woche lag die Zufuhr englischer Steinkohlen in Holland über Amuiden vollständig still. In der vorletzten Woche wurden noch auf diesem Wege 9 457 000 Kilogramm importiert.

Amsterdam, 15. Februar. In Spanien herrscht große Verunsicherung. Seit verschiedenen Tagen ist kein einziges Schiff mit englischen Steinkohlen eingelaufen, welche für die Metallfabriken unentbehrlich sind.

Holländische Kreditforderungen.

Haag, 15. Februar. Der neue Kriegskredit, der dieser Tage angefündigt wurde, wird 127 Millionen Gulden betragen.

Wofür sollen sie in den Tod gehen?

Berlin, 15. Februar. Von dem am 31. Januar aus Portugal nach Frankreich zur See abgegangenen Rammschifftransport sind nach einer spanischen Meldung nur fünf oder sechs Infanterie-Eskadronen an ihrem Bestimmungsort angekommen. Die übrigen Schiffe sind nach Lisbon zurückgeführt. Der Grund ist nicht bekannt. Man vermutet, es sei eine Meuterei ausgebrochen. Die Truppen auf diesen Schiffen, und zwar je ein Kavallerie-, Artillerie- und Infanterie-Regiment sollen diese Woche nach Mozambique befördert werden.

Ein Trost für Lebensmittelfamler.

W. L. B. Haag, 14. Februar. Die Ausfuhr von Rizinussöl ist wieder gestattet.

Petersburger Kuchenbrotverbot.

Bern, 15. Februar. Wie „Temps“ meldet, wurde in Petersburg der Verkauf von Kuchen, Torten und Phantasiedrot verboten.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Von der Gemeinschaftsarbeit der Organisationen im Malergewerbe.

Nurlich konnte über Verhandlungen berichtet werden, die zwischen den Vertretern der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen des Malergewerbes über die Herbeiführung eines gemeinsamen Vorgehens zur Besserung dessen beruhten und sozialer Verhältnisse stattfanden. Durch hierbei festgelegte Richtlinien verpflichteten sich die beiderseitigen Verbände zu folgenden Maßnahmen: die Sicherung und Ausbildung eines Berufsstandes und beruflich leistungsfähigen gewerblichen Nachwuchses; die Festlegung der fachlichen Leistungsfähigkeit der Lehrlinge und Gehilfen; die Förderung gebiegender Arbeit und größerer kunstgewerblicher Ansprüche an das Malerortworte; rechtzeitige Barm für die Beschaffung der erforderlichen Rohstoffe durch Aufhebung von Beschränkungen und zentralisierte Einfuhr; die Förderung des Wiederauflebens der Geschäftstätigkeit und die Arbeitsgelegenheit nach Kriegsende; die planmäßige Verteilung der vorliegenden Arbeiten auf alle Zeiten des Jahres; die Beschaffung der notwendigen Arbeitskräfte und deren Verteilung auf die verschiedenen Teile des Reiches, unter Berücksichtigung der Verhältnisse im Ausland, insbesondere durch den Ausbau und die Veranschaulichung einer geregelten Arbeitsvermittlung, die unter dem notwendigen Einfluss der Unternehmer- und Arbeiterverbände steht; die Befähigung von Preisunterbietungen und die Förderung einer Preisgestaltung, die Meister und Gehilfen eine angemessene Lebenshaltung sichert; endlich die gegenseitige Unterstützung der beteiligten Meister- und Gehilfenverbände, denen anzugehören Pflicht jedes Meisters und Gehilfen ist.

Zeit diesen Beratungen sind die beiderseitigen Organisationsleitungen für die Gemeinschaftsarbeit nicht müde gewesen. Sie haben zunächst zu den Richtlinien bestimmte Anleitungen an die örtlichen Verbände erlassen und diese zusammen mit dem örtlichen Protokoll der erwähnten Konferenz vom 22. und 30. November 1915 in Druck herausgegeben.

Die 60 Seiten starke Schrift bietet eine interessante Lesart über die überaus planmäßig und mit viel Verständnis für die Bedürfnisse des Gewerbes eingeleitete Tätigkeit. Sie zeigt aber auch von dem starken Willen der verantwortlichen Organisationsleitungen in Fragen, bei deren Lösung die sonst bestehenden Interessengegensätze zwischen Arbeiter und Unternehmer kein unüberwindliches Hindernis für gemeinsame Arbeit sind, einen Weg zur Verständigung zu suchen.

In den verbindlichen Anleitungen zu den Richtlinien wird nach einer Einführung in die jetzige Situation des Malergewerbes als erste Aufgabe der örtlichen Organisationsinstanzen festgelegt, daß eine gemeinsame Sitzung von Vertretern der beiderseitigen Verbände stattfindet; weitere sind in gewissen Zwischenräumen oder bei Bedarf einzuberufen. Vertreter der Haupt-, Gau- oder Bezirksverbände können an diesen Beratungen teilnehmen. In der ersten Sitzung ist die Lage des Gewerbes zu erörtern und festzusetzen, welche Punkte der Richtlinien nach Lage der örtlichen Verhältnisse sofort ausgeführt, welche durch Vorarbeiten im Angriff genommen und welche zunächst — etwa bis Friedensschluss — zurückgestellt werden müssen. Dabei soll immer beachtet werden, daß auch zu den vorzunehmenden Arbeiten beide Parteien heranzuziehen sind, es sei denn, daß bestimmte Aufträge einzelnen Vertretern der Meister oder Gehilfen besonders übertragen werden.

Zur Lehrlingsfrage heißt es: „Es ist nicht beabsichtigt, den Annungen und Handwerkskammern ihre gesetzlichen Obliegenheiten zu beschneiden; dagegen werden diese Körperschaften bei richtiger Würdigung der in den Richtlinien zurunde liegenden Absicht einer Unterstützung und Ergänzung ihrer Tätigkeit durch unsere Vertreter sicherlich nicht widerstreben.“

Auch bei der Veranschaulichung und Lehrstellenvermittlung sollen die beiderseitigen Verbände mitwirken. Bei der Anwerbung von Lehrlingen soll auf die körperlichen und geistigen Fähigkeiten der Lehrlinge geachtet und sollen die Vork- und Schichtenzeiten des Malerberufes gleichmäßig herangezogen werden. Wer nicht mindestens die zweite Klasse einer Volksschule oder Gemeinderichte (Bürgerrechte) erreicht hat, soll in der Regel zur Erlangung des Malerberufes ungeeignet gelten. — Bei der Überwachung des Lehrlingswesens sollen allgemein fachgewerbliche, soziale und sittliche Gesichtspunkte maßgebend sein und soll auf die Durchführung der die Lehrlingsausbildung regelnden gesetzlichen Bestimmungen geachtet werden. — Die Entscheidung für die Lehrlinge soll so bemessen werden, daß sie sich den bestehenden Lebensverhältnissen anpaßt und im Einklang mit den in anderen gleichartigen Berufen gezahlten Entschädigungen steht.

Besonders vielseitig und interessant sind die Anleitungen darüber, wie die fachliche Leistungsfähigkeit der Lehrlinge und Gehilfen gefördert werden soll. Die Förderung des Bedürfnisses nach gebiegender Arbeit und größeren kunstgewerblichen Ansprüchen an das Malergewerbe soll u. a. durch mündliche Aufklärung bei den Auftraggebern, durch Vorträge und durch die Tagespresse, wissenschaftliche Familien- und Unterhaltungschriften und durch eine allen Anforderungen gerecht werdende Kodex erreicht werden.

Auch die Hinweise auf die Art, wie die erforderlichen Handmaterialien und die Arbeitsgelegenheit beschafft und die vorliegenden Arbeiten auf alle Zeiten des Jahres verteilt werden sollen, sind sehr instruktiv. Die Verteilung der Arbeit auf das ganze Jahr soll auch durch Aufklärung darüber herbeigeführt werden, daß bei dem heutigen Stande der Licht- und Heizeinrichtungen eine Veranlassung mehr vorliegt, besonders bei größeren Arbeiten im Innern von Räumen im Winter und zwar auch bei größerer Kälte die Tätigkeit des Malergewerbes einzustellen.

Ziel Beachtliches enthalten die Anleitungen über die Notwendigkeit gleichmäßiger Verteilung der vorhandenen Arbeitskräfte und den notwendigen Ausbau und die Ausbreitung von den beiderseitigen Organisationen anerkannter Arbeitsnachweise. Die Vermittlungstätigkeit, so heißt es, „muss durchaus unparteiisch sein. Arbeitsvermittler, die berufliche Kenntnisse besitzen, sind als besonders geeignet anzusehen.“ Den beiderseitigen Organisationen muß es bei städtischen oder staatslichen Arbeitsnachweisen möglich sein, die Tätigkeit des Nachwuchses durch ihre Vertreter zu beobachten, Beschwerden zu prüfen und auf Abhilfe von Mängeln zu dringen.

Auch für die Bekämpfung der Preisunterbietungen, ein Gebiet, auf dem sich im Malergewerbe die Organisationen schon seit Jahren gemeinsam betätigen, werden eine Reihe besonderer Vorschläge gemacht, von denen man sich im Laufe der Zeit wesentliche Verbesserungen verspricht.

Und zum Schluss der Richtlinien heißt es erläuternd: „Die Gemeinschaftsarbeit zum Nutzen des Gewerbes und seiner Angehörigen kann nur von Erfolg sein, wenn sie sich gründet auf starke Meister- und Gehilfenverbände und auf gegenseitige Achtung und Unterstützung. Darum muß, unbeschadet aller sonst bestehenden Interessenunterschiede, alles unterbleiben, was die Entwicklung der beiderseitigen Verbände fördern und die Verbändezugehörigkeit der einzelnen Berufsgenossen erschweren könnte.“

Hoffentlich findet das hier aufgestellte Programm für eine verständige, planmäßig eingeleitete Organisationsarbeit allseitige Beachtung.

Die durchgehende Arbeitszeit in den Banken.

Der Verband der Bankbeamten richtet einen Aufruf an die Banken und Bankbeamten zur Herbeiführung der durchgehenden Arbeitszeit. In diesem heißt es u. a.:

Die bisherigen Erfahrungen haben gelehrt, daß bei durchgehender Arbeitszeit und rechtzeitiger Beendigung derselben die Leistungen des einzelnen nur erhöht werden. Das zeitraubende Hin- und Herfahren am Mittag, die Nachteile der längeren Arbeitsunterbrechung lassen im Vergleich, ganz abgesehen davon, daß diese unterbrochenen Pausen gleichzeitig eine erhebliche Entlastung unserer in den

Großstädten unzureichenden Verkehrsmittel mit sich bringen würden. Auf der anderen Seite braucht den Banken kein Nachteil zu erwachsen, wenn die Vorkenverhältnisse der Neuregelung angepaßt werden. Der Einwand, daß mit Rücksicht auf die zwischen 12 und 2 Uhr stattfindende Pausen der Preisrückgang nicht möglich sei, ist nicht stichhaltig, denn gerade in der Kriegszeit ist eine zeitliche Verlegung der Vorkasse auf frühere Tagesstunden ohne jede Schwierigkeit möglich. Da jede Verbindung mit den außerordentlichen Plätzen ohnehin nicht in Frage kommt, wäre es nur eine Frage der Bewohnung, die Vorkasse zum Beispiel von 11 bis 1 Uhr abzuhalten. Ein weiteres Hindernis soll das Eintreffen der Pausen sein. Inbesseren lassen sich doch wichtige Vorkassenträger immer durch Telegramm übermitteln. Die Vorkasse kann also nicht den Gesamtdruck bilden, der die sonst so notwendige Herabsetzung der Arbeits- und Vorkassenzzeit in den Banken undurchführbar machen soll.

Ausland.

Die tschechisch-autonomistischen Gewerkschaften, die sich vor Jahren von der österreichischen Gewerkschaftsbewegung abgetrennt haben, berichten über einen Mitgliederverlust von 72 Proz. im Jahre 1915 — gegen 52 und 58 Proz. bei den Zentralverbänden in Oesterreich und Deutschland. Das Gesamtvermögen der 50 Verbände betrug Ende 1915 nur 1,4 Millionen, davon nur drei über 100 000 Kronen; nur der Eisenbahnerverband hat etwas über 5000 Mitgliederbestand, nur sieben Verbände mehr als 1000. Wenn also Grund für die Trennung seinerzeit die Erhöhung der Arbeitskraft durch rein tschechischen Charakter angegeben wurde, so haben die Autonomisten die Probe sehr schlecht bestanden.

Aus der Partei.

Die Gründung der Oppositionspartei.

Während die Wortführer der Opposition in ihren Reden — ganz im Gegensatz zu ihren Taten — die Absicht einer Parteispaltung in Abrede stellen, kommt doch zuweilen durch den Mund ihrer diplomatisch weniger geschulten Anhänger die Wahrheit an den Tag. In Potsdam hat am 6. Februar eine Volksvereinsversammlung stattgefunden, die sich auf den Boden der entschiedensten Opposition gegenüber der Politik der Reichsregierung stellte. In der angenommenen Resolution heißt es:

Der Ortsverein Potsdam ruft die gesamte Opposition zu einmütigen und geschlossenem Handeln auf. Er rät, sofort eine neue Reichskonferenz der Opposition zusammenzubringen, welche die vorbereitenden Maßnahmen trifft, um jeder etwaigen Gewaltmaßregel des Parteivorstandes mit einseitlichen und geschlossenem Handeln entgegen zu wirken. Der Ortsverein regt die Konstituierung einer über das Reich sich erstreckenden sozialdemokratischen Partei aller Richtung an, die alle auf dem Boden des Erklärungsprogramms der Reichskonferenz und der internationalen Kongresse stehenden Genossen organisatorisch vereinigt, sofern der Parteivorstand kein statutenwidriges Verhalten wahrnimmt. Partei liegt gegenüber den Fortschrittsabsichten des Parteivorstandes allein die Rettung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und ihrer Stellung in der internationalen Arbeiterbewegung.

Mit dieser Resolution ist die Parteispaltung klar und klar konkludiert. Das ist nicht etwa Spaltungskunde, sondern in der Hauptsache Arbeitsgemeinschaften waren, die diesen Befehl folgten, geht zur Genüge daraus hervor, daß Referent zu dieser Resolution jener Stadt war, der seinerzeit von der Arbeitergemeinschaft als Kandidat im Wahlkreis Potsdam-Ostbavelland vorgeschlagen wurde.

Beschwerde an die eigene Adresse. In langen Ausführungen lamentiert die „Leipziger Volkszeitung“ darüber, daß nicht nur in Spandau-Ordnungsland, sondern auch im 2. Berliner Landtagswahlbezirk die Partei mit eigenen Kandidaten besetzt und der Spaltungskampf das Mandat keineswegs zu überlassen gewillt ist. Diese Enttäuschung zeigt entweder von einem sehr kurzen Gedächtnis oder von einer bewundernswürdigen Naivität. Man scheint in Leipzig gar nicht mehr zu wissen — oder will man es jetzt nicht mehr wissen —, daß die Spaltungskampagne schon in ihren letzten Tagen zur Oppositionskonferenz im Entschluß ausgesprochen hatte, den Kandidaten der Partei überall eigene Kandidaten entgegenzustellen. Mit welchem Fanatismus die Gruppe diesen ihren Beschluß in die Tat umzusetzen strebt, beweist zur Genüge jene Dringliche Gemeindevorstandswahl, bei der das demwürdige Plakat lautete: „Nicht wählen, wir haben keine Kandidaten.“ Es waren nämlich nur Kandidaten der sozialdemokratischen Partei, aber keine Spaltungskandidaten aufgestellt. Das alles tut und treibt man ungeniert, wird aber der Spiegelfechtel umgedreht, so geht man hin und heret Jetermordio. Es kann nicht nachdrücklich genug betont werden, daß den Spaltungskampagnen mit der Entgegenhaltung von Parteikandidaturen nur ihr eigener Wille erfüllt wird.

Aus Industrie und Handel.

Aus der deutschen Seefahrt.

Die Nationalbank für Deutschland hat für ein feiner Zusammenziehung noch nicht näher bezeichnetes Konfordinar mehr als drei Viertel der Aktien der Widmers Reederei und Schiffbau-A.G. aus dem Familienbesitz des alten Bremer Handelshauses Widmers erworben. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 18 Millionen. Damit verfallen die Widmers-Aktien demselben Schicksal wie die Bozmannlinie, die bekanntlich von Sapog (Sapog-Amerika-Paket-Schiffbau-A.G.), Alsh und Haines angekauft worden ist.

Die Firma Widmers, Reederei und Schiffbau-A.G., beschaffte sich selbst selbst gebaute Dampfer mit etwa 50 000 Brutto-Registertonnen in der ostasiatischen und Pazifikfahrt und unterhielt auch eine ständige Linie. Ihr gehörte der fünfmalige A. S. Widmers, der mit 548 Brutto-Registertonnen das größte Segelschiff der Welt war und in der Reisefahrt benutzbar wurde. Das übernehmende Konfordinar wird wohl besonders die Westfahrten zu entwickeln suchen.

Ueber die Regierungspläne zur Unternehmung der deutschen Schiffsahrtsgesellschaften wird mitgeteilt, daß Darlehen in der Höhe von mehreren hundert Millionen Mark gewährt werden sollen, von denen ein Teil zinsfrei, ein anderer zinspflichtig ist. Die Tilgung, für die keine einseitlichen Katen festgesetzt worden sind, soll nach 20 Jahren beginnen.

Nach dem „Berliner Tageblatt“ sind Schiffsahrtskreise von der Verpflichtung nicht befreit, sofort eine größere Zahl von Schiffen zu bauen, da die Baukosten für den Frachtraum während des Krieges von 150 bis 180 Mark auf 400 bis 500 Mark gestiegen sind und so teuer gebaute Schiffe bei Wiederkehr normaler Frachtraum — und nach dem Kriege wird wohl ein plötzlicher Frachtraum erfolgen — nicht rentabel sein dürften.

Diesen Einwendungen, die auch vielleicht nur erhoben werden, um den Reichstag möglichst mild zu stimmen, ist aber entgegengehalten, daß ein Teil der gewährten Darlehen zinsfrei ist und daß sich deshalb auch bei teureren gebauten Schiffen unter niedrigeren als den jetzt geforderten Frachtraumrentabilität erzielen läßt. Die Unterstellungen werden eben nicht den Schiffahrtsgesellschaften zufließen, sondern zur Sicherung des für die deutsche

Volkswirtschaft nach dem Kriege notwendigen Frachtraum gewährt. Im übrigen sorgen die Kriegsverhältnisse schon dafür, daß nicht zu schnell und zuviel Handelsdampfer gebaut werden.

Ein Veto gegen Kapitalerhöhungen.

Der preussische Handelsminister wünscht, daß Aktiengesellschaften nicht zu Kapitalerhöhungen schreiten, die nicht dem Zwecke der Kriegswirtschaft dienen oder die sich vermeiden lassen, weil die Gesellschaften über ausreichende flüssige Mittel verfügen. Werden trotzdem Aktien ausgegeben, so sollen sie nicht zum Börsenhandel zugelassen werden. Obwohl sich die anderen Bundesstaaten diesem Vorhaben nicht angeschlossen haben, so hat es doch für das ganze Reich Bedeutung, da die größeren Aktiengesellschaften natürlich Wert auf die Notierung ihrer Aktien an der Berliner oder Frankfurter Börse legen.

Der neue Erlass des preussischen Handelsministers ist zu begrüßen, weil er dem Umfang ein Ende macht, daß Aktiengesellschaften, die in Kriegsgewinnen erlitten, wie z. B. die Köln-Rottweiler Sulzerfabriken, die Hirsch Kupfer- und Messingwerke, die Eisenfelder Glasstofffabriken, ihren Aktionären überaus wertvolle Bezugsrechte auf neue Aktien einräumten. Dadurch wird der Volkswirtschaft unnötig Kapital entzogen und den Aktiengesellschaften die Verpflichtung auferlegt, das erhöhte Aktienkapital in den ganz unübersichtlichen Lebensverhältnissen zu verzinsen.

Die Kosten der Kapitalerhöhungen. Die bevorstehende Kapitalerhöhung der Deutschen Bank wird erhebliche Kosten verursachen. Bei dieser Gelegenheit erinnert das „Berliner Tageblatt“, daß die Diskontogesellschaft für ihre letzte Kapitalerhöhung von 200 auf 300 Millionen Mark nicht weniger als 6 181 000 Mark Kosten hatte, wovon 5 043 375 Mark auf Reichstempel entfielen. Die Erhöhung des Aktienkapitals der Deutschen Bank- und Munitionsfabrik im Jahre 1914 von 15 auf 30 Millionen Mark kostete 741 250 Mark, die Kapitalerhöhung der Hirsch Kupfer- und Messingwerke Ende 1916 von 5 auf 15 Millionen Mark „nur“ 267 050 Mark. In diesen statistischen Beiträgen sind nur die unmittelbaren Kosten eingerechnet, nicht aber jene, welche sich aus den geschäftlichen Folgen ergeben.

Die amerikanischen Lebensversicherungsgesellschaften „New York“, „Germania“, „Equitable“ und „Mutual“ haben in Deutschland zahlreiche Kunden, die aber von den politischen Verwicklungen nichts zu befürchten haben, da die Gesellschaften für ihre Verpflichtungen mündelsichere deutsche Papiere hinterlegt haben, über die ohne Erlaubnis des kaiserlichen Konsulats für Privatversicherungen nicht verfügt werden darf. Prämien müssen weiter gezahlt werden, da sonst die Ansprüche verfallen.

Sachsen und die Verstaatlichung der Elektrizitätsversorgung. Sachsen will von der Stadt Borna Braunfelsenfelder zum Preise von 4500 Mark für den Acker kaufen und zur Elektrizitätsversorgung Westsachsens ein großes Ueberlandwerk errichten.

Berichtszeitung.

Die vertragliche Ausföhrung des Rechtsanspruches auf eine Sondervergütung ist unstatthaft.

In den in diesem Jahre besonders zahlreichen Prozessen wegen der Weichschiddervergütung der Abschlussgratifikation ist es auch jetzt zu einer halbwegs einheitlichen Rechtsprechung leider noch nicht gekommen. Dem Berliner Kaufmannsgericht nehmen die einzelnen Kammer einen entgegengekehrten Standpunkt ein. Am weitesten in der Aufhebung einer Abschlussgratifikation ist das Kaufmannsgericht Breslau gegangen, wie aus einem in der letzten Nummer des amtlichen Organes der Kaufmanns- und Gewerbegerichte Deutschlands veröffentlichten Urteil hervorgeht. Dort lagte der Angeklagte eines Großunternehmers 300 Mark anteilige Abschlussvergütung für drei Viertel Jahre ein, nachdem er die Vergütung in den beiden vorangegangenen Jahren antwortlos ausgezahlt erhalten hatte. Die klagende Gesellschaft stütze sich auf den Wortlaut des Vertrages, nach welchem die Zahlung der Gratifikation in das freie Belieben der Direktion gestellt sein sollte und festgesetzt wurde, daß der Gehilfe einen Rechtsanspruch auf die Sondervergütung nicht habe. Der Kläger betonte demgegenüber, daß er bei dem niedrigen Gehalt von 1600 Mark pro Jahr mit der Abschlussgratifikation, die den sechsten Teil seines Einkommens ausmachte, rechnete. Das Kaufmannsgericht billigte dem Kläger auch die einseitige Sondervergütung zu, indem es die den Rechtsanspruch ausschließende Vertragsklausel für nichtig erklärte. Eine derartige Umdeutung, wonach der Gehilfe mit einem nicht unerheblichen Teil seines im ganzen mäßigen Einkommens auf die Gnade des Prinzipals angewiesen sei, verstoße gegen die guten Sitten. — Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde vom Landgericht Breslau verworfen.

Ein Feind der Höchstpreise ist der Landwirt Kallied in Rahlow, der mit seiner Tochter, Frau Fischer, sich vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten hatte. In den Angeklagten kam ein Leutnant d. R. im September, um einen Jentner Pflanzensamen zu kaufen. Der geforderte Preis von 20 Mark übertraf die Leutnant, so daß er die Tochter darauf aufmerksam machte, daß sie doch wohl im Preisblatt gelesen habe, daß der Höchstpreis 10 Mark betrage. Frau Fischer erwiderte: „Das Preisblatt lesen wir nicht, im übrigen muß ich erst den Vater fragen.“ Als dieser herbeikam, erklärte er laienrechtlich: „Ich kann für 10 Mark keine Pflanzensamen geben; das ist kein Preis, bei dem ein Landwirt bestehen kann.“ Der Leutnant war über die Forderung so empört, daß er antwortete: „Wenn sich die Herren so verhalten, dann kann man es dem Staate nicht über nehmen, wenn er die Landesprodukte mit Verfall belegen läßt.“ Darauf erwiderte Kallied: „Ehe ich mein Obst beschlagnahmen lasse, würde ich lieber die Bäume umhauen oder die Pflanzensamen verkaufen lassen.“ Das Schöffengericht hatte in den Auseinandersetzungen der beiden Angeklagten die Befundung einer besonders niedrigen Gefinnung erklährt und den Vater zu 50 Mark, die Tochter zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Hiergegen war von den Angeklagten Berufung eingelegt worden, die jetzt von der genannten Strafkammer verworfen wurde.

Konzeptionsentziehung. Wegen Störung des Ehegatten, begangen zur Zeit des Russeneinsatzes, war der Soldat Sorozig in Allenburg zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Er hatte, als viele Einwohner vor den Russen flohen, umherlaufende Pferde entzogen und sich angeeignet. In einem Verfahren auf Konzeptionsentziehung, das gegen S. eingeleitet wurde, verwertete die Polizeiverwaltung jenen Vorfall. Das Oberverwaltungsgericht als letzte Instanz war mit dem Bezirksauspruch der Meinung, daß schon dieser Fall ganz allein genügen würde, die Konzeption zu entziehen. Denn aus dem Plünderungsdiebstahl müsse geschlossen werden, daß von S. zu befürchten sei, er werde das Ehegattenvermögen zur Förderung der Heilerei verwenden. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte die vom Bezirksauspruch ausgesprochene Konzeptionsentziehung. Im übrigen wurde noch ausgesprochen, daß die ebenfalls festgestellte Verleitung einer Kellnerin zu Intimitäten auch für sich allein die Entziehung der Konzeption rechtfertigen würde.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reichenau; für Anzeigen: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Friedrichs-Verlag, Berlin. Verlagsankalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Abgeordnetenhaus.

38. Sitzung, Donnerstag, 15. Februar, 11 Uhr. Am Ministertisch: von Loebell. Die zweite Lesung des

Staats des Ministeriums des Innern

wird fortgesetzt.

Abg. Leinert (Soz.)

Spricht zunächst über Ernährungsfragen. In den Städten wird alles rationiert, die Regelung aber macht Halt vor der Kreisverwaltung. Gewiß ist es schwer, in jedem Dorf für Beachtung aller Verordnungen zu sorgen. Aber dann muß die bestehende Organisation eben weiter ausgebaut werden, und zwar in einer Weise, die auch auf dem Lande die Ablieferung überflüssiger Lebensmittel erzwingt. Das geschieht wirksam nicht durch hohe Geld- oder lange Gefängnisstrafen, die ja immer erst nach Ablauf geraumer Zeit verhängt werden. Vielmehr muß der Jüngling ausgebildet werden durch Entziehung des Rechtes auf Hausachtungen und ähnlicher Vorrechte. Mit Worten allein kann nichts mehr erreicht werden. Wenn in dieser Weise auf dem Lande durchgegriffen wird, dann wird auch in den Städten wieder Vertrauen zu einer gerechten Lebensmittelverteilung geweckt werden. In allen Städten müssen Lebensmittelämter errichtet werden, die allen Kreisen der Bevölkerung Einblick in die noch vorhandenen Mengen gewähren. Sie müssen frei von aller Bürokratie sein und sich aus Angehörigen aller Berufe zusammensetzen. Solche Ämter haben für Aufklärung zu sorgen und können in vieler Beziehung auch beruhigend wirken. (Sehr richtig! links.) Bei einer Beachtung dieser Maßnahme werden wir auf dem Gebiet der Ernährung besseren Zeiten entgegengehen, als wir hinter uns haben. Zeit soll ja auch ein preußischer Lebensmitteldeklarator geschaffen werden. Solange dieser Staatskommissar keine Sperrungswelt hat, wird er nichts durchsetzen können, zumal bei dem schleppenden Gang, in dem unsere Bürokratie arbeitet. Die Gemeinden müssen sich unter Ausschaltung aller übrigen Regierungsinstanzen direkt an den Staatskommissar wenden können. Dann wird auch vermieden werden, daß der Staatskommissar weiter nichts ist, als der Prägelohne für die verschiedenen Ministerien.

Der Abg. Ding hat gestern von den wohlthätigen Wirkungen des Spargzwanges für die Jugendlichen

gesprochen. Wir sind keine Freunde dieses Spargzwanges. Galt man ihn aber für notwendig, dann muß er auch gelten für die Söhne der Feudalen, die in obskuren Lokalen der Großstädte ihr Geld verprassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man denke auch an die blutigen Leutnants, die jetzt plötzlich Hunderte von Mark in die Hände bekommen und damit nichts anzufangen wissen. Auch an ihnen sollte man nicht vorübergehen. Auf der anderen Seite ist man soweit gegangen, Ritter des Eisernen Kreuzes unter den Spargzwang zu stellen. Wir halten den Spargzwang direkt für ungesegnet, denn nach der Reichsgewerbeordnung muß der Lohn in bar ausgezahlt werden. Diese Vorschrift kann nur durch ein Reichsgesetz geändert werden.

In der letzten Zeit sind auch sozialdemokratische Stadträte bedrängt, und damit ist ein altes Unrecht gutgemacht worden. Aber mit der Bestätigung des einen oder anderen Sozialdemokraten durch den jetzigen Minister ist es nicht getan. Minister kommen und gehen oder ändern auch ihre Ansichten. Und gemüthliche Ministerialerlässe nicht, wir fordern die gänzliche Befreiung der Verhältnisse der Verwaltungsbeamten. Solche Reformen können aber nur Erfolg haben, wenn von Grund aus eine Neuorientierung erfolgt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dabei fordern wir auch für die Gemeindevorstände das

allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht,

verbunden mit der Verhältniswahl. Die Bewegungsfreiheit der Gemeinden darf nicht zu sehr beschränkt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen nicht eine Selbstverwaltung etwa als Geschenk für politische Wohlverhalten, sondern eine tatsächliche Selbstverwaltung. Wenn alle Schichten des Volkes an der Verwaltung beteiligt werden sollen, muß dem Tüchtigsten die Bahn frei gemacht werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ohne Heranziehung der Arbeiterklasse, der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, wäre die Durchführung der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen nicht möglich gewesen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aus den Erfahrungen des Krieges wird man hoffentlich erkennen, daß es in Friedenszeiten das schlimmste Unrecht gewesen ist, die Mitwirkung der Arbeiterschaft nicht nur nicht gesucht, sondern zurückgewiesen zu haben. Der Minister hat sehr richtig gesagt, die Polizei könne nicht erzüchert werden. Aber bisher hat sich die Polizei gerade als die große Volkserzieherin gefühlt. Freilich haben ihre Maßnahmen immer das Gegenteil von dem bewirkt, was sie erzielen wollten. Zensur, Pressezensur, Bekämpfung der Schundliteratur, Konjunktionsierung des Kinobetriebs sind eigentlich alles keine Aufgaben der Polizei. Die Schundliteratur ist ja während des Krieges durch die Generalammandos etwas wirksamer bekämpft worden. Zu ihr gehören aber auch die vielen Kriegsbücher, die mit schönen Umschlägen ausgestattet, schlecht gedruckt und mit unwahrscheinlichen und unwahrscheinlichen Erzählungen ausgefüllt zu Hunderttausenden in die Familien wandern. Um dieser Vergiftung des Volkes entgegenzutreten, gehört nicht polizeiliches Eingreifen, sondern Freiheit der Aufklärung. Die Selbstzensur des Volkes ist nur möglich, wenn das Volk alle Freiheit hat, um sie durchzuführen. — Eine Reihe von Errungenschaften des Krieges wird auch im Frieden nutzbar gemacht werden können, z. B. das Nachschußverbot. Dagegen darf die Verkürzung der Polizeistunde nicht beibehalten werden. Auch die Einmischung der Polizei in wirtschaftliche Kämpfe muß beseitigt werden. Polizeiliche Verordnungen dürfen sich nicht gegen Staatsbürgerrechte richten. Zur Neuorientierung gehört ferner die Abschaffung der Synchronisation, dieses schlimmsten Stück Mittelalters in der modernen Zeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Freies Koalitionsrecht für alle Arbeiter! Davon gehen wir nicht ab. Da gibt es kein Kompromiß. Ueberhaupt muß jede Politik der Ausnahmegesetze auch gegen Polen, Dänen usw. beschwunden.

Nun zum Wahlrecht. Abg. Lohmann bezeichnete seine Lösung als die wichtigste Aufgabe, darin stimmen wir ihm zu. Warum aber die Frage nicht während des Krieges gelöst werden könnte, versteht ich nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unter allen Umständen muß sie vor den nächsten Wahlen entschieden werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unter diesem Wahlrecht darf nicht noch einmal gewählt werden, das wäre eine Befreiung und Veröhnung der großen Masse der Kriegsteilnehmer.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der durch Kriegsgewinn gefüllte Geldsack darf über die Verteilung hier im Hause nicht entscheiden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es sind nun verschiedene Ideen ausgedacht worden, wie das Volk um das allgemeine geheime und direkte Wahlrecht bezogen werden kann. Man gewinnt den Eindruck, daß diejenigen, die solche Vorschläge machen, nur immer daran denken, wie sie sich selber eine Bevorzugung im Wahlrecht verschaffen können. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir weisen solche Vorschläge

a limine ab. Das mindeste was in Preußen geschaffen werden kann, ist das Reichstagswahlrecht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts!) Sie lachen, aber die Erfahrungen des Krieges haben bewiesen, daß auch die Frauen auf die Dauer nicht ohne Wahlrecht bleiben können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So wie jeder Vorschlag, in das Reichstagswahlrecht Bevorratungen gewisser Kreise einzufügen, einen Sturm der Entrüstung, so fürchtbar, wie ihn das deutsche Volk noch nicht erlebt hat, entfachen würde (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), so dürfen auch solche Vorschläge in Preußen keinen Boden finden. Alle Vorschläge, das Wahlrecht abzukürzen, vertreten nur die Angst vor der Gefinnung des Volkes, auch der Kriegsteilnehmer. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Jellisch meinte, wenn zu tief gepflügt werde, komme der schlechte Boden nach oben. Ich frage, ist das etwa schlechter Boden des Volkes, der von Pländern bis zu den Bogenen, vom Rigaer Meerbusen bis nach der Donaumündung und im Sperrgebiet der Meere unsere Heimat verteidigt? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Diese Leute tragen nicht Entbehrungen aller irdischen Art, um die Vorrechte einer Minderheit im Innern des Landes zu verteidigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nein, es muß gerade tiefer gepflügt werden, um das Unkraut, das oben wächst, herunterzubringen, das sind die Klassenvorrechte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die „Deutsche Tageszeitung“ hat geschrieben, die erdrückende Mehrheit der im Felde Stehenden würde die Einführung des Reichstagswahlrechtes als ihre politische Entrechtung ansehen. Beziehen etwa die Millionenheere draußen in ihrer Mehrheit aus Wählern erster und zweiter Klasse, die doch nur 14 Proz. der Wähler umfassen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nicht die Verkürzung der Privilegien ist ein Unrecht, sondern die Privilegien selbst sind das schlimmste Unrecht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ist es gerecht, daß

ein Kriegsteilnehmer 100 Kriegsteilnehmer niederstimmen kann. Die Soldaten verlangen das gleiche Wahlrecht nicht als Geschenk, wie Herr v. d. Osten meinte, sondern als ihr Recht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Minister hat gestern manch schönes Wort gesprochen, das weit von der Ministerbank noch nicht gehört haben. Er sagte, der Geist der preussischen Verwaltung muß ein freierwilliger werden. Damit hat er bestätigt, daß das bisher nicht der Fall war. Wir antworten diese Anerkennung unserer Kritik. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und kommt es vor allem darauf an, daß seinen Worten die Taten folgen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem muß sein Wort von der vorurteillosen Gerechtigkeit in die Tat umgesetzt werden. Freilich, die Konservativen sahen bei diesem Teil seiner Rede stumm wie die Fische dabei. Sollte die Ranzlerkrone ihr Ziel erreichen, dann wird wohl auch Herr von Loebell nachfliegen müssen. Herr von der Osten stellte gestern die Stimmung des 4. August 1914 und 1. Februar 1917 zusammen. Damit ist er den geschichtlichen Ereignissen nicht gerecht geworden. Nein, es war der 12. Dezember vorigen Jahres,

der Tag unseres Friedensangebotes,

an dem eine der Stimmungen der Augusttage ähnliche Stimmung durch das ganze Volk ging. Das war der weltgeschichtliche Tag, an dem sich das ganze Volk wieder einmal einzig zusammengesunden hat. Die Antwort der Entente darauf hat wie ein Blitzschlag in das Ansehen des deutschen Volkes gewirkt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Alle kamen zum Bewußtsein: wir kämpfen um nichts, als unter nacktem Leben und unter klösel Dasein. Und nun erst hat sich in Deutschland die ungeheure Entschlußkraft entwickelt, das Leben zu verteidigen und unsere Gegner zum Frieden zu zwingen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Von großsprecherischen Annoncenplänen wollen wir nichts wissen. Wir wollen keinen Frieden um jeden Preis, wir wollen einen Frieden, der dem deutschen Volke die Unversehrtheit seiner Landesgrenzen, die wirtschaftliche Selbstständigkeit und die nationale Entwicklungsfreiheit für alle Zukunft sichert. Das Vertrauen des Volkes wird sich der Staatsmann erwerben, der nach allen Mitteln sucht, um einen ehrenvollen Frieden für Deutschland zu erreichen, der dem gesamten deutschen Volke zum Heil gereicht und der uns die Freundschaft der ganzen Welt sichert. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Traumbühnke (Polen):

Wir Polen fordern kein Wohlwollen von der Regierung, sondern Rechte. Der Abg. Korfanth hat neulich mit keinem Wort den Standpunkt eines preussischen Staatsbürgers verlassen und nicht mehr verlangt, als was die Verfassung den Polen zuspricht. Seine Rede mag scharf gewesen sein, aber nicht in Ton, sondern in der unangenehmen Zusammenstellung der Tatsachenstoffe. Das ist nicht unsere Schuld. Der Minister hatte keine Verantwortung zu dem von ihm angefügten Ton. Wir wären bereit, einen Strich unter die Vergangenheit zu machen, wenn nicht Tatsachen vorliegen würden, die uns die Wiederkehr der früheren Zustände befürchten lassen. Wir können in die ausgestreckte Hand des Ministers nicht einschlagen, solange er in der anderen Hand den Dolch des Ausnahmegesetzes versteckt hält. Das

Manifest über die Gründung des Königreichs Polen

unterschrieben wir nicht. Es ist ein genialer Schachzug zur Beschleunigung und Sicherung des europäischen Friedens. Die Regierung hat es aber ostentativ vermieden, vor dem Manifest mit den berufenen Vertretern des polnischen Volkes in Verbindung zu treten, sie hat das polnische Volk nur als Objekt betrachtet. Wir wollen nichts weiter, als mit den Deutschen als Freie mit den Freien zu leben. Eine offene Aussprache kann die Mißverständnisse nur beseitigen. (Beifall bei den Polen.)

Minister des Innern von Loebell:

Der Vorredner hat verübt, das Vorgehen des Abg. Korfanth zu rechtfertigen. Ich muß deshalb daran erinnern, daß ich verschiedene Male in nachdrücklicher Weise erklärt habe, daß die Regierung beabsichtigt, sobald nach dem Kriege den Wünschen der preussischen Staatsangehörigen polnischer Nationalität nach Möglichkeit, soweit die deutschen Interessen es zulaßen, entgegenzukommen. Diese Erklärungen waren deutlich und konnten nicht mißverstanden werden. Inzwischen ist im November die feierliche Proklamation des Königreichs Polen erfolgt. Nach allen diesen Vorgängen und nachdem die Verwaltungspraxis gegenüber den preussischen Staatsangehörigen polnischer Nationalität eine außerordentlich milde gewesen ist, hielt es der Abg. Korfanth für angebracht, am 19. Januar hier eine Rede zu halten, die nur als Kriegserklärung aufgefaßt werden konnte. Da er ausdrücklich erklärte, im Namen seiner Fraktion zu sprechen, so war eine scharfe Antwort durchaus notwendig. Im übrigen werde ich mich durch dieses Vorkommnis nicht beirren lassen, weiterhin milde Prozeß zu handhaben, und ich hoffe, daß die Polen überreift nur auch zu einer anderen Auffassung kommen, die der Haltung der Regierung Rechnung tragen. (Beifall.)

Abg. Cassel (Sp.):

Alle Staatsbürger müssen gleich behandelt werden. Das muß auch bei den Polen gelten, selbst wenn sie zur Regierung in Opposition stehen. Die Ausnahmegesetze gegen die Polen hätten schon während des Krieges abgemacht werden müssen, jedenfalls müssen sie nach dem Kriege sofort fallen. Die Landesbevölkerung hat leider vielfach ihre Pflicht in der Versorgung der Städte mit Lebensmitteln nicht

getan. Das zeigen mit voller Deutlichkeit verschiedene sehr energische Erlasse von Landräten an ihre Kreise. Die Beamtenstellen dürfen nur nach der Tüchtigkeit besetzt werden. Ebenso wie den Katholiken muß man auch den Juden entgegenkommen, die in der höheren Verwaltung überhaupt nicht vertreten sind. Eine Reform des Herrenhauses ist notwendig, auch Arbeiter sollten darin vertreten sein. Das Ernennungsrecht des Königs wünschen wir aber nicht zu beschränken, da es das einzige Mittel ist, um zu große Gegensätze zwischen dem Abgeordneten und dem Herrenhaus auszugleichen. Die Notwendigkeit des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes in Preußen ist in dieser Zeit, wo alle draußen in gleicher Weise kämpfen, unabweisbar. Das jetzige Wahlrecht wird gerichtet durch die

städtische Wahlbeteiligung

im Gegenlag zu der bei den Reichstagswahlen. Die Wahlreform muß vor den nächsten Wahlen kommen. Unsere heldenhaften Kämpfer erwarten keine Belohnung, aber wir dürfen sie auch nicht durch Klassenunterschied entehren. (Sehr wahr! links.) Kommt die Wahlreform nicht bald, so wird eine große Verdrossenheit die Folge sein. Da man wahrheitslieblich auch die erste Zeit nach dem Kriege als ungeeignet für eine Wahlreform erklären wird, ist es um so notwendiger, die Reform vor Friedensschluß zu machen. Ein gerechtes preussisches Wahlrecht wird Deutschland in der Welt moralische Eroberungen machen lassen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Grunenberg (Z.) protestiert gegen die Auffassung des Abg. v. d. Osten, daß sich die Katholiken bisher nicht um Reform bemüht hätten.

Die Weiterberatung des Staats wird auf Freitag 11 Uhr vertagt. Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Petitionen an das Abgeordnetenhaus.

Der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses lag eine Petition über die Erteilung des Wahlrechtes an die Frauen in Stadt und Gemeinde vor. Ueber gleiche Petitionen früherer Jahre war die Kommission zur Tagesordnung übergegangen. Der Berichterstatter hob die Tätigkeit der Frauen im Kriege hervor und stellte die Frage an den Regierungsvorsteher, ob beabsichtigt sei, bei der späteren Neugestaltung der Wahlgesetze die Frauen in irgendeiner Weise zu berücksichtigen. Der Regierungsvorsteher erklärte, daß die Stellung der Frau bei anderer Gestaltung der Städteverfassung eine eingehende Berücksichtigung erfahren solle. Auf die Frage der Erteilung des Wahlrechtes vermag er sich nicht näher zu äußern. Die Petition wird als Material überwiesen.

Sodann wird über eine Petition um Einführung der Rotenreform verhandelt. Der Petent will damit erreichen, daß jedes Datum auf denselben Wochentag fällt. Auch sollen Ostern und Pfingsten immer auf das gleiche Datum fallen. Ueber die Petition wird schließlich zur Tagesordnung übergegangen, weil es sich um eine Angelegenheit der Reichsgesetzgebung handelt.

Ferner fand eine Petition über Annahme eines Reichs-Kinogewetzes bzw. eines Reichs-Kinomonopols zur Verhandlung. In der Petition wird die sittliche Gefährdung der Jugend bei den Kinovorführungen geschildert. Der Petent vertritt sich eine Besserung auf diesem Gebiete nur durch eine Gesetzesmaßnahme im Reich. Der Berichterstatter fragt den Regierungsvorsteher, ob in dieser Angelegenheit, die unbedingt eine Besserung erfahren müsse, etwas geschehen wird. Der Regierungsvorsteher erklärt, daß die preussische Regierung gewillt ist, dahin zu wirken, daß durch reichsgesetzliche Maßnahmen oder durch Polizeibestimmungen eingegriffen werden soll. Die Petition wird als Material überwiesen.

Ueber eine Petition um Ersatz von Kriegsschäden aus dem Jahre — 1864 wird zur Tagesordnung übergegangen.

Eine Petition, die Abänderung des Gesetzes betreffend Austritt aus der Landesliste dahin verlangt, daß der Antrag nicht beim Amtsgericht, sondern beim zuständigen Pfarrer zu stellen sei, wird als Material überwiesen.

Die Vereinigung des Fideikommisses.

Die Fideikommissgesetzkommision des Abgeordnetenhauses hat ihre Beratung in weiteren Abendstunden, die bis zur ersten Stunde dauerten, bis zum § 147 gefordert. Die Diskussion erstreckte sich auf zahlreiche juristische und Formulierungsfragen und führte in mehreren Punkten zu Abänderungen des vorliegenden Textes. Von sachlicher Bedeutung war ein Antrag der fortschrittlichen Volkspartei, in den Abschnitt über das Erbliches des Familienfideikommisses folgenden § 129a einzufügen: „Das Fideikommiss erlischt ferner, wenn das Recht des fünften Nachfolgers endet, spätestens aber mit vollendetem 50. Jahr nach der Genehmigung des Fideikommisses.“ Zur Begründung wurde darauf hingewiesen, daß die Schaffung ewiger Verhältnisse unzulässig sei und eine Verkürzung der geschaffenen Lage herbeiführen müsse. Der Antrag wurde abgelehnt.

Kaufmännische Berufsvorbildung.

Der Handels- und Gewerbeausschuß des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich mit einer Petition betreffend die Heberhäufung des kaufmännischen Berufs durch junge Männer und Mädchen, die ganz oberflächlich in privaten Handelsschulen ausgebildet werden und die dann den heimkehrenden Kriegern Konkurrenz machen. Die Regierung erklärte, daß sie diese privaten Schulen soweit als möglich beaufsichtigen, auf der anderen Seite bestrebe aber auch das Bedürfnis sehr vieler kaufmännischer Unternehmungen und Kriegsgesellschaften nach jungen Arbeitskräften, die wenigstens Ausrüstung und Sachkenntnis beherrschten. Dieses Bedürfnis sei so stark hervorgetreten, daß der Minister sich veranlaßt gesehen hat, unter dem 8. Februar d. J. einen Erlaß herauszugeben, der seinen früheren Erlaß, womit schärfere Bestimmungen für die Privat Schulen erlassen wurden, etwas mildert. Die Petition soll der Staatsregierung als Material überwiesen werden. — Es folgte die Petition des Deutschen Handelstages betreffend angemessene Preise und übermäßige Gewinne. Wegen vorgeschrittener Zeit wurde die Verhandlung darüber abgebrochen, es soll die Petition in einer besonderen Sitzung behandelt und dazu das nötige Material vom Deutschen Handelstag noch eingefordert werden.

Zur Wohnungsreform.

Die Wohnungsreformkommission des Abgeordnetenhauses erklärte die eingegangenen Petitionen als durch die bisherige Beratung erledigt. Die Entscheidungen wurden gleichfalls erledigt bis auf eine. Angenommen wurde u. a. ein vollständiger Antrag, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, in Erwägung darüber einzutreten, ob und inwieweit durch Ausbau der Reichsgesetze vom 19. Juni und 29. Dezember 1911 (Reichsrentenversicherung, Angestelltenversicherung) dem Wohnungsbedürfnis linderreicher Familien entgegenkommen werden kann. Die Annahme des Antrags erfolgte einstimmig, weil die Kommission sich überzeugte, daß mit der Schaf-

fung einwandfreier Wohnungen allein gerade unterbreiten Familien nicht genügt würde, da der Familienvater nicht in der Lage sei, entsprechende Mittel aufzubringen. Ueber die Schwierigkeiten der Durchführung des Antrags war sich die Kommission klar.

Einmütig angenommen wurde ferner ein Antrag, die Staatsregierung zu ersuchen, zur allmählichen weiteren Besserung des Wohnungswezens auch nach der Kapazität auf Haupt-, Klein- und Nebenbahnen in geeigneter Weise zu gestalten und freizigeltige Gelände zu angemessenen Bedingungen für Klein- und Mietswohnungsbaueinheiten zu überlassen oder zu verkaufen.

Abgelehnt wurde ein vorkommender Antrag, die Staatsregierung zu ersuchen, in Erwägungen über die Aufhebung des Hausbesitzerprivilegs in den Städten und Landgemeinden einzutreten. — Angenommen wurde ein Antrag der Kommission auf Vorlage eines allgemeinen Vorgehens und auf Ausbesserung des Erbschaftrechtes, desgleichen auf Einrichtung von Anstalten, die die Umwandlung von Anliegenschaften und von etwa sonst noch den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes zu entrichtenden Beiträgen in Renten zum Gegenstande haben.

Stadtverordnetenversammlung.

4. Sitzung vom Donnerstag, den 15. Februar 1917, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Nischel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

Die Erhöhung der Bezüge der städtischen Vertreter und Vertreterinnen an den Gemeindefchulen soll nach dem Vorschlag des eingesetzten Ausschusses wie folgt gestaltet werden: 1. Die Stundensvergütung soll von 120 M. für wissenschaftliche Vertreterinnen auf 150, für technische Vertreterinnen auf 135 M. erhöht werden; 2. die Entschädigung von je 1320 M. an etwa 60 Stellenverwalterinnen soll steigen auf 1728 M. für die wissenschaftlichen, auf 1560 M. für die technischen Vertreterinnen; 3. die jetzige Gehaltsbemessung von 1120 M. Grundgehalt + 540 M. Nebenentschädigung, zusammen 1660 M. an männliche Stellenverwalter, soll erhöht werden durch Hinzufügung einer Ortszulage auf 2064 M.; 4. nach einjähriger Laufzeit vom Tage des Verkaufsstrags an erhalten alle Vertreterinnen ein festes Monatsgehonorar von 120 bzw. 108 M.

Die Versammlung tritt ohne Debatte den Ausschussvorschlägen bei. Auch den Vorschlägen der Privatlyzeen und privaten höheren Mädchenschulen, die von der Stadtgemeinde unterstützt werden, soll eine Kriegszulage zuteil werden, und zwar in Höhe von je 10 M. monatlich für die Lehrerinnen im Gehaltsbezüge bis zu 3000 M., die nicht Oberlehrerinnen sind.

Die Magistratsvorschläge wegen Errichtung einer besonderen Kriegsfürsorge für ganz oder teilweise erwerbslose Arbeiter und Angestellte der Schuhwarenindustrie sind in einem Ausschusse vorbereitet worden. Die Vorlage wird mit den unerheblichen vom Ausschuss vorgenommenen Änderungen ohne Diskussion genehmigt.

Die Erhöhung der Verpflegungskosten in den Heimstätten.

Der Magistrat schlägt die Erhöhung des täglichen Verpflegungskostenfußes in den städtischen Heimstätten von 2,50 auf 3 M. vor.

Stadtv. Dr. Weyl (Soz.): Wir lehnen die Vorlage ab, weil sie die Gesundheitsverhältnisse der Stadt und ihrer Bewohner empfindlich schädigen muß. Wir treten prinzipiell ein für unentgeltliche Krankenpflege und unentgeltliche ärztliche Behandlung. Auch bei den Heimstätten als einer Wohlfahrtsanstalt erscheint uns der Grundgedanke von Leistung und Gegenleistung verwerflich. Wo bleibt denn übrigens dieser Grundgedanke bei den Ausgaben für die Schüler der städtischen höheren Lehranstalten? Mindestens müßte der Verpflegungsbetrag so niedrig wie möglich gehalten werden. Anstatt der Erhöhung wird die Koalition der Krankenkassen, den Heimstätten Pflegeleistungen zu überweisen, kaum zuzunehmen. Für die Kinder bis zu 14 Jahren will man je keine Erhöhung; was den Kindern nach 14, sollte den übrigen Pflegeleistungen billig sein. Ein Schlachtfeld wird ja bei neuen Maßregeln dadurch genannt, daß der Preissteigerungsindex um 20 Proz. erhöht werden soll; wir bezweifeln das. Zahlenmaterial für die Erhöhung bringt der Magistrat nicht bei; kein Wunder, denn die Zahlen aus der Heimstättenverwaltung würden nicht für, sondern gegen den Vorschlag sprechen. Es wird dort sehr haushälterisch und sparsam gehandelt; seit Kriegsausbruch aber muß die einzelne Heimstätte oft Waren abnehmen in großen Quantitäten und zu hohen Preisen, z. B. 3 Berliner Schokolade für 1650 M., viele Tonnen Brotkrumen (Getreide), die sehr rasch vom Personal konsumiert werden müssen usw. Diese Verhältnisse werden ja mit dem Kriege nie Ende erlangen. — Die Vorlage weisen wir als ein unheilvolles ab; mag die Mehrheit sie beschließen!

Stadtv. Dr. Nischel: In der Verantwortung für die Annahme der Vorlage werden Sie sehr leicht tragen. Mit der Verpflegung sind Personal und Pflegeleistungen sehr zurückgefallen. Die Furcht, daß die Erhöhung die Krankenkassen veranlassen könnte, weniger für die Hygiene zu tun, ist unbegründet.

Die letzte Isonzoschlacht und ihr Ergebnis.

Von unserem Kriegsberichterstatter Hugo Schulz.

Anfangs Februar. Vom Mai 1915 bis zum Spätsommer 1916 haben die Italiener den Verteidigern unserer kustenländischen Front fünf große Schlachten geliefert, deren Ergebnis sich, wenn man die Erfolge an den Opfern mißt, nur als schwere Niederlage bezeichnen läßt. Italienische Ruhmsucht hat das zwar nie gelassen, aber die Sache ist völlig klar. Die Verteidigungsschlachten haben ein anderes Gesicht als die Begegnungsschlachten und der Verteidiger siegt eben, indem er sich auf seinem Platze behauptet. Man kann von ihm nicht verlangen, daß er dem an Streiterzahl und Kampfmitteln weit überlegenen Gegner auch noch zwingt, das Feld zu räumen, wie denn andererseits ein demotivierter überlegener Angreifer sich erst dann mit Zug den Sieg zuschreiben darf, wenn es ihm gelingt, die gegnerische Front völlig aus den Angeln zu heben und sich freie Bahn zu schaffen, wenigstens bis zu den nächsten Meilen. Das ist den Italienern bis heute nicht gelangt und daher sind die Erfolge ihrer letzten Anstrengungen, die ihren Angriffsvorbereitungen eine alles Vergangene überbietende Intimität und materielle Macht geben, durchaus problematisch. Die chernie Fronte, die ihnen den Weg nach Triest verkrampft, ist seit längerer Zeit in ihren Angeln und die Einbeulungen, die sie erlitten hat, erweisen nur die moralische Jähigkeit des Widerstands.

Wie gering die Aussicht der Italiener ist, diesen elostischen Widerstand zu zerschlagen, erhellt am deutlichsten aus den Verlauf der beiden letzten großen Herbstschlachten, im Oktober und November. Der italienische Angriff zeigte in diesen riesenhaften Stößen ganz den Stil und die Reithode der französischen-englischen Sommeroffensive, der Wille zum vollständigen Siege gab sich nicht bloß in der energiegelassenen Sprache der Befehle kund, sondern auch in den besonders sorgfältigen Maßnahmen zur Vorbereitung der Aktion. Vorher war es den Italienern niemals gelungen, unsere langsamere Führung über den Zeitpunkt bevorstehender Angriffe zu täuschen, diesmal aber hatten sie die Geheimhaltung in ein System von Verschleiern gebracht, durch deren dichtes Gewebe keine wertvollen Nachrichten zu den Unserigen schlüpfen konnten. Überhaupt hatte sich jeder Angriff schon vorher durch das Erscheinen von Heberläutern angekündigt, die sich der bevorstehenden Todesgefahr durch Defektion entzogen. Im Oktober und November blieben aber diese Vorboten jeder italienischen Offensive völlig aus, denn ehe das Donnerrollen der Aufmarschbatterien begann, wachte auch in den jenseitigen Schützengraben niemand, was bevorstehe. Erst unmittelbar vorher waren die Kampagne- und Jägerkommandanten verständigt worden, die Kammschaft aber erfuhr erst, was los sei, als die Sturmkolonnen geordnet wurden, um sie zu täuschen, hatte

Stadtv. Dr. Weyl (Soz.) empfiehlt die Annahme der Vorlage, die niemand von dem Besuch der Heimstätten abhalten würde.

Stadtv. Dr. Weyl: Ich habe die Verpflegung der Gefessenen nicht beanstandet; ich habe nur auf die Nachteile hingewiesen, die durch die Kriegswirtschaft für die Verwaltung kalkulatorisch entstehen. Der Magistratsantrag wird genehmigt.

Die neue Großmarkthalle.

Im Interesse des Verkehrs und Verkehrs der neuen Großmarkthalle an der Besselerstraße soll Charlottenburger Gebiet am neuen Verbindungsplan nach Berlin umgemeindet werden.

Stadtv. Finke (Soz.): Die Bestimmungen des Vertrages, der mit Charlottenburg abgeschlossen ist, haben zum Teil nicht wenig mit der Umgemeindeung zu tun; vielmehr scheint Charlottenburg die Gelegenheit benützt zu haben, auf Berlin zu drücken, um einige Sonderrechte herauszuschlagen. Diese Rechte beurteilen wir, empfehlen aber, da wir in einer Zwangslage sind, die schleunigste Verabschiedung der Vorlage, damit endlich mit dem Bau begonnen werden kann.

Stadtv. Dr. Nischel: rechtfertigt die Vorlage, die darauf unverändert angenommen wird.

Die Vorlage wegen Schaffung der Stelle eines Hafeningenieurs für den städtischen Hafen hat dem Stadtv. Dr. Nischel (Soz.) Antrag zu der Frage, wie es um den Gesundheitszustand des derzeitigen Hafeningenieurs steht, der sein Amt bisher in verdienstvoller Weise wahrzunehmen habe.

Stadtv. Dr. Nischel: Dieser um den Hafen sehr verdiente Beamte ist leider seit längerer Zeit erkrankt; es scheint aber Aussicht zu bestehen, daß er bald wieder seine Funktionen aufnehmen kann. Die Vorlage wird angenommen.

Zur Einrichtung von Halbtagsausflügen der Gemeindefchulkinder nach den Jugendspielplätzen werden 20 000 Mark gefordert und bewilligt.

Freie Bahn für alle tüchtigen Frauen!

In einer Reihe von Verwaltungsdeputationen will der Magistrat die Aufnahme von Frauen mit beratender Stimme gestatten. Das bezügliche Verzeichnis liegt der Versammlung zur Kenntnisnahme vor.

Stadtv. Dr. Weyl (Soz.) hält damit den Beschluß der Versammlung nicht für erledigt. Das Verzeichnis erscheine nicht ausreichend. Die Versammlung habe in der Sache mit zu beschließen. Es sei Ausschussberatung nötig.

Überbürgermeister Wermuth: Es handelt sich hier doch nicht um ein Gesetz, um einen Gemeindefchulbeschuß, sondern um eine Verabschiedung. Selbstverständlich werden wir uns an einer Ausschussberatung gern beteiligen, würden aber bedauern, wenn eine Verzögerung dadurch entsteht.

Stadtv. Dr. Weyl: In der konstitutionellen Frage sind wir ganz der Meinung des Kollegen Casel. Der Magistrat konzentriert in 10 von 31 Deputationen je eine Frau! Das ist ein pendantisches, also vorurteilliches Verfahren, das vom großen Zuge der Zeit ganz unberührt scheint. Freie Bahn für alle Tüchtigen, dafür Propaganda zu machen, war hier eine glänzende Gelegenheit. Die Krankenhausverwaltung, das Eddach, das Aufschlagsamt und eine große Reihe anderer Deputationen müssen auch durch Frauen verstärkt werden. Und was soll eine Frau in einer Deputation? In Breslau gehören der Markthallen-Deputation nicht weniger als vier Frauen an. Wir stimmen ebenfalls für Ausschussberatung.

Stadtv. Nischel (Soz.): Ueber die Vermehrung der Deputationsmitglieder ist unpoetisch ein übereinstimmender Beschluß beider städtischen Behörden erforderlich. Für den Anfang brauchen wir immerhin nicht sofort alles zu geben.

Stadtv. Casel: Ich lehne mich für die Forderung an, daß zu einer Deputation auch mehrere Frauen zugezogen werden und erkenne die rasche Arbeit und das sonstige Entgegenkommen des Magistrats an.

Stadtv. Dr. Weyl: Ich bin für seine Kritik auf die frühere Beurteilung des Oberbürgermeisters. Er müßte auch den Arbeiterintressen der diesen Umständen Rechnung getragen werden.

Es wird ein Ausschuss beauftragt und sofort vom Vorstande ernannt; ihm gehören auch Wermuth, Heimann, Dr. Rosenfeld, Stadtv. Dr. Weyl (Soz.) an. Schluß 7 Uhr.

Aus Groß-Berlin. Die Heimstättenverteuerung.

Ohne viele Umstände wurde in der Berliner Stadtverordnetenversammlung die vom Magistrat beantragte Erhöhung des Pflegegeldes der Heimstätten gefast beschlossen. Für die sozialdemokratische Fraktion trug Genosse Weyl die schweren Bedenken vor, die

man bei allen Frontverlegungen bereitet, daß sie demnach abgelehnt und in Reserve gezogen wurden. Auch die amarrschierenden Verstärkungen glaubten bloß zu Ablösungszwecken in den Frontbereich vorzurücken. Am die Truppen vollends einzuhüllen, verlor man, daß am 1. November die Winterkämpfe beginnen würden. Die Stößen hinter der Front boten der Log nur das normale Bild, jede Bewegung, die sich der Aufmerksamkeit unserer Beobachter entziehen sollte, erfolgte bei Nacht.

So fern gespannt man auch das Gewebe des Vorhangs war, so konnte sich das, was hinter ihm vorging, doch nicht ganz den wachsamsten Späherblicken unserer Beobachter entziehen. In nicht waren die Wasser, die die Italiener auf den Sammelplätzen des Plateaus und im Balkan-Zal zusammenstauten, als daß man sie in völliger Verborgenheit hätte halten können. Besonders auffallend war die plötzliche Verlegung ausgedehnter Stellung im Balkan-Zal, das unmittelbar hinter der italienischen Front lag. Jedenfalls waren die Angriffe auf der Gut und bereit, den Feind, wie stark er auch sei, würdig zu empfangen. Er war sehr stark. Die dritte italienische Armee hat in den beiden letzten Isonzoschlachten im Raum zwischen Wippach und dem Meer nicht weniger als 17 Divisionen gegen unsere Front loslassen lassen. Die Vorbereitung des Angriffs betrug fast 2000 Geschütze aller Kaliber, dazu viele Hunderte von neuarigen Minenwerfern, die die Wirkungen des Trommelheuers der Artillerie in mörderischer Weise erganzten. Die erste Schlacht währte vom 6. bis 12. Oktober. Die Wucht des italienischen Angriffes verteilte sich gleichmäßig über das ganze Plateau. Es war zweifellos völlige Fortschweitung unserer Front durch allgemeinen überrennenden Angriff (Attacco travolgente) und Durchbrechung sämtlicher Verteidigungslinien in einem Zuge beabsichtigt. Die Angriffskolonnen waren auf das sorgfältigste instruiert. Jede Welle der Sturmtruppen erhielt noch eine besondere Funktion für den Nachkampf. Ins erste Glied waren die Handgranatenträger eingeteilt, in die zweite Welle die Flammenwerfer, die dritte war mit Schiffschiffen versehen, mit den vierten gingen die Torpedowerfer usw. Die einzelnen Wellen sollten einander in Abständen von 50 Schritten folgen. Die Kopf der Angriffswellen schaukelte bei den einzelnen Brigaden zwischen sechs und vierundzwanzig. Viele Unteroffiziere wurden mit Rauchbomben bestellt, deren Qualm die Angreifer in eine dicke Wolke hüllen und unsichtbar machen sollte wie eine Tarnkappe. Damit sich unsere Truppen auch nach über den Zeitpunkt des Sturmangriffes täuschen, wurde das Trommelheuer nicht jäh eingestellt, sondern in den Nachbarschaften der vorbestimmten Einbruchstellen verbleibt, so daß die in den Nebeln des Angriffes fortan den Verteidiger nicht sofort merken konnten, daß vor ihrer Front bereits der Infanterieangriff im Gange ist. So mußte denn auf der ganzen Linie der Kampf den Charakter eines wilden Ringens annehmen, das sich sehr überall außerhalb der Stellungen auf dem feindlichen, von wehrhaften Feldrücken durchflochtenen Marsboden abspielte. Nachkämpfe gegen mehrfache Hebermacht waren die

sie gegen diese Heimstättenverteuerung hat. Aber von der freimütigen Mehrheit war nicht zu erwarten, daß sie mit den Heimstätten glimpflicher umspringen würde als mit den Krankenhäusern. Die Sozialdemokraten machten diesmal gar nicht erst den aussichtslosen Versuch, noch einen Ausschuss zu bemühen. Das blieb den Freimütigen erspart und sie konnten sofort nach Wunsch beschließen.

Ueber die Frage der Zuzahl von Frauen zu Verwaltungsdeputationen kam es zu erneuter Aussprache. Der Magistrat teilte mit, in welchen Deputationen er die Mitwirkung von Frauen für zweckmäßig hält. Mehr als zehn Deputationen hat er nicht herausgefunden, aber diese Genügsamkeit hatte nicht den Verfall der Stadtverordnetenversammlung. Die sozialdemokratische Fraktion forderte ebenso wie die freimütigen Fraktionen die Einsetzung eines Ausschusses, die dann beschließen wurde.

Geprügelte Schulmeister.

Ueber „Verrohung der Jugend“ wird heute viel geflagelt. Sie ist eine ständige Begleitererscheinung lange andauernder Kriege und war dementsprechend zu seiner Zeit so eskalant wie während und nach dem Dreißigjährigen Kriege. Damals blühte auch die Prügelpädagogik in unerhörtem Maße. Nicht als ob die eine die Folge oder die Ursache der anderen wäre — sie erwachsen vielmehr beide aus derselben Wurzel.

Ein anmutiges Stimmungsbild aus jener „guten alten“ Zeit gibt ein Brief, den der Berliner Bringenenergieher Müller unterm 27. Mai 1867 an seinen Freund und Kollegen, den Schulmeister Brumentwasser, schrieb. Es heißt darin: „Vor acht Tagen wurde die Leiche des Grafen von Wittgenstein von Himm abgeführt. Dabei zwischen den beiden Schulen Cölln und Berlin ein großer Tumult entstand, also daß sie mitten in der Prozession auf der „Langen Brücke“ — der heutigen Kurfürstendamm — mit „Schlägen“ aneinander kamen. Dem Rektor von Berlin ist von einem Cöllnischen Schüler eine derbe Ohrfeige zugestellt worden, hingegen ein Berliner Schüler dem Cöllnischen Rektor mit einem Stein so säuberlich den Kopf gerieben, daß das rote Blut darnach gegangen. Es war eine Lust zuzusehen, wie sich die Jungen bei den Köpfen herumzupielten und dadurch cocossiam militantem (die „streitende Kirche“) repräsentierten. Doch ist endlich dieser Tumult durch eiliche geschickte Ausbeute, so am Zuschlagen nichts ermangelt liegen, gestillt worden.“

Man weiß nicht recht, was in dieser Darstellung das bezeichnendere ist: die Schulfugend, die inmitten eines Leidenszuges ihre Lehrer verprügelt, oder die offensbare innige Freude, die der pädagogische Briefschreiber selber an den geschilderten Szenen bekennt. Jedenfalls sehen wir, daß Schüler und Schulmeister damals einander würdig waren.

Immer wieder Klagen über die Volksspeisung.

Bei der Berliner Volksspeisung ist bisher so ziemlich alles beim alten geblieben. Immer wieder wird geklagt, daß es irgendwo „nicht geklappt“ hat. An der in einer Schulturnhalle untergebrachten Speiseausgabestelle in der Poststraße mußten Frauen über zwei Stunden stehen, ehe sie ihr bißchen Essen heimtragen konnten. Aber selbst bei den mit Rücken verbundenen Speiseausgabestellen kommt es vor, daß Eisenholer Stundenlang zu warten haben. Aus der Küche in der Treibowstraße meldet uns eine Leserin, daß sie am letzten Montag mit vielen Frauen lange auf dem Hof in der Küche aushalten mußte. Ein beauftragter Schurmann hatte erklärt, Frau Oberst wünsche nicht, daß die vielen Menschen in der Halle warten. Hier ist durch eine schwerverständliche Anordnung der Frau Oberst, die als Ehrenname mitwirkt, die aus den Mängeln der Einrichtung sich ergebende Belästigung der Volksspeisungsteilnehmer noch gesteigert worden. Mit Recht fordert die Einmünderin dieser Beschwerde, man solle mehr Ausgabestellen schaffen, um die Überfüllung beschleunigen zu können.

Daß trotz bedeutender Redung der Volksspeisungsteilnehmer die Redung der Speiseausgabestellen noch unterblieben ist, dafür kann nicht die sonst wegen ihrer Langsamkeit so oft geklammelte städtische Bauverwaltung verantwortlich gemacht werden. Gerade bei der Einrichtung des Volksspeisungswesens hat die Bauverwaltung mit einer Ebnlichkeit gearbeitet, die alle Anerkennung verdient.

Kege! Freilich kam da unsere Truppen das Speisewerk unserer Artillerie zu Hilfe, das allerorten rechtzeitig einschleifte und namentlich die hinteren Wellen der italienischen Sturmkolonnen sowie die Reserven arg lichter. Es hatte die Wirkung, daß der Angriff, nachdem er unsere erste Linie überannt hatte, bald im Stoen geriet und ermüdete. Die Verbände gerieten allmählich völlig durcheinander und die formlosen Massen mußten, ehe sie weiterkamen, neu geordnet werden. Diese Verzögerungen gaben unsere rasch vorgezogenen Reserven immer wieder die Gelegenheit, den wohl numerisch weit überlegenen, aber erschütterten und außer Rand und Band geratenen Feind nach kurzem Feuerkampf mit wichtigen Ansturz zurückzuwerfen. Der ganze Südbereich der Front wurde auf diese Weise im Gegenangriff wieder gewonnen. Manche Gräben wechselten dort mehrmals den Besitzer, bis sie schließlich doch in unsere Hände blieben. Nur der Keller-Rova-Bos verblieb dort in Händen der Italiener, dagegen war alle ihre Mühe vergebens, die Cote 144, deren Kontrolllinie einen Monat vorher dem Bruch von drei italienischen Regimentern hatte preisgegeben werden müssen, vollständig in ihre Gewalt zu bekommen. Ebenso scheiterten alle Angriffe der italienischen Sturmbrigade Catanzaro, der man eigens diese schwierige Aufgabe zugewiesen hatte, die Cote 206 zu gewinnen. Auszugewinn ergabte der Feind nur im Nordbereich des Plateaus, wo es ihm gelang, Lobizza zu nehmen und auch den linken Flügel des dort kämpfenden Forts um 2 bis 3 Kilometer zurückzudrücken. Die Breche, die dadurch in unserer Front entstand, schloß sich, noch ehe der Angriff der Brigaden Mantua und Alessandria, die nun unseren Südfügel von Sudt Log her aufrollen konnten, in Gang kam. Blühschnell warf sich das Landwehrregiment Nr. 8 in die Lücke und trieb mit bewegendem Angriff den Feind weit zurück. Am 11. und 12. Oktober kostete die Schlacht weiter, aber die Italiener gewannen nun keinen Zoll Boden mehr und fielen am Abend des 12. den Kampf ein.

Nicht für lange Zeit, denn schon am 31. Oktober folgte das Trommelheuer ein, das die bis zum 3. November währende neunte Isonzoschlacht einleitete. Auch diesmal wurde die ganze Front mit gleicher Heftigkeit angegriffen, besonders starke Kräfte aber wurden gegen den Abschnitt von Costanjewica angelegt. Das nächste Ziel war für den italienischen Angriff die Einnahme der Gruppen Belvisi Sribach und Rajti Drib im nördlichen Höhenzuge, der nach ihrer Meinung das Rückgrat unserer Frontstellung bildet. Die wirklichen Absichten gingen aber weiter. Befangene Offiziere sahen: „Diesmal ist Euer Widerstand wirklich vergebens. So schnell könnt ihr uns gar nicht wegbringen, daß wir nicht morgen schon befreit sind. Bergeblische Mühe, jetzt noch Krieg halten zu wollen.“ Tatsächlich waren gegenüber einem unserer Korps auf engem Raum nicht weniger als 18 Brigaden zusammengestellt, wozu 12 das erste und 6 das zweite Treffen bildeten. (Die Brigade Lotta war noch im Anmarsch.)

Am 31. Oktober wüthete das Trommelheuer Tag und Nacht, Nacht wurde es auf unsere zweite Linie geworfen. Als um 1. No-

Die Verantwortung dafür, lag seitdem nichts von Selang zur Verbesserung des Betriebes geübt ist, ist die mit der Gesamtleitung des Volkspfeilwesens betraute Stelle. Will nicht die Schulverwaltung noch mehr Turnhallen zu Speisenausgabestellen hergeben, so hat Berlin wenig leere stehende Geschäftsräume, die man mieten kann. Durch weitgehende Zentralisierung wird zwar der Betrieb vereinfacht und verbilligt, sie bringt aber Erschwerungen für die Bevölkerung, die auf die Volkspfeilung angewiesen ist. Es wird Zeit, daß endlich etwas getan wird, den Mängeln der Berliner Volkspfeilung einigermaßen abzuwehren.

Große Schweinechiebungen auf dem Magerviehhof.

Bei dem Kriegsmüchleramt liefen seit geraumer Zeit fortgesetzt Einzeigen ein, daß auf dem Magerviehhof Friedrichsfelde sich Vorgänge abspielten, die geeignet seien, unsere ganze Fleischversorgung zu gefährden. Es handelte sich darum, daß eine große Zahl von Händlern Ferkel und Läuferchweine, die zur Aufzucht und zur Mast bestimmt waren, unter der Hand und ohne Nach auf den Markt abdrachten und daß diese Tiere abgefächelt wurden. Das Kriegsmüchleramt hat festgestellt, daß 3. B. von 3000 angelieferten Ferkeln nicht weniger als 2700 sofort abgeschlachtet worden waren. Dabei handelte es sich um Tiere, die schon weit mehr als 120 und bis zu 150 Pfund wogen. Darauf hat das Kriegsmüchleramt sofort energisch eingegriffen. Krante dieser Behörde erschienen am letzten Markttage auf dem Magerviehhof Friedrichsfelde und beschlagnahmten alle Schweine, die mehr als 120 Pfund wogen und für die mehr als 110 M. für den Zentner Lebendgewicht verlangt worden waren. Dies waren nicht weniger als drei Fünftel aller vorhandenen Schweine. Für diese Tiere wurden Preise von 200 bis 250 M. für den Zentner verlangt und gezahlt, Preise, die Käufer gar nicht aufbringen können, da ihnen sonst das Pfund Fleisch etwa doppelt soviel kosten würde als der Höchstpreis jetzt in Berlin beträgt. Alle diese Tiere wurden, wie gesagt, beschlagnahmt und dann an den zuständigen Stellen zum Verkauf gebracht. Den Beschauern wurden jedoch nur 110 M. für den Zentner gezahlt, obwohl sie nachweisen konnten, daß sie selbst Landwirten in Brandenburg, Oldenburg und anderen Provinzen zum Teil bis zu 140 M. für den Zentner Lebendgewicht gezahlt hatten. Für Schweine zu Aufzuchtzwecken beträgt kein Höchstpreis.

Wie das Kriegsmüchleramt weiter feststellte, waren mehr als die Hälfte der angekauften Käufer, die die Tiere zu Mastwecken gekauft haben sollten, nicht zu ermitteln, da solche Adressen angegeben worden sind. Daraus ist zu schließen, daß dieses Angebot unter der Hand zu hohen Preisen verkauft worden ist und das Fleisch marktfrei von den Käufern abgegeben werden sollte. Um derartige Vorkommnisse zu verhindern, hat das Kriegsmüchleramt eine Verordnung erlassen, wonach Viehhändler, die Marktschiff laufen wollen, sich legitimieren und auch die Käufer einen Ausweis vorlegen müssen. Außerdem ist jetzt verboten worden, auf den Verladepampen der Berliner Bahnhöfe, auf denen das Vieh eintrifft, mit Vieh zu handeln. Es ist nämlich festgesetzt worden, daß die Verkaufsgeschäfte schon auf den Verladepampen abgeschlossen worden sind, ehe noch das Vieh vom Bahnhof heruntergelassen wird.

In einer Versammlung des Vereins der Viehhändler wurde behauptet, auf dem Lande seien Ferkel und Läuferchweine unter 140 M. für den Zentner Lebendgewicht nicht zu haben; das Kriegsmüchleramt habe daher seine Tätigkeit bei den Landwirten und Züchtern aufnehmen sollen. Jetzt werde die Jagd noch weiter abnehmen.

Städtische Straßenreinigung.

Mit dem Winteranfang sind im Straßenverkehr wieder einigermassen erschwerte Zustände eingetreten. Die Schmutzmassen, die bei der strengen Kälte die Straßen in Gäßchen verstopfen, wurden zu früher überwindlichen Hindernissen für den öffentlichen Verkehr. Die Kartoffelreinigung wurde unterbrochen, wozu sich die obere Kohlennot gefügt, Lebeschände, die besonders von der armeren Bevölkerung bedingt empfunden wurden. Um dem Verkehr jede mögliche Erleichterung zu verschaffen, sah sich die städtische Straßenreinigung vor eine schwere Aufgabe gestellt. Bei dem Mangel an Geoppannen konnten die technischen Hilfsmittel nur in beschränktem Maße zur Verwendung gelangen. Andererseits stand, gegenüber dem normalen Betrieb, nur die Hälfte des Arbeitspersonals zur Verfügung. Eine verheerende Deutung durch zivile Hilfskräfte versagte vollständig. Auch kam diesmal die Unterstützung bei den Aufräumungsarbeiten durch die Große Berliner Straßenbahn, die in den Vorjahren bis 1000 eigene Hilfskräfte heranzog, in Wegfall. Ob neben dem Mangel an Hilfskräften noch andere Gründe dabei mitwirkten, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber die Verunsicherung liegt nahe. Man denke nur an die hartnäckig angelegte Pariserhöhung, die zu erreichen der Straßenbahn bisher nicht gelungen ist.

In dieser Notlage blieb der Direktion der Straßenreinigung nur der Ausweg, bei dem Generalkommando um Unterstützung durch

Soldaten der hiesigen Garnison zu ersuchen. Durch Vermittlung des Oberbürgermeisters wurde diese ungleich erreicht, und es fanden, nachfolgend an den Tagen 1500 bis 2000 Mann Verwendung. Die Mannschaften wurden durch die städtischen Speiseanstalten versorgt und erhielten einen Stundenlohn von 90 Pf. Bis Ende voriger Woche waren der Militärbehörde 65 000 M. als Lohnsumme überwiesen.

Neben der militärischen war die organisierte Hilfe der Schüler der oberen Klassen der Schulen von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Obgleich, auf die Jugend Rücksicht nehmend, nur eine Arbeitsstunde für die Volksschüler und 2 Stunden für die Schüler der höheren Anstalten zugelassen wurden, kamen bei einer Honorierung der Arbeitsstunde mit 30 Pf. in runder Summe 7000 M. zur Auszahlung. Wie gering das Angebot freier Hilfskräfte war, zeigt die Tatsache, daß für solche nur 1076 M. als Lohn berechnet wurden. Bis Ende voriger Woche ist für die durch den Schmelzfall nötig gewordenen Aufräumungsarbeiten ein Betrag von 115 000 M. ausbezahlt worden.

Nur Berlins wohlverdienender Ruf als eine der saubersten Städte des Kontinents zu erhalten, ist die Verwaltung der städtischen Straßenreinigung bestrebt, das System der Reinigung der Straßen und das der Abfuhr des Abfalls aufs Beste zu verbessern. Bei der Straßenreinigung ist der motorische Betrieb vorherrschend, dem der Handbetrieb ergänzend angefügt ist. Dem letzteren liegt hauptsächlich die Aufgabe ob, den Abfall an den Sammelstellen zu schaffen, von denen aus die Abfuhr bewirkt wird. Die Sammelstellen sind derzeit noch öfter an Straßenrändern gelegen. Sie in unsichtbare umzuwandeln, ist ein Plan, der von der Direktion der städtischen Straßenreinigung von der Zeit vor Ausbruch des Krieges an verfolgt wird und nur durch den Krieg der Verwirklichung nicht näher gebracht werden konnte.

In ihrer jüngsten Sitzung hat die Deputation für die städtische Straßenreinigung eine Kommission eingesetzt mit der Aufgabe, in Verbindung mit der Direktion und der Leitung der Tiefbauverwaltung die vorliegenden Projekte zu prüfen und die Sache zu fördern, daß nach Friedensschluß das Projekt zur Ausführung gebracht werden kann.

Aus der Berliner Armenpflege.

Die Armenpflege der Stadt Berlin hatte im Verwaltungsjahr 1915/16, dessen Jahresbericht jetzt vorliegt, seit längerer Zeit zum ersten Male eine Minderung der Unterstützungen. Das Jahr schloß ab mit einem Bestand von 36 773 Almosenempfängern und 11 876 Pflegekindern, das sind um 617 Almosenempfänger und 1676 Pflegekinder weniger als im Schluss des vorhergehenden Jahres. Bei den Almosenempfängern minderten sich aber nur die Männer, um 642 auf 10 095, dagegen mehrten sich die Frauen noch ein wenig, um 25 auf 27 678. Die Männer hatten gegenüber dem Vorjahr einen bedeutend geringeren Zugang an Neu- oder Wiedereinstellungen, und unter den Gründen des Abganges war bei ihnen diesmal die Entziehung des Almosen sehr viel häufiger als sonst. Auch bei den Pflegekindern blieb der Zugang viel geringer als in früheren Jahren, während der Abgang durch Entziehung ganz außerordentlich zunahm. Für Almosen, Pflegegelder sowie Jutag- und Sonderunterstützungen zusammen beliefen die Ausgaben sich auf etwas über 11 1/2 Millionen Mark, nämlich 7 1/2 Millionen weniger als im Vorjahr. Sie erreichten nicht ganz den Vorschlag für das Jahr, dagegen hatte noch im vorhergehenden Jahre und auch in manchem der früheren Jahre der Vorschlag überschritten werden müssen. Die Gesamtausgabe der Armenverwaltung war im letzten Jahre annähernd 14 Millionen Mark, im vorletzten etwa 15 1/2 Millionen Mark.

Für die Veteranenspende der Stadt Berlin.

Und seit dem Jahre 1910 alljährlich 150 000 M. aus dem Stadtsäckel bewilligt worden, die unter die Veteranen der Feldzüge von 1864, 1866 und 1870/71 in Beträgen von je 25 M. zu verteilen waren. Berücksichtigt werden nur Anträge solcher Veteranen, die zurzeit in Berlin wohnen, auch schon vor dem 2. September 1910 in Berlin wohnten und ihre Bedürftigkeit und Würdigkeit nachweisen können. Im Verwaltungsjahr 1915/16 haben, wie wir aus dem jetzt erschienenen Jahresbericht der Stiftungdeputation ersahen, nur 5900 Veteranen die Spende erhalten, während in den vorhergehenden Jahren jedesmal 6000 Veteranen berücksichtigt wurden. Darum diesmal die bewilligten 150 000 M. nicht voll zu Unterstutzungen verwendet worden sind, ist nicht klar. Waren etwa nicht genug Antragsteller gemeldet, die den Bedingungen genügten?

Die Preisberechnung für Schuhreparaturen.

Ueber die mit dem 27. Januar in Wirksamkeit getretenen Richtsätze für die Preisberechnung bei Ausbesserungen von Schuhen erfahren wir das folgende: Die Gestehungskosten setzen sich zusammen aus: Materialkosten, Arbeitslohn und Unkosten. Für die Berechnung der Materialkosten gelten folgende Grundätze: für Leder, einzeln, ob es im In- oder Ausland hergestellt ist, darf als Einkaufspreis höchstens der nach der Bekanntmachung betr. Höchstpreis für Leder jeweils gültige Höchstpreis derjenigen Preisklasse, der die verarbeiteten Sorten angehören, berechnet werden. Bei Verwendung von Ersatzstoffen oder sonstigen Ersatzstoffen darf höchstens der Preis als Einkaufspreis zugrunde gelegt werden, den die Ersatzstoff-Gesellschaft für die zur Verwendung kommende Art festgelegt hat; für alle anderen Materialien, wie Nagel, Nähgarn, Feh, Wachs, Altschiffe, Schwärze, Holznägel u. dgl. dürfen nicht mehr als 25 Pf. für ein Paar Herren- oder Damenstiefel und Klede, 20 Pf. für ein Paar Kinderstiefel und Klede (bis Größe 36) in Anrechnung gebracht werden. Als Arbeitslohn darf nicht mehr als der auf Grund der Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer tatsächlich bezahlte Betrag in Rechnung gestellt werden. Schuhmacher, die keine Arbeiter beschäftigen, dürfen nur die Löhne der Klasse III berechnen. Für Unkosten in Rechnung zu bringende Sätze auf den Betrag der Materialkosten zuzüglich Arbeitslohn berechnet werden: für Klasse III (Betriebe, die weniger als 6 M. Arbeitslohn für ein Paar neue Herrenstiefel bezahlen): 10 v. H., für Klasse II (Betriebe, die 6-9 M. Arbeitslohn für ein Paar neue Herrenstiefel bezahlen): 15 v. H., für Klasse I (Betriebe, die mehr als 9 M. Arbeitslohn für ein Paar neue Herrenstiefel bezahlen): 20 v. H. Alle diese Sätze gelten nur für handwerks- und ordnungsmäßig ausgeführte Reparaturen, und zwar für Schuhmachereibetriebe, die gleichzeitig Roharbeit anfertigen, sowie für Schuhhändler, die entweder im eigenen Betriebe durch Angestellte oder durch Stellarbeiter Schuhwarenreparaturen herstellen lassen. Beschäftigten (mechanische Reparaturwerkstätten) und Schuhmacher, die sich ausschließlich mit der Herstellung von Reparaturen beschäftigen, sowie alle Betriebe, die minderwertige Reparaturarbeiten wie z. B. einfach mit Eisenägeln befestigte Stiefel liefern, dürfen höchstens den Unkostenfaktor der Klasse III (10 v. H.) in Anrechnung bringen. Schuhhändler, welche die ihnen in Auftrag gegebenen Reparaturen durch selbständige Schuhmacher ausführen lassen, dürfen ihrerseits Unkosten nur soweit in Anrechnung bringen, als solche nicht bereits in dem mit dem Schuhmacher vereinbarten Preis enthalten sind. Die Höhe des Unkostenfaktors richtet sich nach der Klasse, welcher der betreffende Schuhmacher, der die Arbeiten ausführt, angehört. Für Ausbesserungsarbeiten, die außer Sohlen und Fledern vorgenommen werden, wie z. B. Einstechen von Nähen, Anbringen von neuen Vorberblättern, Nischen und dergl. dürfen die entstehenden Mehraufwendungen für Material, Arbeitslohn, Unkosten und ein entsprechender Gewinnzuschlag unter Beachtung der in diesen Richtsätzen festgesetzten Bestimmungen besonders gerechnet werden; für Grabdrücken von Absätzen darf nur der vermehrte Arbeitslohn in Anrechnung gebracht werden. Der „angemessene Gewinn“ wird insgesamt auf höchstens 15 v. H. begrenzt, gerechnet auf den Betrag, der sich aus der Zusammenrechnung von Materialkosten, Arbeitslohn und Unkosten ergibt.

Die nach § 3 der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Ausbesserungen von Schuhwaren zum Ausdruck zu bringende Preisberechnung ist von allen Geschäften, die ge-

werbsmäßig Reparaturen auf Ausbesserungen von Schuhwaren entgegennehmen und Schaufenster oder Schauflächen besitzen, in den Geschäftsräumen so anzubringen, daß sie vor dem Betreten von außen sichtbar ist, in solchen Geschäften, die keine Schaufenster oder Schauflächen besitzen, derart, daß sie für jedermann sichtbar und lesbar ist.

Die Fleischversorgung Berlins.

Der Berliner Magistrat veröffentlicht jeden einen Bericht über den städtischen Vieh- und Schlachthof für das Etatsjahr 1915/16. Der Ausschuss auf dem Viehhofe gestaltete sich danach wie folgt: Rinder: 382 237 (gegen 262 841 im Vorjahre), Schafe: 794 716 (782 521), Kälber: 184 791 (180 549), Schweine: 487 774 (487 274). Das Durchschnittsgewicht der lebenden Tiere stellte sich wie folgt: bei Rindern 418 Kilo (im Vorjahre 508), bei Schweinen 84,2 Kilo (106,8), bei Kälbern 89,9 Kilo (102,8), bei Schafen 89,8 Kilo (43,4). Ein wichtiges Fürsorgegebiet der Stadt bildete die Bewertung der sogenannten Regierungsschweine, die auf Grund eines mit der Kommerzien Viehverwertungs-Gesellschaft geschlossenen Vertrages zu liefern waren. Der Vertrag sah die Lieferung von 40 000 Schweinen vor, von denen die Stadt Berlin bis zum Schlusse des Berichtsjahres 12 636 erhalten hat. Vom Juni 1913 bis April 1916 wurden über den der PGG gelieferten gefrorenen Schweine angeliefert, die ein Gesamtgewicht von 1 645 071,5 Kilo Gramm hatten. Hieron wurden an das Publikum im aufgelauten Zustand 1 589 824 Kilo abgegeben. Der Rest wurde zu Speck und Schinken verarbeitet. Die in den Kreisen der Schlächter verbreitete Ansicht, gefrorenes Fleisch eigne sich nicht zur Dauerware, hat sich als nicht zutreffend erwiesen. Der Verwaltungsrat des Schlacht- und Viehhofes schließt mit einer Gesamteinahme von 465 823 M. ab, die eigenen Ausgaben des Viehhofes betragen dagegen 212 238 M., so daß die zu den allgemeinen Zwecken der Gemeindeverwaltung zu verwendenden Mehreinnahmen 253 485 M. betragen.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

In letzter Zeit ist häufig festgestellt worden, daß der Verkauf von Äpfeln im Kleinhandel von der gleichzeitigen Entnahme von Zitronen abhängig gemacht worden ist. Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin weist darauf hin, daß dieses Verfahren durchaus unzulässig ist und der Verordnungs-„Ueber den Aufhang und die Aufstellung von Preisverzeichnissen“ zuwiderläuft. Es ist von Kleinhändlern zur Rechtfertigung ihres Vorgehens erklärt worden, daß auch sie vom Großhändler Äpfel kaufen und dann erlösen, wenn sie gleichzeitig Zitronen abnehmen. Kleinhändler, denen in dieser Weise die gleichzeitige Abnahme von Äpfeln und Zitronen zur Pflicht gemacht werden sollte, werden ersucht, dies der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin, Preisstr. 11, mitzuteilen, damit gegen die in Frage kommenden Großhändler eingeschritten werden kann.

Die Fettmenge wird in der nächsten Woche in Butter abgegeben werden; eine Abgabe von Margarine findet nicht statt.

Die neuen Kartoffelpreise für den Kleinhandel.

Die zur Kartoffelkartellgemeinschaft Groß-Berlin gehörenden Gemeinden haben infolge der gestern eingetretenen Erhöhung des Produzentenpreises den Preis für den Kleinhandel auf 6 1/2 Pf. für das Pfund festgesetzt.

Die Milchpreiserhöhung. Aus dem Nachrichtenamt des Magistrats wird mitgeteilt: Durch die Zeitungen geht unter Angabe bestimmter Zahlen die Nachricht, daß eine starke Erhöhung des Milchpreises in Groß-Berlin in Aussicht steht. Hierzu darf bemerkt werden, daß allerdings eine Änderung des Kleinhandelspreises eintreten muß, wenn die Produktionspreise eine Erhöhung erfahren. Eine solche Erhöhung der Erzeugerpreise ist von der Landesregierung angeordnet und verfügt worden, die sie befürwortete, daß mit einer Preissteigerung der Milch-Import nach Groß-Berlin noch eine weitere starke Minderung erfahren werde. Die Preisstelle Groß-Berlin hat in Erwägung hieron in ihrer bekannten Denkschrift andere Vorschläge zur Verringerung der Lüge aufgestellt. Eine endgültige Bestimmung über den neuen Erzeugerpreis ist, soweit bekannt, von der Preisstelle noch nicht getroffen worden. Dagegen liegt noch keinerlei Entscheidung der Preisstelle Groß-Berlin darüber vor, welche Sätze dem Erzeugerpreise hinzuzurechnen haben. Es hängt dies insbesondere auch davon ab, ob die jetzt leider fast bemerkbare mangelhafte Behandlung der Milch an der Produktionsstelle verbessert werden kann, oder ob die Milch nach ihrer Anfuhr in Groß-Berlin einer nochmaligen Bearbeitung unter erheblichem Kostenaufwande unterzogen werden muß.

Aufrechterhaltung der Fortbildungsschule im Kriege. Man säubert uns: Der Fortbildungsunterricht soll während des Krieges aufrecht erhalten bleiben. Trotz der schwieriger werdenden Lage der Handels- und Gewerbetreibenden will der Handelsminister dieses im Interesse des Wirtschaftslebens und des gewerblichen Nachwuchses durchzuführen wissen. Gerade um Befreiung vom Schuldeute sollen nach wie vor sorgsam im einzelnen geprüft werden. Man kann so die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens berücksichtigen, ohne die Organisation der Fortbildungsschulen aufzulösen, ein Schaden, der schwer wieder gutzumachen ist. Wegen die Entscheidung der Schulbehörde über Befreiungsgelüste kann die Entscheidung der vorgelegten Staatsbehörden angerufen werden, denen die beschleunigte Erledigung zur Pflicht gemacht worden ist. Den Fortbildungsschulunterricht will aber der Minister in die späteren Abendstunden nach Geschäftsschluss verlegen lassen. Unter großstädtischen Verhältnissen würde so der gesamte Unterricht auf zwei oder drei Stunden zusammengebrocht, und dazu würden die Lehrer fehlen. Die Aufrechterhaltung des Unterrichts ist schon jetzt nur möglich durch die Verteilung des Unterrichts über den ganzen Tag. Sie bietet auch den Vorteil, daß nicht sämtliche jugendlichen Arbeiter eines Betriebes zu derselben Zeit zum Schulbesuche herangezogen zu werden brauchen.

Kriegsbeschädigtenfürsorge. Im Anschluß an die Kitz über eine Schule für Gehörverletzte wird mitgeteilt, daß die Berliner Vereinigung zur Förderung der Kriegsbeschädigten-Fürsorge zurzeit die von ihr ins Leben gerufenen Berliner Kriegsarbeiter weiter ausbaut. Die Vereinigung erteilt allen Kriegsbeschädigten, die sich klandlich abfinden wollen, unentgeltlichen Rat in ihren Geschäftsräumen. Preisstr. 70, täglich von 10-12 Uhr.

Die Annahme von Postpaketen nach der Türkei muß wegen Verkehrshemmnissen im Ausland bis auf weiteres eingestellt werden.

Vorträge über Kleingartenbau und Ernährungsfragen. Der Verein zur Förderung des Obst- und Gemüseverbrauchs in Deutschland hält am morgigen Sonntag, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Landeshaus zu Berlin, Matthäistraße 20/21, eine Versammlung mit folgenden Vorträgen ab: „Anteilnahme des Kleingartenbauers an der Volksernährung.“ Redner: Prof. Köster, Rönneberg. „Die Rohherstellung der diebstahligen Obst- und Gemüseernte für die Volksernährung.“ Rednerin: Frau Heerdegen, Königsberg. Zu der Versammlung hat jedermann freien Zutritt.

Freitod durch Verbrennen. In der Hochstraße hat sich gestern wegen zerstückter Vermögensverhältnisse der Trautwein A. das Leben genommen. Er wurde nach 8 Uhr früh in seiner Wohnung von 11-ständig verbraunt aufgefunden. Die Tat wurde erst bemerkt, als Rauch aus der verschlossenen Wohnung hervordrang, worauf Hausbesitzer die Feuerwehre herbeiriefen, die alsbald den Brand löschte, der bereits Fußboden und Möbel ergriffen hatte. Vermutlich hat A. zuerst Gift genommen und dann den Brand angelegt.

Tüblicher Betriebsunfall bei der Untergrundbahn. Auf dem Ausgahnhof am Zoologischen Garten geriet der Zugführer Edward Anauer aus der Herderstraße 15 unter einen Zug und wurde bereit überfahren, daß er bald darauf starb.

demper um 11 Uhr der Angriff begann, konnten die Brigaden Napoli und Vincola, die den Welt Greibach und Kapit Greibach sollten offene Türen einrennen, denn die völlig geschossenen Stellungen auf den beiden Hüpen konnten von dort befindlichen schwachen Kräften nicht lange gehalten werden. Dagegen hatten weiter südlich insbesondere die Brigaden Toscana, Lombardia, erste Bersaglieri-Spezialbrigade, Trapani und Ferrate die ganze Fähigkeit des Widerstandes der Verteidiger auszulösen. Nur bis in die Nähe des Befehrs von Colanjesica konnten sie sich mit schwerer Mühle vorarbeiten, dann brachen alle weiteren Angriffe unter dem Eisenhagel des Sperrfeuers zusammen. Vergebens wurde die Masse von den hinten nachdrängenden Wellen vorwärtsgehoben, die entgegenstehenden Geschosse brachten die Bewegung immer weiter ab. Vergebens hatte sich ein Bersaglieri-Regiment in nicht weniger als 24 Wellen zum Angriff gesteuert, es kam nach Ueberrennung der ersten Linie nicht mehr zum Fled, ebenso wenig wie die Brigade Toscana, die in Wellenkolonnen mit je zwei Bataillonen nebeneinander vorrückte.

Zunehmend hatten die Italiener am Abend des 1. November einigen Raumgewinn zu verzeichnen; es war ihnen geglückt, zwischen Sudi Pol und dem Nachstrand unsere Front in der Tiefe von höchstens 2 Kilometer einzubringen. Der rechte Flügel unseres Südabschnittes mußte infolgedessen auch ein klein wenig zurückgezogen werden. Das geschah aber ohne feindlichen Druck, denn südlich von Sudi Pol hatten die Italiener am 1. November trotz mütender Angriffe nicht den geringsten Erfolg erzielen können. Die Brigade Catanzaro, die bis Selo hätte vordringen sollen, mußte sich begnügen, von der getäumten Cote 208 Besitz zu ergreifen, um sich dort von den schweren Verlusten zu erholen, die sie sich beim Sturm auf Jemiano zugezogen hatte. Dieser überrennende Angriff war nach anfänglichem Erfolg schwer missglückt. Wohl gelang es den Italienern, in unsere vorderste Linie, die sich über die Cote 175 zieht, einzudringen und dann in einem Anlauf bis nach Jemiano, das einen Kilometer hinter unserer Front liegt, vorzudringen. Dann mußten sie aber, nachdem sie alle Schreden unseres Sperrfeuers durchgelassen hatten, dem Gegenstoß eines einzigen Bataillons weichen, das sie bis in ihre Ausgangsstellungen zurücktrieb.

Am Abend des 1. November war der italienische Angriff an den Rand seines Erfolges gekommen, und der spärliche Raumgewinn ließ sich an den folgenden zwei Schlochttagen auch nicht um eine Quareddreite erweitern. Das Ergebnis der Schlacht war die heutige Situation, und die für den Feind nicht besonders günstig, denn der Raumgewinn hat weiter nichts zur Folge gehabt, als daß nun ein beträchtliches Stück der italienischen Front von der unigen flankierend umfost ist. Opfer hat dieses Ergebnis genug gefordert, denn Bloß in der Nobemberschlacht hat die dritte italienische Armee nach mühsamen Schätzungen, die von den überrennenden Gefangenen ausfagen ganz absehen, bis 20 Pro. ihres Beschäftigtes eingebüßt.

Unbekannt gestorben ist im Asyl für Obdachlose ein Mann, bei dem man Papiere auf den Namen eines 85 Jahre alten Arbeiters Otto Janida fand.

Ein gefährlicher Einmissetler, der 50jährige Albert Bumbach, der mit Zuchthaus und Gefängnis bestraft ist und seit Jahren vom Logischschindler lebt, treibt sich schon seit mehreren Monaten in Groß-Berlin umher, konnte jedoch noch nicht unschädlich gemacht werden, da er unter den verschiedensten Namen auftritt und sein Tätigkeitsfeld sehr schnell wechselt. Er gibt sich gewöhnlich als Arbeiter und Handwerker aus, und verschwindet nach einigen Tagen unter Wirtinahme von allem, was er nur bei erreichen können. Der Schwindler macht einen sehr soliden Eindruck. Er ist etwa 1,70 Meter groß, schlank, hat graumeliertes Kopfhaar, grauen Schnurrbart und trägt gewöhnlich graublauen Jackettanzug, dunklen Leberzieher und schwarzen steifen oder weichen Hut.

Aus den Gemeinden.

Fleischartenkontrolle in Neukölln. Die in den nächsten Tagen zur Ausgabe durch die Hauseigentümer und Verwalter gelangenden Fleischarten müssen Dienstag, den 20. von 8-12 und 4-8 Uhr in der bisherigen Fleischverkaufsstelle vorgelegt werden. Wer diese Vorlegung versäumt, wird bei dem nächsten Fleischverkauf nicht mehr berücksichtigt.

Verbreiterung der Hermannstraße in Neukölln. Um die vom Kolonnen bis zum Ringbahnhof Hermannstraße bereits durchgeführte Verbreiterung der Hermannstraße bis zu ihrem Priester Endpunkt fortzusetzen, haben die städtischen Körperkassen den Ankauf der benötigten Straßenlandparzellen der Emmaus-Kirchengemeinde beschließen.

Lebensmittelnachrichten aus Schöneberg. Als Ersatz für die in der laufenden Woche nicht gelieferten Kartoffeln wird wiederum Wehl und Brot ausgeben. Die Verteilung erfolgt neben der Ersatzlieferung für die vorige Woche. Es werden abgegeben: a) In der Zeit vom 15. bis einschließlich 18. Februar auf die Abchnitte 42 der Kartoffelkarte je 50 Gramm, insgesamt 500 Gramm Wehl und 500 Gramm Brot. Die Bäckereien sind verpflichtet, Brot in Abchnitten von 250 Gramm abzugeben. b) In der Zeit vom 18. bis einschließlich 18. Februar auf Abchnitt 72 der Lebensmittelliste 300 Gramm Weizenmehl zum Preise von 18 Pf. Je 500 Gramm müssen jedoch zum Preise von 26 Pf. abgegeben werden. Auf die Wehlabchnitte der 105. Verteilungswoche, vom 19. bis 25. Februar, darf Wehl in Schöneberg erst von Donnerstag, den 24. Februar an, entnommen werden.

Auf Abchnitt Nr. 71 der Lebensmittelliste wird in der Zeit vom 16. bis 28. Februar einschließlich bei den Schöneberger Judenbäntern 7/8 Pfund Zucker auf Grund der Kundenliste abgegeben. Die Abchnitte Nr. 58 und 67 der Lebensmittelliste verlieren heute ihre Gültigkeit und dürfen nicht mehr eingelöst werden.

Sirupverteilung für Kinder in Wilmersdorf. Der Magistrat wird in nächster Zeit für jedes Kind zwischen 2 und 10 Jahren 1 Pfund Sirup zur Verteilung bringen. Für die Abgabe gelangen bei der nächsten Brotartenausgabe Anmeldescheine zur Ausgabe, die in den durch Ausschuss kenntlich gemachten Milchgeschäften am 19. 20. und 21. Februar vorzulegen sind. Nach diesem Termin werden Anmeldungen nicht mehr entgegengenommen. Der Preis für das Pfund Sirup ohne Verpackung beträgt 35 Pf.

Unzulängliche Paketabgabe für Friedenau. Die eingestellte Paketabgabe hat für die Einwohner von Friedenau zu völlig unannehmbaren Zuständen geführt. Sie müssen, um ihre Pakete abzuholen, erst eine kleine Meile nach dem Schöneberger Hauptpostamt am Kaiser-Wilhelm-Platz unternehmen. Dort herrscht, anscheinend infolge der Überlastung, ein ganz unglückliches Chaos. Aus ihm die Pakete herauszufinden, erfordert trotz allen guten Willens der Beamten alle lange Zeit, und häufig leben Wagen wieder, daß Paketabholer ein oder einige Male die Meile vergehen müssen, weil ihre Pakete nicht aufgefunden werden konnten oder noch nicht angekommen waren. Sollte es, wie von den Beamten angegeben wird, dem Magistrat Friedenau wirklich nicht möglich gewesen sein, geeignete Räume für die Paketabholung im Orte selbst zu finden? Oder versucht die Oberpostdirektion an unrichtiger Stelle zu sparen?

Lebensmittelausgabe in Brig. Bis zum 18. Februar d. J. wird in der Verkaufsstelle der Gemeinde an Lebensmittelliste abgegeben: Abchnitt 61 Kartoffeln (Karten 1001-2000), Abchnitt 62 Gerste (Karten 3000 bis 3000), Abchnitt 63 Mehl (Karten 3001 bis 3000), Abchnitt 64 Schokolade, Abchnitt 65 Sonderverteilung.

Die Postagentur Dugow bei Berlin ist von gestern an bis auf weiteres aufgehoben. Der bisherige Orts- und Landbezirksbezirk der Agentur geht in den Landbezirksbezirk des Postamts in Brig über.

Lebensmittelverteilung in Schöneberg. Von Sonnabend an gelangen auf Abchnitt 11 der Lebensmittelliste folgende Waren zur Verteilung: 200 Gramm Wehl, 250 Gramm Graupen oder Grieß und 150 Gramm Kaffeemischung. Die Waren müssen bei dem Kaufmann entnommen werden, bei dem die Entnahme des Zuckers erfolgt.

Einschränkung der Straßenbeleuchtung in Rowaves. In der letzten Sitzung der Gemeindevorstellung teilte der Bürgermeister mit, daß infolge der Kohlenknappheit die Straßenbeleuchtung bereits um eine Stunde verkürzt sei und in den schmaleren Straßen nur noch eine Laterne um die andere brenne; außerdem sollen von jetzt ab drei Tage vor und nach dem Vollmond auch keine Nachlaternen mehr brennen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Zur Landtagswahl im 11. Landtagswahlbezirk. An die Parteigenossen Berlins, die Schlichtarbeiter sind, richten wir das Ersuchen, ihren Stimmwechsel so einzurichten, daß sie bei der Landtagswahl am Mittwoch, 21. Februar, einige Stunden helfen können. Das Zentralbureau wird noch bekannt gegeben.

Wahlkreis Niederbarim. Die konstituierende Kreisversammlung vom 11. d. Mtz. hat zur Führung der Geschäfte als ersten Vorsitzenden den Genossen Hermann Müller, Lindenberga (O 112), Grapowstr. 34, und als ersten Kassierer den Genossen Franz Schlemminger, Weihensee, Vistulastr. 24 III. gewählt. Es wird gebeten, alle den Kreis betreffenden Zuschriften an die Genossen zu richten, wobei um Verzögerungen zu vermeiden, alle das Kassieren betreffende Mitteilungen dem Genossen Schlemminger zu machen sind.

Der Kreisvorstand. J. Z.: Hermann Müller.

Rickersdörfel. Heute abend 8 Uhr im Lokal von Schulz, Brückenstr. 15: Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Groger über: „Die Schicksalsjahre der Partei“. Alle Parteigenossen und Genossinnen sowie die „Vorwärts“-Leiter, die auf dem Boden der Gesamtpartei stehen, werden um ihr Erscheinen gebeten.

Soziales.

Die Vermittlungstätigkeit des Zentral-Arbeitsnachweises in Berlin.

Die Tätigkeit des Zentral-Arbeitsnachweises und der ihm angeschlossenen Fach-Arbeitsnachweise ist im abgelaufenen Berichtsjahre 1916 geringer gewesen wie im Vorjahre 1915. Es fanden den eingeschriebenen Personen offene und besetzte Stellen wie folgt gegenüber:

	Eingeschriebene Personen	Offene Stellen	Besetzte Stellen
a) Männliche (in 1915)	168 977	161 622	126 733
b) Weibliche (in 1915)	237 010	241 608	184 821
c) Zusammen (in 1915)	405 987	403 230	311 554

Die Abnahme in den Gesamtzahlen aller drei Gruppen ist ziemlich gleichmäßig. Die Zahl der offenen Stellen für die weiblichen Personen war jedoch etwas größer und demgemäß auch die Zahl der besetzten Stellen. Auch hierin zeigt sich die Zunahme der Frauenarbeit.

Die deutsche Privatversicherung in der Kriegszeit.

Dah der Krieg auch auf die Verhältnisse der deutschen Versicherungs-Gesellschaften eingewirkt hat, ist selbstverständlich. Ueber diese Lage enthält der Bericht des kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung für das Jahr 1915 einige recht interessante Mitteilungen. In der großen Lebensversicherung ist der Versicherungsbestand um rund 833 Millionen Mark Versicherungssumme zurückgegangen, während im Jahre 1914 noch eine Zunahme von rund 152 Millionen Mark zu verzeichnen war. Ferner zeigt die Volks- und Sterbegeld-Versicherung der großen Gesellschaften gegen 1914 einen mehr als doppelt so großen Abgang wie 1914, nämlich rund 127 Millionen gegen 56 Millionen Mark in 1914. Die versicherte Summe war Ende 1915 (in Millionen Mark) bei der Todesfallversicherung 13 283, bei der Lebensfallversicherung 642, bei der Rentenversicherung 82 bei der Volksversicherung 1553, bei der Sterbegeldversicherung 511. Bei diesen Versicherungszweigen war die Prämieinnahme 763,702 Millionen Mark. In der Feuerversicherung zeigte sich gegenüber Ende 1914 ein Anwachsen der Versicherungssumme um 5323 Millionen Mark im deutschen Reich, im ausländischen Reich um 131 820 Millionen Mark, die Prämien auf 810,994 Millionen Mark.

Ganz besonders hebt der Bericht hervor, daß von einer ernsthaften, die Lage der Versicherten irgendwie beruhigenden Erleichterung auf dem Gebiete des Versicherungswesens nicht gesprochen werden könne. Wie im Frieden haben die deutschen Versicherungsunternehmen aller Art die durch die versicherten Schäden durch ihre vertraglich gebundenen Leistungen zu leisten. In den Hauptzweigen stellen sich die Auszahlungen bei der

Lebensversicherung auf	584 183 000 M.
(darunter bei der Volksversicherung auf	58 888 201 M.)
Feuerversicherung auf	168 004 000
Unfall- und Haftversicherung auf	42 774 289
Hagelversicherung auf	20 573 000
Viehversicherung auf	11 312 000
Glasversicherung auf	6 134 000
Einbruch-Diebstahlversicherung auf	5 968 000
Versicherung gegen Wasserleitungsschäden auf	1 198 000
Kautionsversicherung auf	1 161 000

Aus aller Welt.

Kaperschiff-Tätigkeit.

Rotterdam, 15. Februar. Ein holländischer Heizer des von dem deutschen Kaperschiff versenkten englischen Dampfers Cambrian Range machte dem R. N. C. einige Mitteilungen über die Verletzung des Schiffes und sein Schicksal. Am 9. Dezember, morgens 8 Uhr, so erzählte er, wurde die Cambrian Range, neun Tage nach ihrer Abfahrt von Baltimore nach Liverpool, von einem als Hilfskreuzer eingerichteten deutschen Dampfer, der vor dem Krieg nach Südamerika fuhr, angegriffen. Das Kaperschiff gab einen Warnungsschuß ab und meldete mittels Funkpruch, daß die Mannschaft in die Boote gehen müsse, da die Cambrian Range in den Grund geholt werden würde. Das geschah mittels Bomben.

An Bord des fremden Schiffes, welches die Wusi von Hamburg war - dieser Name stand wenigstens auf dem Spiegel des Schiffes -, wurden die Neutralen von den Engländern und Belgiern geschieden. Die Neutralen, das heißt die Holländer und ein Spanier, durften an Deck bleiben. Die Wusi hatte auf dem Hinterschiff fünf Kanonen und auf dem Vorderschiff zwei schwere Kanonen, außerdem vier Torpedolanzierrohre, welche sämtlich verdeckt aufgestellt waren. Das Schiff lief 18 Meilen in der Stunde und hatte niedrige Schornsteine sowie eine Funkenstation, welche so stark war, daß sie die anderer Schiffe überstieg.

Die Cambrian Range war bereits das siebente Fahrzeug, das von dem deutschen Kaper in den Grund geholt worden war. Darauf folgten die Rount Temple und ein Viermaster mit 1200 Pferden an Bord. Am folgenden Tage besetzte man der Jarradale und einem Kohlenboot. Die Jarradale wurde als Prise erklärt. Eine deutsche Prisenmannschaft von 18 Köpfen begab sich von der Wusi auf Deck der Jarradale, desgleichen mußten auch sämtliche von dem deutschen Kaper an Bord mitgeführte Mannschaften der bereits versenkten Schiffe, im ganzen ungefähr 450 Mann, an Bord der Jarradale gehen. Der Kohlendampfer wurde versenkt, nachdem die Wusi ihren Kohlenvorrat daraus aufgefüllt hatte. Abdana hat der Gewährsmann das Kaperschiff nicht mehr zu Gesicht bekommen.

An Bord der Jarradale wurden die Neutralen gefragt, ob sie für 12 Pfund pro Monat arbeiten wollten, um das Schiff nach einem neutralen Hafen zu bringen. Als, Kormeyer, Schweden, Spanier und Holländer, waren mit dem Vorschlage einverstanden. Die Engländer, Belgier, Kanadier usw. mußten sich in die Bunker begeben und durften nur an Deck kommen, wenn nichts Verdächtiges in Sicht war.

Der Auffassung von Archangelsk.

Petersburg, 15. Februar. (Mitteilung der Petersburger Telegraphenagentur.) Im Haushaltsausschuß der Duma wurde mitgeteilt, daß im Hafen von Archangelsk dank der Verbesserungen im letzten Jahre sechszigmal soviel Waren angekommen sind, als in den letzten Jahren vor dem Kriege.

Die Aktiengesellschaft Sibirien für Schifffahrt, Industrie und Handel will 1917 einen direkten Dienst zwischen der Ostküste von Amerika mit den Verbindungen des Ob und Jenissei durch das Karische Meer einrichten. Die ersten Dampfer sollen in Nowonikolajewsk am Ob und in Krasnojarsk am Jenissei Ende September oder Anfang Oktober eintreffen. Dieser Weg ist im günstigen Falle nur kurze Zeit eisfrei.

Fosen in Wittenberge. In Wittenberge und Umgebung sind 19 Fosenfälle gemeldet, von denen einer tödlich verlaufen ist. Der Gestorbene ist ein fremder Arbeiter. Die übrigen Erkrankten befinden sich in den Fosenstationen. Es handelt sich dabei mit einer Ausnahme um leichte Erkrankungsfälle. Die Behörden haben überall alle erdenklichen Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

Vetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Bis Sonnabend mittag: im Süden vielfach heiter; im Norden häufig bewölkt und besonders im östlichen Küstengebiet öfter geringe Niederschläge.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde für Abonnenten Samstag, 3. 1. Hofplatz, postere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Envelope und eine Zahl als Nachzeichen beizufügen. Briefliche Anträge werden nicht erwidert. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und Bescheid bringe man in die Sprechstunde mit.

— **S. 23, 14.** Wenn Ihnen die Unterfütterungskommission die Unterfütterung entzogen hat, so müssen Sie sich an das Militärbureau des Reichswehrministeriums, Poststr. 67 wenden. Das Oberkommando hat damit nichts zu tun. — **R. R. 68.** Sie haben die Unterfütterung am 15. noch einmal bei den folgenden halben Monat zu beantragen. Die Reichsmoschenscheide steht Ihnen nicht zu. — **P. R. 1.** Vergünstigungen materieller Art stehen den Inhabern des Eisernen Kreuzes I. Klasse nicht zu. — **J. R. 10.** Sie können sich nur mit einem Gesuch an den Oberarzt des dortigen Lazarets um Ueberweisung des Ehemannes nach hier wenden. — **P. R. 20.** Sie können zu einem angemessenen Unterhaltsbeitrag für die Familie verpflichtet werden; Ihren vollen Verdienst brauchen Sie nicht herauszugeben. — **W. R. 100.** 1. Unerkandtes Erbschaftsamt mit der Zahlung der Krankheitsbehandlung die Pflicht zur besonderen Alimentation für diese Zeit aufgehoben. 2. Das Erbschaftsamt aus dem Nachlass. — **Erbschaft.** Die vom Reichsfinanzministerium bewilligten Zuschüsse belegen sich nur auf Beamte. — **G. G. 100.** Die Beantwortung ihrer Fragen im Briefkasten wäre zu umfangreich, sie möchten persönlich in unsere Sprechstunde kommen.

Nachruf.

Nach langer Ungewissheit erhellet mir jetzt die traurige Nachricht, daß unser Vorstandsmitglied Herr Karl Klappenbach am 30. 10. 14 gefallen ist.

Desgleichen starb am Sonnabend, den 3. 2. 17, an den Folgen seiner schweren Verwundung in einem Lazarett zu Rains unser Vorstandsmittglied Herr Bruno Sommer.

Seide im blühenden Alter stehende Kollegen waren stets bestrebt, die Interessen der Masse sowie deren Mitglieder wirksam zu vertreten. Ein ehrendes Andenken für ihre aufopfernde Tätigkeit demohrt ihnen. 274/9
Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Buchbinder und verw. Gewerbe zu Berlin.

TYPOGRAPHIA.

Schon wieder ist und ein treues Mitglied durch den Tod entziffen. Am 11. Februar starb plötzlich unser Kollege Robert Schiele im Alter von fünfzig Jahren. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

Die Mitglieder werden gebeten, unserem braven Kameraden möglichst zahlreich die letzte Ehre zu erweisen.

Ginädigung heute nachmittags 5 Uhr im Krematorium, Gerichtstraße 37.

Der Vorstand.

Daufjagung.

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Ginädigung meiner lieben, unvergesslichen Frau linge ich hiermit allen, insbesondere Herrn Walder Manasse für seine tröstlichen Worte und meinen lieben Sangesbrüdern vom R.-M.-V. Korbbeeren 79 für ihren Gesang, meinen herzlichsten Dank.

Fritz Henjes.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasene.
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof
Behandl. von Syphilis, Haut-, Horn-, Frauenleiden, (spez. chron. Fälle, Eitrige-Guta-Rufen, Schürzle, türgelie Behandlung ohne Berührung, Blutuntersuchung, Röntgen, Zellabstrich, Sprechstunden 10-1 und 5-8, Sonn. 11-1.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Zentrale Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler Fritz Hildebrandt (Bezirk Norden) am 12. Februar verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. Februar, nachmittags 4 Uhr, am dem Friedhof der Glasgemeinde in Nordend - Nieder - Schönhausen statt. 137/5

Nachruf.
Den Kollegen ebenfalls zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler Karl Schmidt (Bezirk Neukölln) am 1. Februar verstorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltung.



Singer
unübertroffen
Weber
die Vorteile
verlange man
unser
Singer Läden
überall

Deutscher Buchbinderverband.
(Zahlstelle Berlin.)

Am 12. Februar 1917 verstarb nach kurzem Krankenlager unser Kollege Luise Breschke im 23. Lebensjahre.

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Friedhofes in Ahrenshöhe aus statt.
Zugverbindung ab 2 Uhr Brögeler Bahnhöfe.
25/9 Die Ortsverwaltung.

Eine glänzende Zukunft

wird allen erblihen, die die Zeichen der Zeit richtig zu deuten verstehen u. rechtzeitig ihre Vorbereitungen treffen, um teilzunehmen an dem großen wirtschaftlichen Aufschwung, der die sichere Folge dieses Völkerringens sein wird. Es werden überall gebildete u. leistungsfähige Mitarbeiter gesucht sein. Beamte, Lehrer, Angestellte des Handels u. d. Industrie sollten nicht versäumen, jetzt ihre Vorbereitungen zu treffen. Das beste Mittel, rasch u. gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht auf ein Examen vorzubereiten, die Ein-Freiw-Prüfung u. das Abitur-Examen nachzuholen oder die fehlenden kaufmänn. Kenntnisse zu ergänzen sowie eine vortreffl. Allgemeinbildung sich anzueignen, bietet die Selbstunterrichts-Methode „Rustia“ ausführl. 60 S. starke Broschüre kostenlos durch Bonnes & Hachfeld, Potsdam Postfach 224.

Unser lieber, hoffnungsvoller Sohn und Bruder, der Jäger Heinrich Ebert 19 Jahre alt, ist nach schwerer Verwundung am 14. d. Mtz. in einem Lazarett aus dem Leben gestorben.

Schmerzhaftest 1886
Fritz Ebert und Familie.
Berlin-Treptow, 15. Februar 1917.

Möbel

In allen Preislagen 1-, 2- und 3-Zimmer-Wohnungen empfiehlt in mod. Anstufung Julius Apelt, Tischlermeister Berlin 50, Adalbertstr. 6, [?]
Hochbahnstr. Kottbusser Tor.